



45. Sitzung

Mittwoch, 7. Dezember 2005

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	2273 A	Jörg Lüthmann GAL	2285 D
Zur Geschäftsordnung	2273 A	Klaus-Peter Hesse CDU	2286 C
Klaus-Peter Hesse CDU	2273 A	Dr. Wilfried Maier GAL	2287 C
Dr. Andrea Hilgers SPD	2273 B		
Christian Maaß GAL	2273 C	Fraktion der SPD:	
Beschluss	2273 D	Fass ohne Boden: LBK verkauft, doch Hamburg zahlt weiter!	
		Walter Zuckerer SPD	2288 A
Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	2273 D	Harald Krüger CDU	2289 A
		Jens Kerstan GAL	2290 A
Aktuelle Stunde	2274 A		
Fraktion der GAL:		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Kraftmeierei und Drohungen – die Verhandlung des Senats um den Umzug der Bahn		Wahl eines stellvertretenden bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses	
		– Drs 18/3268 –	2290 C
mit		Ergebnis	2298 D
Fraktion der CDU:		Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:	
Die Bahn soll an die Börse – und nach Hamburg		Neuerlass der Hamburgischen Bauordnung	
Jens Kerstan GAL	2274 A, 2283 A	Rauchmelderpflicht für Wohnräume	
Frank-Thorsten Schira CDU	2275 A	Rauchmelderpflicht für Wohnräume –	
Ingo Egloff SPD	2275 D	Gesetzentwurf zur Änderung der Hamburger Bauordnung	
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	2277 A	– Drs 18/3230 –	2290 D
Christa Goetsch GAL	2279 A	Hans-Detlef Roock CDU	2290 D
Olaf Ohlsen CDU	2280 A	Jan Quast SPD	2291 C
Dr. Mathias Petersen SPD	2281 A	Claudius Lieven GAL	2292 C, 2298 A
Dr. Wolfgang Peiner, Senator	2281 D	Dr. Michael Freytag, Senator	2293 C
Bernd Reinert CDU	2284 B	Ekkehart Wersich CDU	2294 C
Werner Dobritz SPD	2284 D	Rolf-Dieter Klooß SPD	2297 A
		Beschlüsse	2298 C

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

**Einsetzung einer Enquete-Kommission:
Konsequenzen der neuen PISA-Studie
für Hamburgs Schulentwicklung**

– Drs 18/3245 – 2298 D

Britta Ernst SPD 2299 A

Robert Heinemann CDU 2300 B

Christa Goetsch GAL 2302 C

Gerhard Lein SPD 2304 A

Beschluss 2304 D

Antrag der Fraktion der GAL:

**Verbindliche Standards (Pflichtenheft)
zur Installation und zum Einsatz von
Videoüberwachung an öffentlichen
Orten in Hamburg**

– Drs 18/3246 – 2305 A

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Videoüberwachung in Hamburg

– Drs 18/3338 – 2305 A

Antje Möller GAL 2305 A, 2310 B

Udo Nagel, Senator 2306 D

Karl-Heinz Warnholz CDU 2307 D

Dr. Andreas Dressel SPD 2309 A

Beschlüsse 2310 D

Bericht des Haushaltsausschusses:

**HafenCity
Ergebnis des Investorenauswahl-
verfahrens für das Überseequartier
und Verkauf der Grundstücke**

– Drs 18/3266 – 2310 D

dazu

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

**HafenCity
Ergebnis des Investorenauswahl-
verfahrens für das Überseequartier
und Verkauf der Grundstücke
Aktenvorlage gemäß Artikel 30 der
Hamburgischen Verfassung**

– Drs 18/3337 (Neufassung) – 2311 A

und

Antrag der Fraktion der SPD:

**Das Planetarium muss sich im
Stadtpark entwickeln!**

– Drs 18/3244 (Neufassung) – 2310 D

dazu

Antrag der Fraktion der GAL:

**Alternativen für ein Science-Center
ohne Planetarium entwickeln**

– Drs 18/3340 – 2311 A

Henning Finck CDU 2311 A

Walter Zuckerer SPD 2312 B, 2327 C

Claudius Lieven GAL 2314 B, 2324 C

Dr. Michael Freytag, Senator 2316 A, 2325 B

Bernd Reinert CDU 2318 C, 2327 A

Rüdiger Kruse CDU 2318 D

Jan Quast SPD 2320 B

Dr. Willfried Maier GAL 2321 A

Andreas Wankum CDU 2321 D

Werner Dobritz SPD 2323 A

Michael Neumann SPD 2326 B

Beschlüsse 2328 A

Antrag der Fraktion der SPD:

**Universitäre Ausbildungskooperationen
zwischen Airbus Hamburg und Toulouse
intensivieren**

– Drs 18/3157 – 2328 B

Beschluss 2328 B

Bericht des Rechtsausschusses:

**Entwurf eines Hamburgischen
Stiftungsgesetzes**

– Drs 18/3178 – 2328 C

Beschlüsse 2328 C

Antrag der Fraktion der CDU:

**Verbesserte zeitliche Koordination der
Stadtreinigung für mehr Sauberkeit
und Verkehrsfluss**

– Drs 18/3242 – 2328 D

Beschlüsse 2328 D

A Beginn: 15.04 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Mir liegt eine Mitteilung vor, dass vor Eintritt in die Tagesordnung ein Geschäftsordnungsantrag seitens der CDU gestellt werden soll. Ist das richtig? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Hesse bekommt das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion beantragt nach Paragraph 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung, die zweite Lesung der Drucksache 18/3266 für die Tagesordnung morgen, Donnerstag, den 8. Dezember 2005 vorzusehen.

Die Opposition hat mitgeteilt, einer sofortigen zweiten Lesung der Drucksache nicht zustimmen zu wollen. Die HafenCity mit dem Überseequartier hat für die Stadt aus unserer Sicht eine so herausragende Bedeutung, dass wir Schaden aufgrund einer Vertagung verhindern wollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim Überseequartier geht es um ein Gesamtinvestitionsvolumen von 800 Millionen Euro, das von privaten Investoren aufgebracht wird und an diese Drucksache, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, sind auch Einnahmen für die Stadt von über 100 Millionen Euro gebunden. Davon alleine, Herr Kerstan, 30 Millionen Euro bereits acht Wochen nach Rechtswirksamkeit. Ein weiterer Aufschub nach der ausführlichen Beratung in drei Ausschüssen, an denen Sie alle teilgenommen haben, ist aus unserer Sicht ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ob Sie bitte zur Anwendung der Geschäftsordnung kommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Ein weiterer Aufschub ist nach drei Beratungen in drei Ausschüssen nicht hinnehmbar. Deswegen meine, lieben Kolleginnen und Kollegen der Opposition, beantragen wir, am morgigen Tag eine zweite Lesung durchzuführen. Die CDU-Fraktion wird sich hier als Motor des Senats zeigen und auch dieser zweiten Lesung zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig: Wir werden heute die zweite Lesung zur Senatsdrucksache Überseequartier verweigern. Wir haben mehr Beratungsbedarf. Deswegen wird heute auch ein Aktenvorlageersuchen gestellt. Sie, Herr Hesse, mit Ihrem Geschäftsordnungsantrag, versuchen, hier Hilfe zu leisten für einen Senat, der nicht zum ersten Mal schwer durchschaubare Drucksachen schreibt.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Wolfgang Beuß* CDU: Sie halten sich mal zurück hier!)

Es gibt von uns, Herr Hesse, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, keine Blankoschecks für neue Sachlagen, die sich aus der Beratung ergeben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Inhaltlich hat Frau Hilgers schon einiges gesagt. Nur müssen wir die CDU auch fragen, ob denn ein Antrag heute in dieser Form überhaupt zulässig ist. Ich glaube das nicht, denn Sie können die zweite Lesung eines Gesetzes selbstverständlich erst dann beantragen, wenn die erste Lesung Erfolg gehabt hat.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das wissen wir überhaupt noch nicht. Von daher ist dieser Antrag schlicht unzulässig und kann auch nicht abgestimmt werden. Das kann er frühestens dann, wenn die erste Lesung heute Erfolg gehabt hat. Dann müssen Sie gegebenenfalls morgen diese Geschäftsordnungsdebatte führen, nicht heute. Wir können deswegen nicht darüber abstimmen, sondern müssten, falls das Präsidium das anders sieht, den Ältestenrat einberufen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat wird einberufen. Sie Sitzung ist unterbrochen. Bitte, bleiben Sie in der Nähe dieser Räumlichkeiten, damit wir nach der Beratung zügig fortfahren können. – Danke schön.

Unterbrechung: 15.09 Uhr

Wiederbeginn: 15.29 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Sofern keine weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung vorliegen, lasse ich sodann über den Geschäftsordnungsantrag der CDU abstimmen.

Wer möchte demselben seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Dann wird die zweite Lesung für die morgige Sitzung vorgesehen. Sie wird im Anschluss an die Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 29 stattfinden.

Meine Damen und Herren! Das nimmt hier alles seinen formal richtigen Fortgang. Ich komme jetzt – abweichend von den Empfehlungen des Ältestenrates – dazu, dass die Fraktionen übereingekommen sind, die heutige Debatte zum Tagesordnungspunkt 31 um den Tagesordnungspunkt 50 zu erweitern. Darüber hinaus haben die Fraktionen vereinbart, die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 52 und 53 zu tauschen. Die ursprünglich für morgen vorgesehene Debatte zu Tagesordnungspunkt 52 findet bereits heute als dritte Debatte statt. Die ursprünglich für heute geplante Debatte zu Tagesord-

- A nungspunkt 53 wird nun morgen als zweiter Debattenpunkt aufgerufen.

Wir kommen nunmehr zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Kraftmeierei und Drohungen – die Verhandlung des Senats um den Umzug der Bahn

von der CDU-Fraktion

Die Bahn soll an die Börse – und nach Hamburg

von der SPD-Fraktion

Fass ohne Boden: LBK verkauft, doch Hamburg zahlt weiter!

Die Fraktionen sind übereingekommen, die ersten beiden Themen gemeinsam debattieren zu wollen. Das Wort wird gewünscht und der Abgeordnete Kerstan bekommt es.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Bürgermeister von Beust ist vor eineinhalb Wochen an die Öffentlichkeit gegangen und hat ein großes Projekt verkündet, den Umzug der Zentrale der Deutschen Bahn von Berlin nach Hamburg.

(Beifall bei *Frank-Thorsten Schira* CDU)

- B Bereits heute, wenige Tage später, steht der Bürgermeister vor dem Scherbenhaufen seiner Politik.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das Verhältnis des Senats zur Bundesregierung ist zertrümmert, die neue Kanzlerin ist brüskiert, der Bahnchef ist schwer angeschlagen,

(*Barbara Ahrons* CDU: Ne, der nicht!)

die Zukunft der Hochbahn und der HHLA ist ungewiss und Bürgermeister von Beust findet aus der Sackgasse nicht wieder heraus, in die er sich selber manövriert hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Frank-Thorsten Schira* CDU: Und Herr Kerstan weiß wieder alles besser!)

All das ist nicht überraschend, denn es war in dem stümperhaften Vorgehen des Bürgermeisters schon angelegt,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

denn die grundsätzlichen Eckdaten des Geschäfts, um das es doch eigentlich gehen sollte, der Einstieg der Bahn bei der Hochbahn und der HHLA, waren von Anfang an völlig unklar. Welchen Kaufpreis ist die Bahn bereit zu zahlen? Wie hoch ist die Beteiligungshöhe? Wird die Mehrheit verkauft oder nur die Minderheit? Welche Investitionen hat der Investor zugesichert? Kann er sie überhaupt finanzieren?

Über all diese Fragen gab es kein Einvernehmen. Die Zustimmung des Eigentümers der Deutschen Bahn zum Umzug hatte der Bürgermeister nicht. Die Kanzlerin und der Verkehrsminister waren informiert, aber die zwingend notwendige Zustimmung war mehr als zweifelhaft.

Herr Bürgermeister, was hat Sie bewogen, in dieser Situation an die Öffentlichkeit zu gehen? Waren Sie wirklich so naiv zu glauben, durch öffentlichen Druck die fehlende Unterstützung der Bundesregierung erzwingen zu können? Wenn es wirklich eine Chance gegeben hätte, den Umzug der Bahn nach Hamburg zu erreichen, haben Sie diese Chance durch Ihr ungeschicktes und voreiliges Vorpreschen zur falschen Zeit zunichte gemacht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Selbst nach dem Nein des Kabinetts machten Sie mit Ihren dummlichen Kraftmeiereien weiter als wäre nichts passiert.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Unmutsäußerungen bei der CDU – *Dr. Andreas Mattner* CDU: Solch einen Quatsch müssen wir uns hier nicht anhören! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich bitte Sie um Mäßigung in der Rede und dem Abgeordneten Dr. Mattner erteile ich einen Ordnungsruf.

Jens Kerstan (fortfahrend): Mit einer kleinkarierten Retourkutsche kritisierte der Bürgermeister den Wahlkampf der Bundeskanzlerin. Der Finanzsenator stellte öffentlich die Mehrheit der Bundesregierung im Bundesrat infrage. Durch diese ungeschickten Verhaltensweisen, diese politischen Dummheiten, meine Damen und Herren, haben Sie die Zustimmung der Kanzlerin zu diesem Geschäft damit praktisch unmöglich gemacht.

Herr Bürgermeister, ich kenne keinen einzigen Hamburger Bürgermeister

(*Michael Fuchs* CDU: Kennen Sie nicht!)

der Nachkriegsgeschichte, der so fahrlässig Hamburgs Chancen verspielt hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Natürlich wäre die Hauptverwaltung der Bahn in Hamburg ein großer Gewinn für den Hamburger Standort, aber nicht um jeden Preis. Sie und der Finanzsenator sind dagegen bereit, ganz zentrale Instrumente der Hamburger Zukunftsentwicklung aus der Hand zu geben. Der Hafen ist das Herz der Hamburger Wirtschaft. Der öffentliche Nahverkehr ist für die Entwicklung der Metropolregion unverzichtbar. Sie und Ihr Finanzsenator sind allerdings bereit, diese Kontrolle über diese zentralen Dinge aus der Hand zu geben. Meine Damen und Herren, die Politik in Hamburg darf die Kontrolle über diese zentralen Instrumente der Politik nicht aus der Hand geben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Gerade die Deutsche Bahn ist in vielerlei Hinsicht ein problematischer Investor. Wie Sie wissen, hat die grüne Bundestagsfraktion den Einstieg bei der Hochbahn und der HHLA abgelehnt. Die Deutsche Bahn würde mit dem Einstieg, insbesondere bei der Hochbahn, ihren stärksten Konkurrenten aufkaufen. Zusammen mit der HHLA würde der Wettbewerb auf der Schiene in Norddeutschland zum Erliegen kommen.

Was ist eigentlich aus der CDU, der Partei der sozialen Marktwirtschaft, der Partei eines Ludwig Erhard geworden, dass wir Grünen Ihnen erklären müssen, dass private Monopole und die Einschränkung des Wettbewerbs von Übel sind, meine Damen und Herren.

C

D

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Bürgermeister! Der von Ihnen zur wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidung stilisierte Einstieg der Bahn bei der Hochbahn und der HHLA droht sich zur schlimmsten Fehlentwicklung und Fehlentscheidung der Nachkriegsgeschichte zu entwickeln.

(Zuruf von *Klaus-Peter Hesse CDU*)

Deshalb verlangen wir von Ihnen heute eine Zusicherung: Die Mehrheit an der HHLA und an der Hochbahn darf unter keinen Umständen verkauft werden, auch nicht für die Zentrale einer Bahn in Hamburg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Bürgermeister, Sie haben in den letzten Tagen viel Porzellan zerschlagen. Kehren Sie zu einer soliden Standortpolitik zurück, die Hamburgs Zukunftsperspektiven verbessert und nicht gefährdet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Schira.

Frank-Thorsten Schira CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kerstan, ich finde, Sie haben zwar mit Ihrer Rede Hamburger Interessen nicht geschadet, aber gefördert haben Sie sie auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

B Um es gleich zu Anfang zu sagen: Die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt aus vollem Herzen die bisherige Vorgehensweise und den Kampf des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust für die Interessen unserer Stadt Hamburg.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Dieser Bürgermeister hat erkannt, dass es hier um strukturelle Entscheidungen geht, wie es sie für unsere Stadt seit mehr als zehn Jahren nicht mehr gegeben hat. Es geht um sehr viele Arbeitsplätze für unsere Arbeitnehmer. Insbesondere rechnet dieser Punkt, dass alles Menschenmögliche vom Senat, aber auch von allen Hamburgern für dieses Projekt unternommen werden muss. Es geht um hamburgische Interessen, es geht um norddeutsche Interessen und diese Interessen werden vom Ersten Bürgermeister wahrgenommen. Das ist sein Auftrag, das ist seine Verpflichtung nach unserer Verfassung. Dies tut er eindrucksvoll und dabei sollten ihn alle Hamburger unterstützen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und der GAL)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Reaktionen des Berliner Bürgermeisters Wowereit waren hysterisch und letztlich unsouverän. Wer so reagiert, darf sich nicht wundern, wenn wir Hamburger ihn darauf hinweisen, dass im Jahr 2004 pro Kopf 329 Euro in den Länderfinanzausgleich eingezahlt wurden, das heißt insgesamt 571 Millionen Euro, und Berlin im selben Atemzug in 2004 pro Einwohner 1552 Euro und damit insgesamt 5,2 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich kassiert hat. Trotz-

dem hat sich Hamburg, zum Beispiel als Universal aus Hamburg abgezogen

(*Farid Müller GAL:* Immer die alte Leier!)

und mit 20 Millionen Euro Subvention aus Berlin unterstützt wurde, oder beim HEW-Vattenfall, als die Zentrale nach Berlin verlegt wurde, hanseatisch fair verhalten.

Ich betone dieses hanseatische Verhalten deshalb so, Herr Neumann, weil Sie von unserem Finanzsenator, Herrn Peiner, mehr hanseatisches Verhalten

(*Claudius Lieven GAL:* Hilft!)

gegenüber der Bundesregierung eingefordert haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Nun, Herr Neumann, wir alle wissen, dass Sie hier in der Bürgerschaft nicht gerade die Inkarnation für hanseatisches Auftreten sind.

(Beifall bei der CDU)

Aber es hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden, wenn Sie Ihre Parteifreunde, zum Beispiel einen Ihrer Vorgänger als Fraktionsvorsitzenden, Günter Elste, oder Ihren letzten Bürgermeisterkandidaten, Thomas Mirow, bei ihrem Einsatz für Hamburg mit unterstützt hätten.

Zu Ihnen, Herr Petersen, und Ihrer Angst, dass wir unserer Bundeskanzlerin Merkel zu sehr zusetzen, möchte ich sagen und Sie beruhigen: Die Hamburger CDU, dieser Bürgermeister, waren die Ersten, die Frau Merkel unterstützt haben und das bleibt auch so.

(Beifall bei der CDU)

Aber im Kern, meine Damen und Herren, geht es um eine Frage: Darf sich der Staat, die Politik gegen alle wirtschaftliche Vernunft so verzerrend einmischen, wie er es zur Zeit tut? Wir meinen, er darf es nicht und das sagen wir nicht aus einem Selbstzweck heraus, sondern wir wollen, dass dieser Staat, die Politik, sich zum Wohl der Menschen, der Arbeitnehmer, heraushält. Jeder weiß es, alle wichtigen Argumente sprechen für unsere Stadt Hamburg.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dafür kämpft im besten Sinne unser Bürgermeister Ole von Beust. Lassen Sie uns alle mitkämpfen und Folgendes gilt für uns, insbesondere als CDU, aber, liebe Hamburger GAL, liebe Hamburger SPD, das sollte auch für Sie in der Politik gelten: Erst kommen die Interessen der Bürger unserer Stadt Hamburg, dann kommt unser Land und dann erst kommt die Partei.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Eben!)

– Vielen Dank.

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

(*Christian Maaß GAL:* Sind Sie jetzt auch sozialpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion!)

Ingo Egloff SPD: – Nein, bei uns reden die dazu, die davon etwas verstehen.

(Beifall bei der SPD – *Bernd Reinert CDU:* Das war jetzt aber unhöflich gegenüber der GAL!)

– Das sollte bei Ihnen auch passieren, Herr Reinert.

D

- A Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der aufgeregten Debatte über die Frage, ob die Bahn nach Hamburg kommt oder nicht und jenseits aller Kraftmeierei, die Herr Peiner und Herr von Beust an den Tag gelegt haben und auch eine gewisse lokalpatriotische Besoffenheit, die man den Medien dieser Stadt entnehmen kann,

(Beifall bei der SPD)

stellen sich doch zwei Fragen, die man sich in Ruhe beantworten muss.

Die erste Frage ist: Was bringt die Beteiligung der Deutschen Bahn an der HHLA und an der HHA der Stadt Hamburg und dem Wirtschaftsstandort Hamburg?

Die zweite Frage ist: Hat der Senat die Sache richtig angefasst?

Lassen Sie mich zur ersten Frage kommen. Welches Interesse hat die Bahn an der HHLA? Die Bahn braucht, um ein internationaler Mobilitätskonzern zu sein, der seine Chancen beim Börsengang verbessern will, die Beteiligung an diesem prosperierenden Hafenunternehmen, das allein aufgrund seiner Wachstumsraten im Containerverkehr ausgezeichnete Zukunftschancen hat. Die Frage ist nur, ob die HHLA die Bahn braucht.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja!)

Da sind wir der Auffassung, dass die HHLA die Bahn nicht unbedingt braucht. Die HHLA braucht Kapital, um ihre Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Aber die Frage, die Herr Kerstan hier gestellt hat, ist doch richtig. Ist die Bahn der Zukunftsinvestor für die HHLA und hat die Bahn das Kapital überhaupt oder muss es nicht aus den öffentlichen Haushalten zugeschossen werden, um diesen Deal überhaupt zu produzieren?

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was die HHLA überhaupt nicht braucht, ist ein Unternehmen, das die unternehmerische Federführung bei diesem Hamburger Unternehmen übernimmt. Das braucht die HHLA nicht. Die SPD ist jedenfalls dagegen, dass die Mehrheitsbeteiligung an der Hamburger Hafen und Logistik AG abgegeben wird. Die Stadt muss die Mehrheit behalten und die Möglichkeit haben, über dieses Infrastrukturelement die Hafenpolitik in dieser Stadt zu bestimmen. Wir haben doch nicht umsonst an dieser Stelle gemeinsam gegen die Port Package II-Richtlinie gekämpft, um zu verhindern, dass sich Investoren im Hafen ansiedeln, die im Interesse eines Konzerns handeln und nicht im Interesse dieser Stadt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wie sich diese Beteiligungsfrage auswirkt und gegebenenfalls auch negativ auswirkt, sieht man doch an der Reaktion von Kühne & Nagel.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Klappern gehört zum Handwerk!)

Es ist doch mehr als ein Gedanke daran zu verschwenden, ob es richtig ist, Herr Hesse, dass der neutrale städtische Hafenumschlagsbetrieb durch eine Beteiligung aus dieser Position herausgebracht wird und dies dazu führt, dass Verkehre an Rotterdam gehen und nicht mehr in Hamburg ausgeladen werden. Das ist doch die Frage, die hier zu entscheiden ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Auch bei der Hochbahn stellt sich diese Frage. Welches Interesse hat die Bahn? Die Bahn ist schlecht aufgestellt bei kommunalen Verkehrsunternehmen. Da hat sie die Berliner S-Bahn, die Hamburger S-Bahn und noch eine kleinere Regionalgesellschaft, das heißt, die Bahn würde ihr Portefeuille abrunden, und die Bahn steht in Konkurrenz – das hat Herr Kerstan schon gesagt – zum regionalen Eisenbahnverkehr. Die Hochbahn hat fast alle Ausschreibungen gegen die Bahn gewonnen. Das heißt, die Bahn würde mit einer Mehrheitsübernahme bei der Hochbahn einen wichtigen Konkurrenten im Regionalverkehr aus der Welt schaffen und das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich stelle mir an dieser Stelle die Frage, meine Damen und Herren, ob die Expansion der Hochbahn, die der Senat gebremst hat, indem er verboten hat, dass Strecken über Göttingen hinaus akquiriert werden, ob diese Politik des Senates schon mit diesen Verhandlungen im Zusammenhang stehen, denn das zeigt, wohin der Zug fährt und das ist die falsche Richtung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann bleibt nur noch die Frage, ob der Senat die Sache richtig angefasst hat. Ich möchte nur ein paar Fragen stellen.

Meine Damen und Herren! Ist es klug in einer Situation, wo man noch nicht einmal einen Letter of Intent in den Händen hält, an die Öffentlichkeit zu gehen und die Sache zu verkaufen? Ist es klug zu ignorieren, dass der Sitz der Bahn bei der föderalen Verteilung der Institution 1992 nach Berlin gegeben worden ist, aus wohl verstandenem Interesse und in der Bahnsatzung festgeschrieben ist? Ist es klug zu vermitteln, dass die Zustimmung der Bundesregierung nur Formsache sei und diese im Übrigen lieber nicht eingreifen sollte, wie das eben wieder gesagt worden ist.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Ist es klug, meine Damen und Herren, der Bundesregierung zu drohen, im Bundesrat nicht zuzustimmen?

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Hat Herr Peiner eigentlich so weit gedacht, als er diese Drohung ausgesprochen hat, dass Hamburg an anderer Stelle die Bundesregierung braucht? Ich erinnere nur an die Elbvertiefung.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Das ist doch absolut unklug. Meine Fraktion hat die Antworten gegeben: Das Verhalten dieses Senates ist nicht klug.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das radikale Verhalten des Ersten Bürgermeisters soll nur davon ablenken, dass er bisher schlecht verhandelt hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Erste Bürgermeister.

D

- A **Erster Bürgermeister Ole von Beust:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, bevor ich die Entscheidung über den Zeitablauf begründe, etwas zu den Argumenten der Opposition zu sagen.

(*Christian Maaß GAL:* Darum bitten wir!)

Verehrter Herr Kerstan! Sie behaupten, Sie vertreten Hamburger Standortinteressen. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, Herr Kerstan, wie Sie und der Kollege Maaß gemeinsam vor einem Jahr in Neuenfelde aufgetreten sind, um zu verhindern, dass die Startbahnverlängerung bei Airbus durchgesetzt wird und versucht haben, die Leute gegen Airbus aufzuhetzen.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL:* Das ist unglaublich, was Sie hier sagen!)

Und Sie wollen Standortinteressen vertreten.

Herr Kerstan, dann sagen Sie, der Hamburger Hafen sei das Herzstück der Hamburger Wirtschaft. Herzlichen Glückwunsch zu dieser Einsicht, obwohl Sie es waren, der die Arterien zu diesem Herzstück, nämlich die Elbvertiefung, immer verhindern wollten. Sie sind es doch, die Steine in den Weg gelegt haben und spielen sich hier als Gralshüter auf.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL:* Das ist eine Frechheit, was Sie hier bieten!)

Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, wir können ja um die Argumente ringen.

(*Jens Kerstan GAL:* Ich dachte, Sie wollten was zu meinen Argumenten sagen!)

- B Was mir auffällt, ist, dass Sie neuerdings in den entscheidenden Fragen der Stadt zu einer sehr starken Unzuverlässigkeit neigen.

(*Claudius Lieven GAL:* Besser als Unberechenbarkeit!)

Zum Beispiel als die Entscheidung bekannt wurde, mit der Bahn über dieses Projekt zu verhandeln, waren die ersten Reaktionen von Ihnen und Herrn Petersen: Eine tolle Entwicklung für Hamburg. Herr Neumann jubilierte: Hamburg und Berlin stehen im wirtschaftlich fairen Wettbewerb, aber Hamburg hat die ökonomisch besseren Karten. Sie haben das am Anfang unterstützt. Herzlichen Dank. Dann merken Sie, es wird schwierig und schon haben Sie sich klammheimlich davongemacht. Das ist nicht zuverlässig.

(Beifall bei der CDU)

Nebenbei: Sie sind in Ihrer Unzuverlässigkeit immerhin zuverlässig, denn das ist keine neue Entwicklung. Ich denke an das Großprojekt in der HafenCity, die Elbphilharmonie.

(*Michael Neumann SPD:* Sie meinen die HafenCity, gegen die Sie waren!)

Zuerst hat die SPD gesagt, wir unterstützen das. Dann hat Herr Petersen nein gesagt und dann hat die Fraktion mal so und mal so gesagt, wir wissen es nicht genau. Das ist nicht die Zuverlässigkeit, die wir für Zukunftsprojekte in dieser Stadt brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, ein bisschen Standfestigkeit würde Ihnen da besser tun.

(*Uwe Grund SPD:* Zur Sache!)

Jetzt zu dem Thema, das Sie angesprochen haben.

(Zuruf von *Jens Kerstan GAL*)

– Ach, Herr Kerstan, wenn man Sie erwischt, brüllen Sie, darum müssen Sie oft brüllen. Das ist das Problem.

Meine Damen und Herren! Sie haben die Frage des Zeitpunkts angesprochen, zu dem wir, nicht wir allein, sondern gemeinsam mit der Deutschen Bahn, an die Öffentlichkeit gegangen sind. Ich kann Ihnen genau erläutern, warum dieser Zeitpunkt gewählt wurde. Er wurde gewählt, nachdem über vier Monate Gespräche, nicht nur zwischen politisch Verantwortlichen, sondern auch zwischen den operativ Verantwortlichen bei der Hochbahn, der HHLA auf der einen Seite und der Bahn auf der anderen Seite, in aller Diskretion stattgefunden haben – keine Verhandlungen, sondern Gespräche, um einen Letter of Intent zu formulieren –, in der Woche, bevor wir an die Öffentlichkeit gegangen sind, mehrere Journalisten davon Wind bekommen haben, nachgefragt haben, recherchiert haben, und wir gesagt haben, zu einem solchen Zeitpunkt ist es klüger, selber die Argumente an die Öffentlichkeit zu bringen, bevor man in die Defensive getrieben wird

(Oh-Rufe bei der GAL)

und nur noch abwehren muss. Da ist Offenheit das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich garantiere Ihnen, wenn wir nicht gemeinsam mit der Bahn an die Öffentlichkeit gegangen wären, wäre hier der empörte Vorwurf gewesen: Geheimverhandlungen in wesentlichen Sachen an der Öffentlichkeit vorbei. Das hätten Sie vermutlich mit der gleichen Verve vorgetragen und darum ist Offenheit und Öffentlichkeit der klügere und bessere Weg.

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD:* Und was ist nun mit der Bahn?)

Nun zur Situation. Der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn hat übrigens heute beschlossen und dem Vorstand große Rückendeckung gegeben,

(*Werner Dobritz SPD:* Was hat er denn konkret beschlossen?)

die Verhandlungen mit Hamburg weiterzuführen oder erst einmal zu beginnen – bisher waren es Gespräche – mit dem Ziel, in Hamburg den großen integrierten Logistik- und Mobilitätskonzern zu schaffen. Ich sage gleich etwas zu den Details, die Sie angesprochen haben. Aber es ist aus meiner Sicht im großen Standortinteresse dieser Stadt, nachdem viele Unternehmen diese Stadt mit Tausenden von Mitarbeitern verlassen haben, die Chance für Hamburg und die Region zu nutzen, das Zentrum für Mobilität und Logistik zu schaffen. Das ist der Kern der Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Das geht nur in einer Paketlösung, indem die Bahn mit ihren Entscheidungsträgern in diesen wesentlichen Funktionen ein klares Standortinteresse an Hamburg bekundet. Darum ist dieser generelle Umzug nach Hamburg so notwendig. Ich halte es für falsch zu sagen, dann kann ja ein bisschen Logistik nach Hamburg ziehen. Ich sage Ihnen: Wenn wir eine maßgebliche Beteiligung der Bahn wollen – und ich sage gleich, warum und unter welchen

C

D

- A Bedingungen ich sie will –, brauchen und fordern wir auch ein klares Bekenntnis der Bahn zum Standort Hamburg. Wir wollen nicht, dass uns hier von irgendwo anders reinregiert wird. Auch das muss klar sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist die Frage, warum das Interesse und unter welchen Bedingungen? Sie haben ein wenig über ein mögliches Interesse der Bahn gesprochen, wie ich finde, etwas zu kritisch. Denn, meine Damen und Herren, wenn wir – und das sagen Sie ja beide – Kapital brauchen, dann sage ich Ihnen, dass ich heilfroh bin, wenn ein deutscher Investor bereit ist, mit Kapital in Hamburg einzusteigen und nicht wie von Ihnen, von Herrn Müntefering, beschriebene Heuschrecken. Ich habe da lieber einen deutschen Investor, der auch klare Standortinteressen hat. Da sollten wir doch gemeinsam froh sein, wenn es den gibt.

(Beifall bei der CDU)

Nein, Herr Grund, keine Zwischenfrage. Reden Sie mit Transnet. Die sind dafür.

(Bernd Reinert CDU: Ja, genau!)

Ver.di ist ein bisschen dagegen. Machen Sie das bitte mit den Gewerkschaften unter sich ab.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt zur Frage, warum dieses Interesse? Wir haben die Gespräche mit der Bahn geführt. Das hat zweierlei Gründe. Zunächst einmal sind diese Unternehmen, die Hamburger Hochbahn und die HHLA, hervorragende Unternehmen. Wir wissen, dass die Hochbahn ein Unternehmen ist, nach dem sich viele in Europa die Finger lecken, nicht finanziell, aber wegen ihres Services, der Kundenfreundlichkeit, der Akzeptanz bei den Nutzerinnen und Nutzern und des hohen Kostendeckungsgrades. Das heißt, die Hochbahn ist ein hervorragendes Unternehmen.

Das Gleiche gilt für die HHLA, die nicht nur ein Hafenbetrieb ist, sondern im Wesentlichen auch davon lebt, dass sie die Hinterlandverkehre gut organisiert, das heißt, nicht nur be- und entlädt, sondern auch zu den Kunden hin die Verkehre hervorragend organisiert.

(Zuruf von Ingo Egloff SPD)

Ein Unternehmen – ich höre Ihre Zwischenrufe mit Interesse –, das, seit wir regieren, zum ersten Mal auch Gewinne macht. Unter Ihrer Zeit war das zum Teil ein Zuschussunternehmen. Inzwischen macht die HHLA Gewinne. Darüber können wir froh sein, aber Sie sollten da ganz ruhig sein.

(Beifall bei der CDU)

Nun sagt die Deutsche Bahn, wir wollen in der Tat diese beiden Betriebe nutzen, um im internationalen Wettbewerb auftreten zu können, wo doch zum einen in Europa integrierte Stadtverkehre verstärkt ausgeschrieben werden müssen, und wir möchten uns gern mit der Kompetenz der Hochbahn und dem guten Namen an diesen Ausschreibungen beteiligen, um mit Kapitalzufluss international ins Geschäft einsteigen zu können. Das ist gut für die Hochbahn, weil dann hier neue Arbeitsplätze für die Hochbahn geschaffen werden, meine Damen und Herren. Darum ist es wichtig für Hamburg, das zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Zum anderen möchte die Bahn in ihrer Logistikkette, die inzwischen im Hafen eine Lücke hat, diese Lücke schließen, um auch mit dieser Kompetenz international in Häfen als Logistikunternehmen zu investieren. Sie wissen, dass es andere Logistikunternehmen, Reedereien gibt, die dabei sind, Eisenbahnen, Speditionen zu kaufen und integrierte Logistikketten zu gründen. Genau das will die Bahn auch machen. Ich glaube, das ist ein kluger strategischer Ansatz, der auch dann – und da gebe ich Ihnen Recht mit Ihrer Fragestellung – für Hamburg gut ist, wenn vertraglich abgesichert ist, dass die hamburgischen Standortinteressen auch wirklich befolgt werden und im Vordergrund stehen, was das Hamburger Geschäft angeht. Darum haben wir sowohl in den ersten Presseerklärungen als auch in den Gesprächen gesagt, dass es nicht nur um eine Beteiligung geht, weniger um eine fiskalische Aktion, sondern darum, mit der Bahn gemeinsam strategisch international auftreten zu können – auch mit der Kapitaldecke der Bahn – und zugleich dafür zu sorgen, dass die Standortinteressen der Hochbahn im Stadtverkehr in Hamburg und der HHLA im Hamburger Hafenbetrieb plus Hinterlandverkehre so abgewickelt werden, dass die Standortinteressen Hamburgs gewahrt bleiben. Diese Standortinteressen heißen ganz konkret für die Hinterlandverkehre, dass das nicht dazu führen wird und führen darf, dass plötzlich die Bahn ein Monopol auf die Hinterlandverkehre der HHLA erhält, sondern die HHLA unabhängig operieren kann, im fairen Wettbewerb steht und im Hafen und für Hinterlandverkehre als neutraler Anbieter auftritt, meine Damen und Herren. Die Fragestellung ist völlig berechtigt. Nur ist es für mich wesentlich, dass solche Bedingungen auch Bestandteil eines möglichen Vertrages werden, damit wir in Hamburg weiter entscheiden, wie wir die Stadtverkehre organisieren und den Hamburger Hafen plus die Logistikkette, die weitergeht, auch für andere Speditionen, neutral gestalten. Das heißt, die Bahn als Partner, um im internationalen Wettbewerb mitzumachen, aber die Absicherung strategischer Interessen Hamburgs in den Verträgen. Das ist unser Ziel und, ich denke, es ist ein gutes Ziel.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden diese Gespräche weiterführen und ich fühle mich in keiner Weise in Zugzwang, sondern ich möchte ein gutes Ergebnis haben, weil ich glaube, dass es die beste Lösung wäre. Nur, meine Damen und Herren, die Hamburger Unternehmen Hochbahn und HHLA sind natürlich so gut, dass es auch andere Investoren gibt. Aber wir brauchen natürlich Investoren, die das Standortinteresse Hamburgs auch in der vertraglichen Gestaltung akzeptieren. Wir brauchen Investoren, die auch im nationalen Engagement deutsche und hamburgische Interessen als Bestandteil ihrer Unternehmensphilosophie berücksichtigen. Am besten wäre natürlich ein Investor, der in diesen Bereichen, Mobilität und Logistik, Kompetenz hat, dessen Kompetenz wir mit unserer zusammenlegen, um so als integriertes Unternehmen ein neues Asset für Hamburg und die zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Nur darum geht es. Ich denke, das ist ein guter Weg, ein vernünftiger Weg. Wir stehen am Anfang dieses Weges und nicht am Ende, sondern – ich sage es noch einmal – es gab Gespräche und noch keine Verhandlungen. Nun wird man in diesen Verhandlungen sehen, wie diese unterschiedlichen Interessen – Höhe der Beteiligung, Kaufpreis, Standortsicherung – in die Verträge eingebracht werden können. Meine herzliche

- A Bitte – ich weiß, sie wird nur ungern befolgt werden, aber ich äußere sie trotzdem – ist, dass Sie Ihre Bewertung doch bitte am Ende der Verhandlungen treffen und nicht am Anfang. Überlegen Sie sich dann, ob das für den Standort gut ist. Ich bin überzeugt, dass es ein für den Standort Hamburg gutes Ergebnis wird und bitte Sie alle, diese Entwicklung zu unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist etwas überraschend.

(Bernd Reinert CDU: Unverhofft kommt oft!)

Herr von Beust, es ist immer schwierig, wenn es dumm gelaufen ist und man sich dann rechtfertigen muss.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Das ist immer eine blöde Situation, aber da müssen Sie durch. Da können Sie uns lange gute Absichten erzählen. Das ist sicherlich schön, aber Sie haben natürlich erst einmal versucht, Ihren Kopf mit billigen Argumenten aus der Schlinge zu ziehen. Wenn Sie dann den Airbus anführen, so sind Sie da wirklich auf dem falschen Dampfer, weil das ein Ablenkungsmanöver ist, denn diese Airbus-Geschichte hat letztendlich unter Rotgrün stattgefunden. Da kann man jetzt nicht mit Ablenkungsmanövern kommen.

- B (Beifall bei der GAL)

Lassen Sie doch einmal ganz ehrlich Revue passieren, wie es gelaufen ist.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Sie, Herr von Beust, haben doch Ihrer Kanzlerin und Parteichefin erst einmal einen fulminanten Start gegeben. Ohne Absprache mit ihr und mit dem Verkehrsminister der neuen Koalition, geschweige von der Eigentümerin, die ja schließlich als Deutsche Bahn die Bundesregierung ist, hatten Sie nichts in der Tasche. Dann der bösen Presse die Schuld zu geben, ist natürlich ein nettes Ablenkungsmanöver, wenn man sich überlegt, dass Sie dann versuchen, mit Erpressungsmanövern weiterzukommen. Die Unterschrift unter den Koalitionsvertrag gerade mal drei Wochen alt, die Regierungserklärung von Frau Merkel eigentlich noch warm, und dann blasen Sie Ihrer eigenen Partei Wind ins Gesicht. Herr Peiner vorne weg, der sich noch nicht einmal zu schade ist, diese Erpressungsversuche zu machen. Sie drohen damit auch noch in der großen Koalition, dann die Mehrheit zu gefährden oder zu verweigern, wie man sogar hören konnte. Und dann mit Herrn Peiner in Front, das heißt zwei Elefanten im Porzellanladen, das ist weder guter Regierungsstil, das ist ehrlich gesagt, überhaupt kein Stil und Sie stellen beide hier für Hamburg einen Verlust an politischer Kultur zur Schau, der eher abschreckt als dass er förderlich für die Hamburgerinnen und Hamburger ist.

(Beifall bei der GAL)

Man hat bei der ganzen Sache das Gefühl, dass Sie sich persönlich profilieren wollen und letztendlich den Logistikstandort Hamburg verkaufen. Wir haben eben über

Mehrheiten gesprochen. Das ist wirtschaftspolitisch unklug, wie mein Kollege Kerstan sagte, und wie Sie dann Wettbewerb ermöglichen wollen, ist fraglich. Sie lassen das nicht zu, Sie kungeln mit Herrn Mehdorn im Vorwege – Sie haben es Vorgespräche genannt – und wollen die Mehrheiten von HHLA und Hochbahn verschachern. Das ist der Hauptpunkt, denn dadurch gefährden Sie den Standort Hamburg und vor allen Dingen den öffentlichen Personennahverkehr, der in Hamburg bei der Stadt bleiben muss.

(Beifall bei der GAL)

Es ist schon mehrfach gesagt worden, dass die Hamburger Hochbahn ein Vorzeigeprojekt ist und da sollte man nicht leichtfertig eine Mehrheit aus der Hand geben. Wohin das führt, haben wir bei mehreren anderen Projekten gesehen; ich will den LBK gar nicht anführen. Sie sind nicht der Deutschen Bahn verpflichtet, aber sehr wohl den Hamburgerinnen und Hamburgern und diese Verpflichtung schließt ein, dass Sie für höchstmögliche Qualität im ÖPNV zu sorgen haben. Sie verprellen die Betriebe, Sie verprellen im Kontext mit der HHLA die Hamburger Hafen- und Logistikunternehmen, Sie verunsichern die Hamburger Hochbahn und verkaufen den Hamburger Bürgern und Bürgerinnen Ihre gescheiterte Verhandlungstaktik als Einsatz für den Logistikstandort; das kann es nicht sein.

Und dann setzen Sie noch einen drauf: Pünktlich zur Debatte Ihrer CDU über den Wahlkampf mit Frau Merkel attestieren Sie ihr, dass sie führungsstärker sei, aber anders als andere, man merke es nur nicht so.

(Wolfgang Beuß CDU: Was geht das Sie eigentlich an?)

Wenn man das dann in der Öffentlichkeit sieht, dann kann man nur sagen: Wer solche Parteifreunde hat, braucht keine Opposition.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Als ob das nicht genug wäre, greifen Sie sie auch noch persönlich an – Zitat:

"Was ihr fehlt, ist die Symbolik der Führung."

(Michael Neumann SPD: Da hat er Recht!)

Herr Bürgermeister von Beust, das ist keine große Politik, das ist eine kleinliche Retourkutsche fast wie im Stil einer Provinzposse. Wenn Sie, Herr Schira – er ist nicht mehr da –, meinen, dass das die Unterstützung wäre, die Herr von Beust seiner Parteichefin permanent leistet, dann frage ich mich, was das für eine Unterstützung ist. Was ist das für eine Signalwirkung von Hamburg aus, wenn Sie einerseits Ihre Parteichefin, Ihre Kanzlerin demontieren und mit Ihrer maßlosen Selbstüberschätzung

(Harald Krüger CDU: Gut, dass Sie zur Kanzlerin stehen!)

dadurch der Stadt Hamburg keinen Gefallen tun.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Andrea Hilgers SPD – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Goetsch, beachten Sie bitte das rote Licht.

Christa Goetsch (fortfahrend): Ja, ich komme zum Ende.

C

D

- A Sie haben gesagt, es sei ein Test für die Wirtschaftspolitik. Damit haben Sie Ihre Glaubwürdigkeit verloren und sind durch diesen Test glatt durchgefallen. Als Ergebnis ist nur eines übrig geblieben: Sie sind jetzt in der Lage, eine SMS zu schicken. Das haben Sie wohl bei Frau Merkel gelernt, aber mehr ist bisher nicht dabei herausgekommen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ohlsen.

Olaf Ohlsen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich auf die Vorredner der SPD und GAL nicht eingehen werde,

(Dietrich Rusche CDU: Das lohnt auch nicht!)

weil ich glaube, dass sich richtige Standortfragen nicht für populistische Meinungsäußerungen eignen. Es gibt in ganz Deutschland nur wenige Wirtschaftsbereiche, in denen die Zukunft rosig aussieht. Für Hamburg haben wir mit dem Hamburger Hafen und der Logistikbranche zwei Bereiche der internationalen Spitzenklasse am Start. Wen wundert es da, wenn solche hübschen Töchter sich vor Verhören kaum retten können. Der Senat hat dafür in der Vergangenheit viel getan und wird es noch tun. Mit seinem Sonderinvestitionsprogramm für den Hafen, Herr Egloff, sind die Weichen gestellt, damit Hamburg der Entwicklung im Bereich Hafen und Logistik standhalten kann.

- B (Ingo Egloff SPD: Genau!)

Bis zum Jahr 2009 sollen 746 Millionen Euro investiert werden. Die Mittel sollen in den Ausbau des HHLA-Terminals, des EUROGATE-Containerterminals und in den Bau des Containerterminals Steinwerder sowie weitere Maßnahmen fließen. Doch dieser Senat tritt hier nicht allein in Vorleistungen. Zusätzlich zu den staatlichen Investitionen wird es riesige Investitionen von Hafenunternehmen geben.

Wenn zu diesem Zeitpunkt ein deutscher Großkonzern seine Zentrale in diesem boomenden Markt haben will, dann sollte man grenzübergreifend in Deutschland Beifall klatschen. Was soll denn Besseres passieren, als dass sich ein bald zu privatisierender Konzern gut aufstellt, indem er sich im Hamburger Hafen engagiert? Dieses könnte im Ergebnis eine Situation ergeben, bei der alle gewinnen. Die Bahn gewinnt ein gewichtiges Standbein in einer Zukunftsbranche, Hamburg gewinnt einen stabilen inländischen Partner im Hafen hinzu und der Bund gewinnt ein Juwel, das sich an der Börse zu Geld machen lässt. Die Bahn wäre ein guter Partner für die Stadt. Die HHLA, die bereits im Bereich des Weitertransports – der Erste Bürgermeister hat dieses angesprochen – eng mit der Bahn kooperiert, könnte so Synergien nutzen und noch mehr Wirtschaft im Hafen erzeugen. Und die Bahn, die auf dem Wege ist, sich zu einem der weltweit führenden Mobilitäts- und Logistikdienstleister zu entwickeln, könnte durch die HHLA ein festes Standbein in der besten Hafenwirtschaft der Welt hinzugewinnen.

Die Hamburger Hafen und Logistik AG ist ein expandierendes Unternehmen. Gegründet vor 120 Jahren werden derzeit rund 3300 Mitarbeiter beschäftigt. Für 2005 wird mit einem Umsatz von 800 Millionen Euro ein Gewinn von

mehr als 40 Millionen Euro erwartet. Die HHLA schlägt zwei Drittel aller Container um, die im Hamburger Hafen landen, und die Zeichen stehen auf Wachstum.

Die HHLA will in den nächsten Jahren rund 1 Milliarde Euro investieren, davon etwa 800 Millionen Euro in den Ausbau des Containerterminals, und rund 1000 Arbeitsplätze neu schaffen. Die HHLA ist im Besitz der Stadt und lassen Sie mich eines betonen: Soweit es – Herr Kerstan, jetzt komme ich zu Ihnen – die strategischen Entscheidungen angeht, wird dieses auch so bleiben; das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Den Streit um den Zuzug der Bahn sehe ich derzeit relativ gelassen. Die HHLA war und ist auch für andere Investoren interessant.

(Bernd Reinert CDU: So ist es!)

Interessenten an einer Beteiligung an der HHLA gibt es genug und ich bin sicher, dass der Senat eine kluge Entscheidung für eine erfolgreiche Entwicklung der HHLA treffen wird.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Wer denn noch?)

Eines werden wir uns dabei nicht aus der Hand nehmen lassen: Das Heft des Handelns bleibt bei uns, auch wenn die Bahn Teile der HHLA erwirbt. Faule Kompromisse wird es mit uns nicht geben.

Die Option des Umzugs der Bahn und der gleichzeitigen Beteiligung an der HHLA und Hochbahn ist für uns nur im Paket interessant. Sollte dies nicht zustande kommen, wird dadurch die HHLA als Unternehmen nicht unattraktiv. Gestatten Sie mir eine Nebenbemerkung: Eine Braut und mehrere potenzielle Gatten, da muss man sich nicht wundern, wenn der eine oder andere über das Ziel hinausschießt, wie Kühne & Nagel mit Auswanderungs- oder Abwanderungsdrohungen. Das ist Balzgeplapper und wird sich recht bald relativieren.

Sie werden sich jetzt fragen, warum wir dennoch für einen Umzug kämpfen. Wir kämpfen aus einem einzigen Grund, weil wirtschaftliche Entscheidungen aus strukturellen Gründen in unseren Augen immer katastrophale Fehler sind. Wenn wir als Standort unwirtschaftlicher sind, möge die Bahn in Berlin bleiben. Wenn wir mit der HHLA ein faules Ei verkaufen wollten...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Ohlsen, Sie sehen auch das rote Licht.

Olaf Ohlsen (fortfahrend): – Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Doch wenn dem nicht so ist, dann lohnt es sich, Millimeter um Millimeter für die HHLA zu kämpfen. Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, wirtschaftspolitischer Vernunft die Vorfahrt zu geben und eine positive Entwicklung der Bahn nicht zu behindern. Es wäre nicht nur für die Bahn schädlich, sondern für ganz Deutschland. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Petersen.

- A **Dr. Mathias Petersen SPD:*** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister, erlauben Sie mir zwei Bemerkungen vorweg. Den Sozialdemokraten vorzuhalten, sie hätten nichts für diesen Standort getan, ist geradezu unglaublich. Wir haben diesen Standort in 50 Jahren aufgebaut.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Bemerkung: Sie sprachen von Zuverlässigkeit. Ich habe tatsächlich gesagt, dass ich das für eine tolle Entwicklung halte, aber meinen Zusatz haben Sie vergessen, denn ich habe gesagt, wenn die Unternehmen mehrheitlich in unserer Hand bleiben; das hätten Sie auch zitieren dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe mich übrigens auf Ihre Zuverlässigkeit verlassen. Ich bin davon ausgegangen, dass es in trockenen Tüchern ist. Aber Sie haben mich und auch alle anderen Hamburgerinnen und Hamburger getäuscht, indem Sie einfach gesagt haben, das ist so; das ist aber überhaupt nicht so.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr Kerstan hat schon deutlich gemacht, dass im Hafen das Herz unserer Wirtschaft schlägt. Es waren unsere Vorfahren, die den Hafen als Lebensmittelpunkt unserer Vaterstadt gesehen haben und sie haben hart dafür gearbeitet, dass die Hafenwirtschaft erfolgreich bleibt. Generationen von Hafenarbeitern, Reedern, Kaufleuten und Politikern haben den Hafen und die Hafenunternehmen aufgebaut und ausgebaut. Sie hatten immer im Auge, dass für ihre Kinder und für unsere Kinder und Enkel,

(Bernd Reinert CDU: Und Urenkel!)

für die Zukunft unserer Vaterstadt die erfolgreiche Rendite der eigenen Hafenunternehmen überlebensnotwendig ist. Mit dem Hamburger Unternehmen Hamburger Hochbahn verhält es sich übrigens ähnlich.

Die Bahn hat nun das Interesse, Monopolanbieter zu werden und das ausdrücklich zulasten und auf Kosten von Hamburger Unternehmen und damit auf Kosten von Hamburgern und Hamburgerinnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Barbara Ahrons CDU: Sie schieben das in eine Ecke!)

Mit dem angestrebten Ausverkauf dieser zwei wichtigen Hamburger Unternehmen, Herr Bürgermeister von Beust, haben Sie die Interessen der Hamburgerinnen und Hamburger verraten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie müssen sich auch fragen lassen, wie Sie es eigentlich mit dem Eid verantworten, den Sie als Bürgermeister geleistet haben.

(Harald Krüger CDU: Jetzt ist aber mal Schluss!)

Sie streben einen Deal an, der auch auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller beteiligten Unternehmen geht. Das Tochterunternehmen der Hochbahn, die Metronom, hat in den letzten Jahren sehr erfolgreich gearbeitet, und zwar immer in Konkurrenz zur Bundesbahn. Dieses Unternehmen soll jetzt gerade auf 170 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt werden.

Das können Sie in Zukunft vergessen, denn die Konkurrenz der Bundesbahn wird es nicht mehr geben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Bürgermeister, Sie haben dieses große wirtschaftspolitische Projekt zumindest fragwürdig eingeleitet und ich glaube nicht, dass Sie zu irgendeinem Zeitpunkt einen Gedanken für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Unternehmen übrig hatten, die gerade jetzt zu den Weihnachtsfeiertagen völlig verunsichert sind.

(Barbara Ahrons CDU: Was hat das denn damit zu tun?)

Ihre Drohgebärden – darauf haben schon meine Vorredner hingewiesen – gegenüber der Bundesregierung, über die selbst der CDU-Landesvorsitzende enttäuscht ist, zeigen doch nur, dass Sie jetzt die Flucht nach vorne antreten, um von Ihrem dilettantischen Agieren abzulenken.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Herr Bürgermeister, es war immer Staatsräson, um nicht zu sagen Stadträson, ein gutes Verhältnis mit Berlin und Bonn zu pflegen. Von diesem guten Verhältnis hat Hamburg in der Vergangenheit sehr gut profitiert und Sie setzen dieses gute Verhältnis aufgrund Ihrer Interessen aufs Spiel; das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Unabhängig von der Frage, wie die Entscheidung über einen Bahnanzug am Ende ausfällt, haben Sie, Herr von Beust, durch Ihr unüberlegtes Handeln Hamburg Schaden zugefügt. Ich fordere Sie auf, nach Lösungen zu suchen, die den Interessen der Hochbahn, der HHLA und der Stadt dienen, und zwar auf Dauer dienen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Bahn ist jedenfalls nicht der richtige Verhandlungspartner für Hamburg und für die Unternehmen Hamburgs. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Peiner.

Senator Dr. Wolfgang Peiner: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, es wird mal wieder Zeit, gerade nach Ihrem Beitrag, Herr Petersen, die Dinge in ein richtiges Lot zu bringen. Worum geht es? Es geht darum, dass ein Unternehmen, nämlich die Deutsche Bahn AG, der Freien und Hansestadt Hamburg ein Paket angeboten hat, ihre Hauptverwaltung, ihre Konzernleitung, ihre Konzernfunktion und wichtige Geschäftsfelder nach Hamburg zu verlagern und sich dafür im Gegenzug an HHLA und Hochbahn zu beteiligen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Wie hoch?)

Diese Gespräche nicht aktiv zu führen, wäre verantwortungslos

(Bernd Reinert CDU: Richtig!)

und dieser Senat nimmt seine Verantwortung ernst.

(Beifall bei der CDU)

Dieses – darüber haben wir eben gesprochen – ist eine Chance, wie sie sich wahrscheinlich Hamburg als Logis-

- A tikstandort, als Mobilitätsstandort nur einmal in einem Jahrhundert bietet, dass ein Unternehmen, das bereit ist, weit über 1000 Mitarbeiter mitzubringen, sein Interesse bekundet und damit die Qualität dieses Standorts deutlich unterstreicht. Diese Gespräche sind auf einem guten Wege, und zwar so, dass sie der Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland, der Verantwortung der Bahn und der Verantwortung Norddeutschlands voll gerecht werden.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Wo bleibt Hamburg?)

Hamburg ist ein wichtiger Teil Norddeutschlands. Diese Gespräche laufen in der Tat hervorragend und der Aufsichtsrat der Bahn hat heute mit Recht festgestellt, dass er diese Gespräche mit uns so weit führen will, dass wir belastbare Grundlagen haben. In dieser Situation stelle ich fest, dass wir einige Persönlichkeiten in diesem Hause haben, die dieser Stadt diesen Erfolg nicht gönnen.

(Beifall bei der CDU)

Da gibt es Menschen, liebe Frau Goetsch, die geradezu Krokodilstränen weinen. Ich bin fast gerührt gewesen, wie liebevoll Sie sich eben für Frau Merkel eingesetzt haben. Liebe Frau Goetsch, Frau Merkel braucht Ihre Unterstützung nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen mit Frau Merkel ganz hervorragend aus, aber für uns ist auch wichtig, dass wir uns als Senat der Freien und Hansestadt Hamburg für die Interessen des Standorts einsetzen und nicht für die Interessen des Koalitionsvertrags. Das ist unsere verfassungsmäßige Pflicht und die erfüllen wir.

B

Vielleicht, Herr Petersen, wäre es auch richtiger gewesen, die Macht und Kraft Hamburgs bereits früher und stärker einzusetzen. Ich glaube, wir hätten den Transrapid in Hamburg,

(*Christa Goetsch GAL*: Gott sei Dank!)

wenn Hamburg sein föderales Gewicht stärker eingesetzt hätte.

(Beifall bei der CDU)

Wir hätten wahrscheinlich heute zwischen Hamburg und Berlin den Transrapid, wenn Hamburg damals mehr Druck ausgeübt und den Kanzler Schröder vor die Schicksalsfrage gestellt hätte. Da sehen Sie einmal, wie wichtig es ist, die Bundespolitik auf unsere Rolle im System hinzuweisen. Wenn Sie es schon als Erpressung bezeichnen, wenn man den Bund auf die Verfassungslage hinweist, dann weiß ich nicht, welches Verfassungsverständnis Sie in diesem Punkte haben.

(Beifall bei der CDU)

Besonders bedrückend fand ich in der Tat das, was Herr Petersen eben gesagt hat. Mit Herrn Petersen hat eben ein Mann gesprochen, dessen Partei bedenkenlos die HEW verkauft hat, um ein Kassenloch zu stopfen,

(Zurufe von der SPD)

bedenkenlos die Gaswerke verkauft hat, bedenkenlos die Landesbankanteile verkauft hat und dies alles ohne konkrete und zusätzliche Standortsicherung. Und es hat ein Herr Petersen gesprochen, der den Senat an einen Eid erinnert, aber gleichzeitig verschweigt, dass diese Partei,

die er zurzeit führt, diese Stadt in eine Finanzkrise geführt hat,

C

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Jetzt wird es albern!)

wo wir über Jahre gegen Haushaltsdefizite angekämpft haben und damalige Senatoren gegen Verfassungsvorschriften verstoßen haben. Alles das, lieber Herr Petersen, haben Sie vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Petersen, zu Ihrer Theatralik, was den Hafen betrifft: Die HHLA ist ein zentrales Unternehmen für den Standort Hamburg, aber es ist nicht der Hafen. Der Hafen, das ist die Port Authority, der Hafen sind die Hafenbecken, die Infrastruktur; das ist der Hafen.

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Und das Wasser!)

Der Hamburger Hafen steht hier überhaupt nicht zur Disposition. Es gibt im Hamburger Hafen – Herr Petersen, das hat sich vielleicht bei Ihnen noch nicht herumgesprochen – Wettbewerb, es gibt EUROGATE, es gibt eine HHLA, es gibt viele kleine Wettbewerber. Schon jetzt haben wir eine Wettbewerbssituation in der Hafenwirtschaft in Hamburg und dieser Wettbewerb wird sich weiter ausdehnen. Natürlich ist für uns ein Unternehmen wie die Hamburger Hafen und Logistik AG von einer ganz zentralen Wichtigkeit. Deswegen werden wir ihre Neutralität, ihre Unabhängigkeit, ihre strategische Eigenständigkeit auch immer erhalten. Aber die Vorstellung, die HHLA sei der Hafen, lieber Herr Petersen, greift zu kurz. Sie ist ein essenzieller Teil unserer Hafenwirtschaft, aber nicht der Hafen, der Hafen sind viele andere. Wir müssen alle Bereiche im Auge haben, auch die Interessen der Wettbewerber der HHLA. Ich glaube, Sie kommen immer noch aus der gedanklichen Welt der Daseinsvorsorge, der Staat müsse für alles da sein, mit Ausnahme dessen, was Sie aus Kassennöten verkaufen wollen.

D

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt doch für die Hochbahn. Es ist doch geradezu absurd, wenn hier eben gesagt wurde, die Hochbahn solle weiterhin aktiv Mehrheiten an den Stadtbetrieben anderer Kommunen übernehmen. Das heißt ganz gezielt, wir wollen Mehrheitsgesellschafter der Stadtbetriebe in allen deutschen Städten werden und da eine führende Rolle spielen, sagen aber gleichzeitig, in Hamburg muss aber Voraussetzung sein, dass wir bei der Hochbahn immer die Mehrheit haben. Diese Logik verstehe ich nicht so ganz, das müssten Sie einmal erklären.

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Das ist interessant! – *Ingo Egloff SPD*: Sagen Sie, dass Sie es verkaufen wollen!)

Eines ist immer klar gewesen, dass die Hamburger Hochbahn sich in ihrer operativen Verantwortung ausschließlich von hamburgischen Interessen leiten lässt; das war so und das ist so.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich einmal die Landschaft der letzten Woche angucken, dann müssen Sie in einer Geisterwelt gewesen sein. Ganz Deutschland redet positiv über die HHLA, redet positiv über die Hochbahn.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Wir auch!)

Ganz Deutschland redet positiv über den Logistikstandort Hamburg und ganz Deutschland redet über diesen Senat

- A und seine Fähigkeiten, diesen Standort nach vorne zu entwickeln.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Ihnen von der SPD und auch Ihnen von den Grünen wünsche ich, dass Sie irgendwann einmal sehen, dass es ein Leben außerhalb Hamburgs gibt, das Hamburg positiv wahrnimmt. Das zeigt, dass Hamburgs Konzept der wachsenden Stadt greift

(Jenspeter Rosenfeldt SPD: Das fehlte noch, wachsende Stadt!)

und Sie, meine Damen und Herren, kommen leider Gottes in dieser geschichtlichen Entwicklung zu spät. Aber wir werden Ihnen – der Bürgermeister hat es gesagt – noch einmal eine Chance geben. Wir werden im Februar ein Paket diskutieren, wo wir dann abwägen können, ob dieses Paket im langfristigen Interesse für Hamburg ist. Wir werden, und das ist selbstverständlich, die Alternativen prüfen, aber man muss als Senat – und das werden wir – seiner Verantwortung gerecht werden, ein Paket aushandeln, das der Zukunft dieser Stadt, den Beschäftigten und der Wirtschaft dient.

(Beifall bei der CDU – Jenspeter Rosenfeldt SPD: Fand ich echt schön!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

- B **Jens Kerstan** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister und Herr Peiner, Sie haben hier viel gesprochen, aber über das, was Sie konkret machen wollen, haben Sie nichts gesagt.

Sie haben in den letzten Wochen mit der Bahn im Porzellanladen rumrangi und stehen jetzt vor einem Scherbenhaufen und was fällt Ihnen ein? Sie machen Schuldzuweisungen an die Opposition, reden über die HEW, über den verlorenen Transrapid und ähnliche Dinge. Da stellt sich doch wirklich die Frage, was Sie eigentlich die letzten vier Monate getan haben. Der Bürgermeister hat gesagt, wir haben vier Monate lang verhandelt.

(Barbara Ahrons CDU: Gespräche geführt!)

– Oder Gespräche geführt. – Nach vier Monaten mit Gesprächen gibt es noch überhaupt keine Idee, ob die Mehrheit verkauft wird, wie hoch der Kaufpreis sein soll, ob der Anteilsverkauf bei beiden Unternehmen gleich ist. Worüber haben Sie eigentlich vier Monate lang geredet? Haben Sie da Kaffee getrunken oder was ist passiert?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber ich möchte noch einmal auf die betriebswirtschaftlichen und standortpolitischen Vorteile zu sprechen kommen. Sie haben gerade gesagt, Herr Peiner, es sei doch wichtig, dass da einer ist, der Geld investiere und wir brauchten Investoren, die Geld haben. Aber hat die Bahn Geld? Die Bahn ist ein hochverschuldetes Unternehmen mit 25 Milliarden Euro Schulden und jetzt muss sie vielleicht noch eine Milliarde drauflegen. In Ihrer Philosophie sagt man sich vielleicht, wenn zu 25 Milliarden Schulden 1 Milliarde hinzukommt, ist das nicht so schlimm. Aber die Bahn geht an die Börse

(Dr. Till Steffen GAL: An wessen?)

C und dann werden internationale Finanzinvestoren einsteigen. Was machen die denn dann mit diesem Schuldenberg? Sind dann die Hamburger Investitionen sicher? Was passiert eigentlich mit einem Unternehmen, das an einem Standort drei Hauptverwaltungen hat? Die Deutsche Bahn hat die Zentrale in Hamburg, die HHLA hat die Zentrale in Hamburg und die Hochbahn hat die Zentrale in Hamburg. Schauen Sie sich doch einmal Unilever an.

(Barbara Ahrons CDU: Gerade haben Sie gesagt, Sie wollen ein deutsches Unternehmen haben!)

Das Unileverhochhaus in Hamburg wird Ihnen geläufig sein. Da war auch ein internationaler Konzern mit drei Konzernzentralen. Die sind jetzt zusammengelegt worden, es sind tausende von Leuten rausgeworfen worden, das halbe Haus steht jetzt leer. Genau das Gleiche wird mit Bahn, HHLA und Hochbahn passieren. Was nützen dann tausend Arbeitsplätze, die nach Hamburg verlagert werden, wenn bei der HHLA und der Hochbahn, wenn Sie die Mehrheiten verkaufen, Arbeitsplätze wegfallen?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Was nützt der Stadt ein Konzernsitz der Bahn, wenn notwendige Investitionen im Hafen und in der Hochbahn von internationalen Finanzinvestoren blockiert werden?

D Meine Damen und Herren! Sie reden immer gerne davon, das wäre eine unzulässige Einflussnahme der Bundesregierung auf betriebswirtschaftliche Entscheidungen. Dann möchte ich Sie einmal fragen, was eigentlich der Unterschied zwischen Ihrer Politik und der der Bundesregierung ist. Aus Sicht der HHLA und der Hochbahn gibt es kein betriebswirtschaftliches Argument, das den Hauptsitz der Bahn in Hamburg verlangt. Aber der Eigentümer dieser beiden Unternehmen, nämlich der Hamburger Senat, hat ein Interesse daran. Das ist ja nichts Schlimmes, Sie betreiben damit Standortpolitik. Und warum will die Berliner Regierung den Bahnsitz nicht verlagern? Aus standortpolitischen Gründen, weil im strukturschwachen Nordosten in Berlin ein Hauptsitz wichtig ist. Aber erklären Sie mir einmal, wenn Sie beide Standortpolitik mit öffentlichen Unternehmen machen, warum Sie der große Held des Hamburger Standorts sind, aber die Bundesregierung staatsinterventionistisch agiert und das ein Rückfall in Sozialismus licht sein soll. Da gibt es überhaupt keinen Unterschied.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wundert es Sie, dass Sie mit dieser absurden Argumentation bei der Bundesregierung auf Granit beißen? Mich wundert das nicht.

Letztendlich geht es hier darum, wie diese Verträge aussehen. Ich sage noch einmal ganz deutlich, weil Sie uns so gerne mangelnden Patriotismus vorwerfen: Wenn es gelingen sollte, die Kontrolle des Hamburger Senats über Hochbahn und HHLA zu gewinnen, dann wären wir durchaus bereit, Minderheitenanteile an der Hochbahn und der HHLA zu verkaufen. Wenn das gelingen sollte, dann sind wir gar nicht weit auseinander, aber nach dem Scherbenhaufen,

(Olaf Ohlsen CDU: Das erste vernünftige Wort von Ihnen heute!)

nach dem Affront gegen die Bundesregierung wird die Bahn überhaupt keine Chance haben, die Zustimmung der Bundesregierung zu erhalten, wenn Sie die Mehrheit nicht verkaufen. Es mag ja sein, dass es eine Chance für

- A eine Minderheitsbeteiligung und Bahnzentrale gegeben hätte, aber die haben Sie durch Ihr ungeschicktes Verhalten verspielt. Sie werden die Bahnzentrale jetzt nur noch bei Mehrheitsverkauf bekommen und dieser Preis ist zu hoch, den darf Hamburg nicht bezahlen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deshalb, Herr Bürgermeister, hat es mich sehr gewundert, dass Sie über dies und das und dies und jenes geredet haben, aber über die entscheidenden Details, wie man bitte schön bei einem Unternehmen, bei dem man die Mehrheit verkauft, den politischen Einfluss behält – wir sind da alle gebrannte Kinder –, haben Sie nicht geredet. Dass es möglich ist, zu verkaufen, dass Herr Peiner Unternehmen wie beim LBK an irgendeinen Investor zum finanziellen Schaden der Stadt verdrischt, glaube ich Ihnen unbenommen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Kerstan, auch Sie achten bitte auf das rote Licht.

Jens Kerstan (fortfahrend): – Ich komme zum Schluss. – Fangen Sie mit dem Verhandeln an. Es wäre besser gewesen, wenn Sie erst verhandelt hätten und dann mit stolz geschwellter Brust an die Öffentlichkeit gegangen wären und nicht alle Chancen, die möglich gewesen wären, vertan hätten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

- B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Petersen hat hier in seiner üblichen, vermeintlich staatsmännischen Rhetorik sehr dramatisch gefragt: Dieser Bürgermeister, verletzt der nicht womöglich sogar seinen Amtseid? Im gleichen Atemzug wird dem Bürgermeister von genau denselben Leuten vorgeworfen, gegenüber Berlin viel zu laute Interessenvertretung für Hamburg zu machen. Wie soll das eigentlich zusammenpassen?

(Beifall bei der CDU)

Nehmen wir das Zitat von Herrn Neumann aus der Presseerklärung vom 29. November 2005:

"Berlin und Hamburg stehen in einem fairen Wettbewerb, in dem Hamburg die klar besseren ökonomischen Argumente hat."

(Klaus-Peter Hesse CDU: Manchmal hat er auch Recht!)

– Das hat ihm wahrscheinlich jemand aufgeschrieben.

Ich hätte mir gewünscht, dieselbe Person hätte Herrn Egloff inhaltlich auch dasselbe aufgeschrieben,

(Gesine Dräger SPD: Natürlich ist Hamburg besser als Berlin!)

der heute sagt, für die Hamburger Unternehmen sei überhaupt kein Vorteil in einer solchen Lösung erkennbar. Sie müssen sich langsam darüber klar werden, was Sie nun eigentlich wollen.

(Beifall bei der CDU)

Der Bürgermeister hat klar gemacht, dass diese Lösung ... C

(Zuruf von Jens Kerstan GAL)

Herr Kerstan, die Einzelheiten der Lösung – wie groß wessen Anteile sein werden –

(Ingo Egloff SPD: Wer soll das entscheiden?)

werden nicht am Anfang festgelegt, bevor überhaupt Verhandlungen aufgenommen wurden, sondern man redet darüber und dann muss man sehen, welches Paket im Einzelnen daraus zu schnüren ist.

(Zurufe von der SPD)

Wenn also die Chancen, die dieses Konzept, die Zusammenführung dieser drei Unternehmen, bietet, richtig genutzt werden, dann entstehen in Hamburg mehr Arbeitsplätze.

(Dr. Till Steffen GAL: Das läuft nicht wie in der Schule!)

Ich vermag beim besten Willen nicht die verunsicherten Hochbahnmitarbeiter zu sehen, die angeblich existent sein sollen.

(Doris Mandel SPD: Gehen Sie mal in die nächste Personalversammlung!)

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass jeder Hamburger Hochbahner sagt, wenn wir einen Teil des starken deutschen Konzerns Deutsche Bahn AG werden, dann kann das für unsere Arbeitsplätze nur von Vorteil sein.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Sie haben keine Ahnung!) D

Wenn – auch das hat der Bürgermeister gesagt – die Selbstständigkeit des wirtschaftlichen Handelns bei beiden Unternehmen gesichert bleibt, dann haben wir dadurch ganz erhebliche Vorteile für Hamburg und das wird auch der Bundesregierung letztlich noch einleuchten.

(Farid Müller GAL: Alles Dummerchen da!)

– Verglichen mit Ihnen sind die deutlich besser.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir schlicht und ergreifend sehen, dass wir nicht nur etwas Gutes für Hamburg tun, sondern ein deutsches Unternehmen, die Deutsche Bahn AG, stärken und zukunftsfähig machen, dann ist das etwas, was auch die Bundesregierung interessieren wird.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Hamburg opfert sich für Deutschland!)

Wir sind auf einem guten und richtigen Weg. Deswegen werden wir diesen Weg fortsetzen. Ob am Ende der Verhandlungen unterschrieben wird, das sieht man am Ende der Verhandlungen und nicht vor Aufnahme derselben.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, als langjähriger Betrachter möchte ich bei Ihren Behauptungen, die Sozialdemo-

- A krate würde die Standortinteressen Hamburgs in großem Umfange nicht richtig wahrnehmen, ein bisschen mithelfen, Sie an einige Vorgänge zu erinnern, an denen Sie selbst beteiligt waren.

1997 hat die CDU in Hamburg – Henning Voscherau hat darauf noch einmal hingewiesen – die HafenCity unter Ihrer Führung abgelehnt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Als wir schmerzhaft, aber notwendig einen Teil des Mühlenberger Lochs für die Expansionsnotwendigkeiten des Airbus zuschütten mussten, da hat der umweltpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion und damalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende mit den Umweltverbänden vor Ort den Versuch unternommen, diese Zuschüttung zu verhindern. Sie haben davon gewusst, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Als wir uns bemüht haben, den Standort Hamburg mit Toulouse durchzusetzen, da hat Ihr Bundeskanzler Kohl Hamburg in den Rücken fallen wollen und sich massiv für Rostock eingesetzt. Wir haben die Schlacht für Hamburg ohne Sie schlagen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage mich sowieso, was Sie in dieser Sache treibt. Klar, Sie wollen Erfolg haben. Sie haben ein Trauma: 44 Jahre lang sind Sie in 13 geheimen und freien Wahlen vom Wähler auf die Oppositionsbank geschickt worden. Vier Jahre haben Sie regieren dürfen, mit mäßigem Erfolg. Es ist klar, Sie wollen Erfolg haben, das ist auch akzeptabel. Man macht bei dem Versuch, Erfolg zu haben, auch Stockfehler, aber in diesem Fall, Herr Bürgermeister, haben Sie keine Stockfehler gemacht, sondern gravierende, existenzielle Fehler für diese Stadt. Ich will Ihnen zwei benennen:

- B Erstens: Herr Petersen hat Henning Voscherau zitiert, der von uns häufig aufgefordert worden ist, auch als Bürgermeister Front gegen Kohl zu machen. Bürgermeister Voscherau hat immer gesagt, ein Hamburger Bürgermeister hat in der Öffentlichkeit zum Verfassungsorgan Bundesregierung ein tadelloses Verhältnis zu pflegen. Er hat gewusst, warum. Ich sage Ihnen, dieses tadellose Verhältnis pflegt dieser Senat in diesen Tagen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Es kommt hinzu, dass Herr Peiner dieses auch noch so drastisch überzieht, dass die Langzeitfolgen für uns in dieser Stadt erheblich sein werden.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Dobritz, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Engels.

Werner Dobritz (fortfahrend): Nein.

(Hartmut Engels CDU: Das ist schlicht und ergreifend Blödsinn, was Sie gesagt haben!)

Das Zweite: Es ist angedeutet worden, dass hier die Bahn ausschließlich mit dem Ziel einsteigt, in zwei Bereichen Monopolstrukturen zu schaffen. Sie wird dieses weitgehend über eine Fremdfinanzierung machen. Was bedeutet eigentlich eine Fremdfinanzierung für den End-

verbraucher zum Beispiel im ÖPNV-Bereich? Diese Fremdfinanzierung will natürlich von den internationalen Finanzinvestoren wieder verdient werden. Das heißt, dieser Kredit, die Finanzierungskosten müssen verdient werden. Dieses werden natürlich nicht nur die Mitarbeiter der Hochbahn spüren, sondern auch wir in den Preisen bei Bahn und Bussen; die werden nicht sinken, sondern steigen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Sie sich, Herr Ohlsen, im Hamburger Hafen umhören – ich habe das in diesen Tagen getan –, dann wird für den Einstieg der Bahn in der gesamten Hafenwirtschaft kein Verständnis aufgebracht und Sie wissen das.

(Beifall bei der SPD und bei der GAL)

Meine Damen und Herren, ich will einen allerletzten Punkt benennen, den Herr Schira angesprochen hat, und zwar die Rolle, die ein Eigentümer hat, wenn er Einfluss auf ein öffentliches Unternehmen nimmt. Auf uns kommt eine Drucksache zu, in der der Senat die SAGA zwingt, ein privatwirtschaftlich unsinniges Geschäft in einer Größenordnung von 100 Millionen Euro zu machen, und zwar sollen die Erbbaurechte und Wiederkaufsrechte abgelöst werden. Dieses ist für die SAGA, die eine AG ist, ein privatwirtschaftlich schlechtes Geschäft. Dieses wird ausdrücklich auf Druck dieses Senats gemacht. Sie handeln als Eigentümer nicht anders als andere Eigentümer mit ihren Unternehmen auch. Deshalb ist das, was in Berlin durch die Bundesregierung geschieht, nicht verwerflich, sondern es ist korrekt im Sinne des Eigentümers.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GAL)

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Wir haben in diesen Stadtmauern drei große Verkehrsunternehmen: Flughafen, HHLA und Hochbahn. Die müssen im Mehrheitsbesitz bleiben. Stoppen wir den Amoklauf von Herrn Peiner.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt wollen wir noch einmal zusammenfassen, was wir heute vom Senat gelernt haben. Vier Monate, heißt es, ist nicht verhandelt, sondern es sind nur Gespräche geführt worden. In diesen vier Monaten kann man auch bei den Gesprächen schon ein bisschen durcheinander kommen, denn nach den vier Monaten steht nur fest, was eigentlich schon zu Anfang festgestanden haben muss, dass man sich nämlich über ein Paket unterhalten will. Dieses Paket, von dem jetzt niemand mehr so genau sagen kann, wer das einmal abgeschickt hat – hier heißt es, die Bahn habe das Paket als Angebot losgeschickt, und in der Presse steht, die Stadt habe sich mit diesem Angebot an die Bahn gewandt –,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wer schreibt das?)

macht deutlich: Der Nutzen für Hamburg besteht einzig und allein in einem erhofften Umzug der Konzernzentrale. Die Beteiligung der Bahn an der HHLA und der Hochbahn ist der Preis, den Hamburg bezahlen soll. Über die Höhe dieses Preises will dieser Senat nach vier Monaten Ge-

C

D

- A sprächen überhaupt keine Angaben machen. Das ist schon abenteuerlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Höhe dieses Preises, Herr Peiner – das haben Sie bei "Schalthoff live" tatsächlich gesagt –, sei für Sie voll variabel, ob 25, 50 oder 75 Prozent Anteil der Deutschen Bahn an Hochbahn oder HHLA, das sei letzten Endes egal. Ich glaube nicht, dass das für die Interessenvertretung Hamburgs in beiden wichtigen Politikfeldern egal ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn ich dann von Ihnen höre, was Sie an verkehrspolitischen Sinn hinter all dem vermuten, und wenn Sie hier noch einmal den Schlenker zum Transrapid machen, dann stelle ich fest: Es ist interessant, dass der Bürgermeister, der Finanzsenator und der Wirtschaftssenator verhandelt haben, aber niemand, der kraft seines Amtes Einfluss auf verkehrspolitische Belange und von Verkehr eine Ahnung hat oder haben müsste.

(Jens Kerstan GAL: Das ist ein Unterschied!)

– Das ist jetzt ein Unterschied.

Von Herrn Freytag und von verkehrspolitischen Belangen gab es da keine Spur.

Das Interessante ist, dass wir morgen in der Sitzung wahrscheinlich über die Drucksache 18/3053 abstimmen werden. Sie ist unstrittig durch alle Ausschüsse gegangen. Es geht dabei um die Vergabe der Verkehrsleistungen an die NOB auf der Strecke Hamburg-Sylt. Was ist das Ergebnis dieser Verhandlungen? Das Ergebnis lautet: 40 Prozent weniger Kosten für die öffentlichen Hände und eine Steigerung der Qualität. Das ist das Ergebnis dessen, was in neun Jahren rotgrüner Regierungsarbeit in Schleswig-Holstein gelungen ist. Dort hat man sich sehr erfolgreich mit der Bahn angelegt. Mittlerweile sind mehr als die Hälfte aller Strecken ausgeschrieben und den Gewinn, der daraus eingefahren wird, nämlich 40 Prozent weniger Kosten, streicht auch der Senat gern ein. Aber, dass Schleswig-Holstein über dieses Mehr an Wettbewerb 30 Prozent mehr Verkehrsleistung auf der Schiene und 6 Prozent weniger auf der Straße erreicht hat, das wird hier überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Wir brauchen also mehr und nicht weniger Wettbewerb auf der Schiene!

(Beifall bei der GAL und bei Jan Quast SPD)

Deshalb argumentieren Sie hier immer betriebswirtschaftlich mit den Belangen der Deutschen Bahn. Für die ist es selbstverständlich ein Gewinn, wenn sie sich die Hochbahn, ihren stärksten Konkurrenten auf nationaler Ebene – nämlich dem zweitgrößten –, einverleiben kann. Wenn Sie auf dessen Unternehmensentscheidungen Einfluss nehmen können, dann ist das im Interesse der Bahn, aber nicht zwingend im Interesse Hamburgs.

(Beifall bei der GAL – Farid Müller GAL: Schon gar nicht der Bürger!)

Dieses Interesse Hamburgs gilt es doch noch einmal zu definieren.

Herr Reinert, es ist ja schön, dass Sie vorhin noch einmal das Wort ergriffen haben. Sie werden sich sicherlich daran erinnern, als Sie, Frau Duden und ich damals – in unseren Funktionen als verkehrspolitische Sprecher der Fraktionen – von der Bahn in den Bahnbeirat berufen

wurden. Sie werden noch wissen, dass wir mit der Bahn einen Streit über den Satzungszweck dieses Beirats hatten. Die Bahn schrieb nämlich, der Bahnbeirat habe den Zweck, die Interessen der Deutschen Bahn zu vertreten. Wir waren uns über Ländergrenzen – auch mit unseren Kollegen in Schleswig-Holstein – und über Fraktionsgrenzen hinweg sehr schnell einig, dass es nur das Interesse des Bahnbeirats und unserer Mitarbeit im Bahnbeirat sein kann, den Schienenverkehr zu stärken, dass es also einen Unterschied zwischen Schienenverkehr und Deutscher Bahn gibt. Das sind keine Synonyme, auch wenn die Deutsche Bahn 90 Prozent des Schienenverkehrs anbietet. Deshalb müssen wir, wenn wir den Schienenverkehr ernsthaft fördern wollen, mehr Wettbewerb erreichen.

(Glocke)

– Ich habe das Licht gesehen.

Deshalb müssen wir den Nutzen für Hamburg über Wettbewerb erreichen und nicht den Wettbewerb einschränken. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir heute in der aktuellen Stunde erleben, ist ein schleichender Prozess des Davonstehlens der Opposition aus der Mitverantwortung für unsere Stadt.

(Beifall bei der CDU und Oh-Rufe bei der GAL)

Das mag Ihnen nicht gefallen, es trifft aber leider die Realität. Bei der GAL kennen wir das, das ist vorhin mehrfach dargestellt worden, bei wie vielen Punkten sie sich kontraproduktiv verhalten hat, wenn es um die Interessen unserer Stadt geht. Bei der SPD finde ich das eher bedenklich in dieser Frage.

Es ist bedenklich, wenn der Kollege Egloff in dieser Debatte von "lokalpolitischer Besoffenheit" gesprochen hat, denn es trifft die Sache, über die wir heute diskutieren, nicht, lieber Kollege Egloff. Warum will die Deutsche Bahn nach Hamburg kommen? Ich kann es Ihnen sagen, liebe Kollegen. Weil wir mit der HHLA und mit der Hamburger Hochbahn zwei hervorragend aufgestellte Unternehmen auf dem Markt haben, die genau zur Deutschen Bahn passen.

(Michael Neumann SPD: Auf welcher Lohnliste stehen Sie eigentlich?)

Da findet die Deutsche Bahn zwei Unternehmen, die wunderbar für ihre Zukunftsentwicklung und für ihren weiteren Fortschritt notwendig sein könnten, und sagt, wir möchten uns dort beteiligen. Was sagen Sie, Kollege Egloff? Sie sprechen von lokalpolitischer Besoffenheit dieses Senats. Das trifft es nicht. Hier geht es um ein Geschäft zum Wohle zweier Vertragspartner, der Stadt Hamburg und der Deutschen Bahn, bei dem beide gewinnen und beide Vorteile erlangen können. Insofern sollten wir dieses Geschäft – sofern es zustande kommen könnte – unterstützen, wie es nur geht.

(Beifall bei der CDU)

- A Ich möchte noch etwas zur Zentrale sagen. Welche Gründe gibt es für die Deutsche Bahn, mit ihrer Zentrale oder mit ihrem Unternehmen in Berlin zu bleiben? Das hat mir noch keiner gesagt. Es gibt aber gute Gründe, nach Hamburg zu kommen, denn die Logistik, die Hafenwirtschaft sind in Hamburg. Hier ist die Zukunft, wo sich die Deutsche Bahn positionieren kann, und dieses ist zum Vorteil der Deutschen Bahn.

(Jörg Lühmann GAL: Das ist nicht ein und das-selbe!)

Ich kann mir kein Orchester vorstellen, das in Hamburg Musik macht, aber sagt, der Dirigent soll in Berlin bleiben und von dort dirigieren. Das funktioniert nicht. Wenn die Deutsche Bahn fortschrittliche Politik machen will, dann muss sie mit Dirigent und mit Orchester nach Hamburg kommen.

(Beifall bei der CDU)

Zum Wettbewerb, lieber Kollege Lühmann: Der Wettbewerb auf der Schiene tobt bereits immens und mir ist die Deutsche Bahn als Investor, der sich hier engagieren möchte, lieber als irgendein ausländischer Investor, der mit gefüllten Kriegskassen nur darauf wartet, dass ausgeschrieben wird. Ich glaube, dass die Deutsche Bahn und auch wir eine große Chance haben, uns gemeinsam auf dem Markt zu positionieren und damit auch in naher Zukunft zu expandieren. Dies ist zum Vorteil der Deutschen Bahn und dies ist zum Vorteil von Hamburg.

Wir haben – auch was den Börsengang der Deutschen Bahn angeht, lieber Kollege Lühmann – die Notwendigkeit, dass die Deutsche Bahn sich auch hier aufstellt. Kein ausländischer Investor wird sich für die Aktie der Deutschen Bahn interessieren, wenn der Eindruck entsteht, dass politische Entscheidungen des Bundeskabinetts ausschlaggebend sind für die Unternehmenspolitik dieses Unternehmens. Deswegen, glaube ich, ist es vollkommen richtig, dass der Aufsichtsrat – das wurde mehrfach erwähnt – heute noch einmal eindeutig festgestellt hat, dass geprüft werden soll und dass anschließend auch die Umzugsfragen geklärt werden müssen. Da ist politisch noch gar nichts entschieden, denn dieses Unternehmen muss wirtschaftlich arbeiten und planen. Deswegen gehört dieses Unternehmen nach Hamburg und deswegen gehört auch die Beteiligung bei der HHLA und bei der Hochbahn dazu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bahn kommt, ob Ihnen das gefällt oder nicht, ob Sie es wollen oder nicht. Ich würde mich freuen, wenn Sie in dieser Frage mehr die Interessen unserer Stadt vertreten, wenn Sie gemeinschaftlich mit uns und mit den Kolleginnen und Kollegen in Berlin Argumente über den Standort austauschen. Es ist mehrfach gesagt worden: Hamburg braucht die Deutsche Bahn nicht, aber die Deutsche Bahn braucht Hamburg.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist das Problem!)

Wenn dieses ein Geschäft ist, das zum Wohle der Deutschen Bahn und unserer Stadt ist, dann stellen Sie sich bitte nicht in den Weg, sondern helfen Sie uns mit gemeinsamen Gesprächen in Berlin, damit dieses Unternehmen nach Hamburg kommt, zum Wohle der Deutschen Bahn und zum Wohle unserer Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Dr. Maier hat das Wort. C

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Herr Bürgermeister und Herr Peiner, ich habe mir die Debatte einigermaßen genau angehört. Ich habe ein einziges Argument gehört, mit dem Sie versuchten, den Bedenken in diesem Hause entgegenzuwirken: Sie würden auf jeden Fall die unternehmerische Verantwortung in Bezug auf HHLA und Hochbahn dahin gehend behalten, dass keine strategischen Entscheidungen gegen uns möglich sind. Das wollen Sie vertraglich sicherstellen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Konsortialverträge!)

– Meinetwegen über Konsortialverträge.

Mir fällt auf, dass der jahrzehntelange "Mister HHLA", Herr Peter Dietrich, der für die Entwicklung dieses Unternehmens verantwortlich ist und es zu diesem Erfolg geleitet hat, zwei Argumente vorträgt, die ich außerordentlich wichtig finde.

Erstens sagt er, es sei naiv anzunehmen, dass der HHLA-Vorstand die unternehmerische Selbstständigkeit behält, wenn die Bahn die Mehrheit hat. Wie man auf Dauer durch Konsortialverträge den Mehrheitseigner dominieren soll, ist vollständig unplausibel und das werden Sie hier auch nicht anders darstellen können. Ich traue da Herrn Dietrich aufgrund seiner jahrelangen Erfahrung im Unternehmen mehr als jemandem, der hier den Konzernbildner machen will.

Herr Dietrich trägt ein zweites Argument vor: Wenn die Bahn die HHLA auf Pump kauft, dann wird sie danach das Geld aus der HHLA wieder herausziehen müssen. D

(Werner Dobritz SPD: Wie beim LBK!)

– Wie beim LBK.

Das ist aber in etwa das, was Herr Reinert mit anderen Worten sagte: Die Deutsche Bahn würde durch diese ganze Geschichte gestärkt

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

und HHLA und Hochbahn seien dafür die Blutspender. Das klingt sehr patriotisch. Mich hat die ganze Zeit gewundert, wie wichtig es war, dass die Deutsche Bahn Käufer ist, die sich aber gerade als internationaler Logistikkonzern etablieren will und diese deutschtümelnden Bindungen hinter sich lassen will.

(Bernd Reinert CDU: Ich finde es unfair, dass Sie Ihre Hörfehler als Zitat gegen mich verwenden!)

Warum man hier als Blutspender tätig werden soll, ist nicht richtig einzusehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Bei Herrn Dietrich liegt ein ordnungspolitisches Argument zugrunde, wenn er sagt, die Bahn habe jetzt Konkurrenz und das sei gut für den Hamburger Hafen, denn wir würden von den Hinterlandverkehren leben, die wir billig anbieten können. Durch Konkurrenz würden die Preise sinken. Wenn Sie aber hier mit der Bahn ein Monopol schaffen – gerade in Bezug auf die Hafenhinterlandverkehre –, dann wird das schlecht für den Hafen sein. Wenn dieses ordnungspolitische Argument, das wir Grünen zum Beispiel immer vertreten haben, keine Gel-

- A tung mehr hat, sondern stattdessen aus einer gedachten Unternehmerperspektive gehandelt wird – beispielsweise einen Großkonzern in Hamburg zu gründen –, ist Politik schlecht beraten, wenn sie den Versuch macht, staatsmonopolistischen Kapitalismus in Form von Konzentration und Konzernbildung statt vernünftiger Ordnungspolitik zu betreiben. Das machen Sie aber gegenwärtig. Sie treten hier auf als jemand, der mit staatlichen Mitteln einen neuen Konzern bilden will und wütend nach allen Seiten schlägt, gegen alle, die im Wege stehen, statt vernünftige Ordnungspolitik zu machen, sodass Konkurrenz auf der Schiene den Hafen in Hamburg billiger macht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe zum ersten Thema der Aktuellen Stunde keine Wortmeldungen, sodass wir zum zweiten Thema kommen. Von der SPD-Fraktion wurde angemeldet:

Fass ohne Boden: LBK verkauft, doch Hamburg zahlt weiter!

Wer wünscht das Wort? – Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren! Neben der Irrfahrt der Bahn durch den Hamburger Hafen war die zweite interessante Nachricht der letzten Woche der Jahresabschluss des Landesbetriebes Krankenhäuser, auf den wir so lange gewartet haben. Meine Damen und Herren von der CDU, da fiel uns doch eine gewisse Seltsamkeit auf. Zum ersten Mal hat nicht etwa der Landesbetrieb Krankenhäuser Asklepios selbst während einer Bilanzpressekonferenz etwas bekannt gegeben, auch der Senat gab den Jahresabschluss nicht bekannt. Nein, es war unsere CDU-Fraktion, die neuerdings die Bilanzpressekonferenzen für öffentliche Unternehmen per Presseerklärung abhält. Ich gratuliere Ihnen.

B

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das wirft natürlich brennende Fragen auf. Zwar haben die Senatoren anschließend sofort bestätigt, was die CDU-Fraktion gesagt hat, aber wie ist eigentlich ihre Arbeitsteilung? Ist die CDU-Fraktion nur noch für die schlechten Nachrichten zuständig und Herr Peiner und Herr Dräger für die guten? Oder was machen Sie da eigentlich? Erklären Sie uns das einfach bei Gelegenheit.

Es gibt weitere Seltsamkeiten. Am 27. Juni des Jahres 2005 ...

(Unruhe bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD:* Können Sie mal aufhören, sich zu unterhalten!)

... Ich möchte unter diesen Umständen lieber aufhören.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Ich bitte noch einmal darum, etwas mehr Ruhe zu bewahren. Bis jetzt hat das ganz gut geklappt, aber vielleicht sollten sich die Diskussionszirkel auflösen und diejenigen, die Interesse daran haben, dürfen leise Herrn Zuckerer zuhören.

Walter Zuckerer (fortfahrend): Meine Damen und Herren von der CDU, ich erinnere Sie noch an etwas anderes: Am 27. Juni des Jahres 2005 brachte der Sender NDR 90,3 eine Nachricht, dass die Bilanz des LBK für das Jahr 2004, von Asklepios aufgestellt, ein Minus von

120 Millionen Euro hätte. Die Berichterstattung wurde vom Senat dementiert, nicht von der CDU-Fraktion. Tatsache ist, dem NDR kann man vertrauen, und Tatsache ist, der Senat hat die Bilanz des LBK sechs Monate lang verschleiert. Das diskutieren wir hier heute.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann kommen wir zu den brutalen Fakten. Die SPD hat in allen Debatten darauf hingewiesen, dass der Verkaufsvertrag ein hohes Risiko beinhaltet, und der Senat hat dies immer als theoretisch dargestellt oder beschönigt. Das Risiko eins ist nun geplatzt. Das Risiko eins war, dass die Stadt die Eigenkapitalausstattung des LBK garantiert hat, bilanztechnisch das Nettoumlaufvermögen. Das hat sich nicht eingestellt und dafür zahlen wir jetzt knappe 20 Millionen Euro.

Nun kommt das Risiko zwei.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben auch die Eigenkapitalausstattung für die nächsten Jahre garantiert. Auch das wird nach gegenwärtigen Zahlen eintreten. Dann sind 75 Millionen Euro Darlehen fällig.

Nun kommt das Risiko drei. Es ist eigentlich keines mehr, denn die Reduzierung des Kaufpreises um 75 Millionen Euro hängt ab von den Geschäftsergebnissen. Die kennen wir nun. Also wird der Kaufpreis reduziert werden.

Meine Damen und Herren, das, was wir immer gesagt haben, dieser Kaufpreis steht auf dem Papier, ist eingetreten. Sie haben es immer bestritten.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe ja Humor, aber wenn Herr Dr. Peiner in der Presse erläutert, dass man den LBK verkauft hätte wie ein Auto, von dem man glaubt, es hätte vier Räder, und dann hätte man auf einmal festgestellt, auch der Käufer, es hat nur drei, dann versteht nicht einmal einer von der "Bild-Zeitung", wie man so doof sein kann.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren, entweder kannten Sie Ihr Unternehmen nicht oder Sie wussten nicht, was Sie taten. Das ist irre, was Sie hier erzählen. Sie können uns nicht erzählen, dass das irgendwo eine Realität hat. Dann können Sie kein Unternehmen führen.

Deshalb sage ich Ihnen unsere abschließende Einschätzung und die steht fest. Das Ergebnis Ihrer Verkaufsverhandlungen und das Ergebnis Ihrer ganzen Politik ist gewesen: Wir haben diesen Landesbetrieb Krankenhäuser für einen schlechten Preis verkauft. Wir haben alle Altlasten behalten, wir haben in den nächsten zwei Jahren unternehmerische Risiken von 170 Millionen Euro, die wir im Zweifel abdecken müssen. Es war nicht nur das schlechteste Geschäft, es war die dilettantischste Privatisierung, bei der jemand das unternehmerische Sagen für die Zukunft hat und wir für alle Risiken gerade stehen. Wenn Sie so mit der Deutschen Bundesbahn verhandeln, dann kann man der Stadt wirklich nur Glück wünschen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Krüger.

- A **Harald Krüger** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Zuckerer, bei aller Aufregtheit, die Sie hier gerade an den Tag gelegt haben, habe ich durchaus Verständnis dafür, dass sich die SPD nicht allzu intensiv mit dem Verkaufsvertrag zum Thema LBK befasst hat.

(Lachen bei der SPD und der GAL)

Der Vertrag hat immerhin rund 500 Seiten Umfang. Das ist etwa so viel wie der neue Harry Potter-Roman. Er ist vielleicht nicht ganz so spannend wie dieses Buch.

(Doris Mandel SPD: Sonst hätten Sie ja nicht zugestimmt!)

Daher fallen Ihnen vielleicht auch manchmal die Augen zu.

Das Problem ist, dass Sie den Vertrag offenbar nicht nur nicht gelesen oder verstanden habe, sondern ganz offensichtlich haben Sie auch in den zahlreichen Debatten, die wir in diesem Haus immer zu dem selben Thema geführt haben, nicht aufgepasst und nicht zugehört.

Der Bürgermeister, die Senatoren Dräger und Peiner, unser Fraktionsvorsitzender Bernd Reinert, mein Kollege Goldberg und auch ich haben Ihnen diverse Male die Notwendigkeiten des Teilverkaufes dargestellt und darauf hingewiesen, dass es keine Alternative zur Teilprivatisierung des LBK gegeben hat.

(Doris Mandel SPD: Für wen denn?)

Ich will Ihnen das heute und an dieser Stelle gern ein achttes Mal erklären.

- B (Jens Kerstan GAL: Sie müssen erklären, warum das ein schlechter Vertrag ist!)

– Herr Kerstan, melden Sie sich einfach und dann können wir das öffentlich diskutieren.

Alle Zahlen, Herr Zuckerer, die ich Ihnen jetzt vortrage, waren im Übrigen den Medien zu entnehmen. Das sind also keine Geheimnisse der CDU. Wir verfahren so, dass wir zuerst die Pressegespräche des Senats abwarten und dann kommentieren. Das ist auch in diesem Fall so gewesen. Es handelt sich also nicht um irgendwelche geheimnisvollen Dinge oder dunkle Mächte, wie man sie von Harry Potter kennt, sondern das ist eine ganz normale anständige und saubere Arbeit gewesen.

Es lohnt sich also, Herr Zuckerer, nicht nur die Verträge zu lesen, sondern auch einmal in die Medien zu hören, also Presse zu lesen oder Radio zu hören.

(Wilfried Buss SPD: Sagen Sie doch mal was zur Sache!)

Gespenstisch – und hier sind wir wieder bei Harry Potter –

(Doris Mandel SPD: Wer ist denn im Senat der Harry Potter?)

ist allerdings, dass der LBK in den letzten Jahren, und zwar in den Jahren, in denen Sie als rotgrüner Senat verantwortlich waren, eine Verbindlichkeit in einer Höhe von rund 1 Milliarde Euro angehäuft hat. Das erzähle ich heute auch zum achten Mal. Dem gegenüber steht ein Firmenwert von rund 350 Millionen Euro.

(Doris Mandel SPD: Und die Grundstücke!)

C Selbst, wenn man gar kein oder nur ein begrenztes Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge hat, wird man feststellen, dass hier ein krasses Missverständnis besteht. Vielleicht lassen Sie sich das einmal von Herrn Kerstan, der hier vielleicht noch sprechen wird, erklären.

2004 hat der LBK ein negatives Ergebnis von rund 136 Millionen Euro geschrieben. Das ist noch schlechter als in den Vorjahren. Das ist richtig. Und ich darf Sie darauf hinweisen, dass dieser Wirtschaftsplan nicht etwa von Asklepios aufgestellt worden war, sondern noch vom alten LBK-Vorstand.

Die roten Zahlen sind in der Tat noch dunkler geworden. Ich darf Sie auch daran erinnern, dass dieser Senat und auch die CDU-Fraktion die Privatisierung bereits 2003 vornehmen wollten, und zwar aus gutem Grund. Die Verzögerung des Verkaufs ist ganz gewiss nicht der CDU anzulasten. Die politische Verantwortung für die Verzögerung – und hier schaue ich mal von mir aus in den linken Teil des Raumes – liegt ganz eindeutig woanders, aber auf jeden Fall nicht bei uns.

Die Gründe für das schlechte Abschneiden in 2004 sind einmal die höheren Rückstellungen für Schadensersatzrisiken, geringere Erlöse – das stimmt besonders bedenklich – und vor allen Dingen auch Forderungsabschreibungen aufgrund von Klagen. Auch das konnten Sie, Herr Zuckerer, in der Presse lesen. Das sind Klagen im Rahmen der Krankenkassenbudgets.

Ein ganz eindeutiger Vertragsbestandteil – glauben Sie es mir oder lesen Sie es nach – war, dem LBK Neu ein Nettoumlaufvermögen in Höhe von zwei Monatsumsätzen zu garantieren. Das war im Vertrag enthalten und wurde hier besprochen. Das hätten Sie auch nachlesen können.

(Gesine Dräger SPD: Haben wir doch gemacht!)

Das garantierte Nettoumlaufvermögen ist aufgrund des schlechten Betriebsergebnisses so nicht erreicht worden. Das heißt, die ganz normale Folge ist, dass man Verträge einhalten

(Lachen bei der SPD – Gesine Dräger SPD: Man hätte das gleich lassen sollen!)

und nun Barmittel in Höhe von rund 19,5 Millionen Euro einlegen muss. Daher, Herr Zuckerer, ärgere ich mich wirklich darüber, dass Sie hier wider besseres Wissen und bewusst fälschlich behaupten, dass es sich hierbei um eine Kaufpreisminderung handelt. Es ist ganz eindeutig so, dass diese 19,5 Millionen Euro als Aufstockung des LBK-Eigenkapitals zu sehen ist und hiermit der Betrieb LBK gestärkt wird.

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Ende kommen.

(Michael Neumann SPD: Gute Idee!)

Harald Krüger (fortfahrend): Ich wäre sehr dankbar, auch der SPD, wenn ich Ihnen das nicht zum neunten Mal erklären müsste, allein mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat für zwei Minuten Herr Kerstan.

- A **Jens Kerstan** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Krüger, es geht jetzt wirklich nicht darum, zu debattieren, ob der Verkauf notwendig war oder nicht. Die Frage ist: Wenn Sie schon verkaufen, warum ist ein so verdammt schlechter Vertrag für die Stadt herausgekommen?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und eine weitere Frage ist: Warum muss die Stadt, obwohl sie die Mehrheit verkauft hat und das Betriebsergebnis jetzt nicht gut ausfällt, trotzdem den zusätzlichen Verlust tragen? Warum hat man dann überhaupt verkauft?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie sagen jetzt, im Vertrag steht, dass zwei Monatsumsätze des Nettoumlaufvermögens garantiert werden müssen – das stimmt –, das konnte man aber nicht ahnen. Sie wissen genauso wie ich, dass das nicht zutrifft. Das steht in den Unterlagen, die Sie und ich lesen konnten.

(Uwe Grund SPD: Er hat Harry Potter gelesen!)

Sie wussten, dass diese 20 Millionen auf uns zukommen. Am 19. Oktober 2004 bei einer Besprechung in der Finanzbehörde, noch vor dem Verkauf – Sie können das in den Akten nachlesen –, wurde festgehalten, dass nach dem Stand der Planungsrechnung damit zu rechnen sei, dass zum 31. Dezember 2005 auf die Besitzanstalt die Verpflichtung zukommt, der Betriebsgesellschaft ein NUV-Darlehen in Höhe von rund 20 Millionen Euro zu gewähren. Und oh Wunder, genau um diese Summe geht es heute. Und wissen Sie, was in dieser Version noch handschriftlich enthalten ist – man konnte nicht sehen, von wem –: 20 Millionen Euro werden gestrichen. In der nächsten Version stand: Weitere Inanspruchnahmen können nicht sicher ausgeschlossen werden.

(Lachen bei der GAL und der SPD)

In dem Vertrag, den Sie uns dann vorgelegt haben, stand drin, das für die Folgejahre mit keiner weiteren Inanspruchnahme der Kreditlinie zu rechnen sei. Sie wussten es und haben uns getäuscht, weil Sie diesen Betrieb verkaufen wollten. Und jetzt rächt sich, was Sie hier getan haben.

(Anhaltender Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist eine Frechheit, sich hier hinzustellen und zu sagen, dass man dieser Opposition auch noch zum neunten Mal den Verkauf wohl erklären muss. Nein, Sie haben uns belogen, weil Sie diesen Betrieb an den Investor verschern wollten.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist ein Ordnungsruf wert!)

Sie haben bewusst diese Dinge verschwiegen, um das Angebot dieses Investors besser dastehen zu lassen, als es war.

(Glocke – Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Kerstan, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Somit ist die Aktuelle Stunde zu Ende. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3, Drucksache 18/3268, Wahl eines

stellvertretenden bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses. C

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl eines stellvertretenden bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses
– Drucksache 18/3268 –]**

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf dem Stimmzettel ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen machen den Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Ich bitte die Schriftführerinnen, die Stimmzettel einzusammeln.

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird jetzt ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben. *

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 36, Drucksache 18/3230, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Neuerlass der Hamburgischen Bauordnung, Rauchmelderpflicht für Wohnräume und Rauchmelderpflicht für Wohnräume – Gesetzentwurf zur Änderung der Hamburger Bauordnung.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksachen 18/2549: Neuerlass der Hamburgischen Bauordnung (Senatsantrag) 18/1627: Rauchmelderpflicht für Wohnräume (GAL-Antrag) 18/1679: Rauchmelderpflicht für Wohnräume – Gesetzentwurf zur Änderung der Hamburger Bauordnung (SPD-Antrag) – Drucksache 18/3230 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe hier immer noch das rote Licht.

(Michael Neumann SPD: Ja, denken Sie mal darüber nach!)

Wenn wir heute die Neufassung der Hamburgischen Bauordnung verabschieden, beschließen wir eine wirklich grundsätzliche Reform, die ihren Namen auch verdient.

(Beifall bei der CDU)

Wir schaffen damit in unserer Stadt ein zeitgemäßes und effektives Baurecht. Hamburg kommt hiermit im Baurecht einer zu Recht oft gestellten Forderung an den Gesetzgeber nach, nämlich nach Deregulierung, Transparenz, Kundenfreundlichkeit und Beschleunigung.

Als meine Fraktion im vergangenen Jahr ihren Antrag zur Novellierung der Hamburgischen Bauordnung eingebracht hatte, waren das bereits die vorrangigen Ziele, die wir nun effektiv auch umsetzen werden.

Bevor ich nun auf einige grundsätzliche Veränderungen eingehen werde, möchte ich darauf hinweisen, dass aus

* Ergebnis siehe Seite 2298 D.

- A meiner Sicht dieses Gesetzgebungsverfahren auch in anderer Hinsicht bemerkenswert ist. Ich meine hiermit: Intensiver und umfangreicher kann man eine Gesetzesberatung kaum durchführen. Bereits im Vorfeld der Beratung hatte die CDU-Fraktion die betroffenen Verbände und Kammern über die Novellierung informiert und erste Gespräche geführt.

Im weiteren Verlauf lieferte die BSU immer wieder umfangreiches Material und Unterstützung für die Beratungen, nicht zuletzt die überaus wichtige Synopse HBO Alt und HBO Neu sowie die Zusammenstellung über die Verbändeanhörung. Hierfür möchte ich den daran beteiligten Mitarbeitern der BSU ausdrücklich meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

Stellvertretend hierfür nenne ich Herrn Dr. Niere vom Baurechtsamt, der nicht nur während der Senatsbefragung im Ausschuss Rede und Antwort stand.

Sowohl die Expertenanhörung als auch viele andere Gespräche mit relevanten Verbandsvertretern haben uns deutlich gemacht, dass wir mit der angestrebten Vereinfachung und Modernisierung der Bauordnung den richtigen Weg einschlagen werden. Die Novellierung wird von der Wohnungswirtschaft, den Bauwilligen und anderen Interessenvertretern grundsätzlich als längst überfällig begrüßt. Zum Teil wurde zwar punktuell Kritik geäußert, aber in den zahlreichen Diskussionen hat sich hierbei gezeigt, dass diese Kritik in einigen Punkten oft rein theoretischer Art waren.

- B Ebenso wurde die frühzeitige Information und Einbindung der relevanten Institutionen als sehr positiv betrachtet. Auch das spricht für eine intensive und sachgerechte Durchführung der Beratung und Entscheidungsfindung. Diese Vorgehensweise hat es auch ermöglicht, sowohl externe Anregungen als auch Anliegen und Vorschläge der Opposition in die Novellierung mit einarbeiten zu können.

Aber lassen Sie mich noch einmal auf das Grundsätzliche eingehen, was diese neue Bauordnung zu der schon eingangs erwähnten Reform macht, nämlich zu einem Baurecht aus einem Guss. Die neue Hamburgische Bauordnung reduziert den Regelungsumfang um ein Drittel, indem sie sich auf das wirklich Notwendige beschränkt und alle wesentlichen Bauvorschriften zusammenfasst nach dem Motto: "Aus Fünf mach Eins".

Auch ein anderes Motto zeugt deutlich von Deregulierung und Bürgerfreundlichkeit: "One Face to the Customer". Zukünftig erhält der Bauherr mit der Einführung des Baugenehmigungsverfahrens mit Konzentrationswirkung die Baugenehmigung aus einer Hand. Darüber hinaus erhält er diese Genehmigung auch nach maximal drei Monaten. Das ist nun wirklich ein serviceorientiertes und bürgerfreundliches Verfahren, wie es einer modernen Verwaltung angemessen ist.

In einer Vielzahl von Fällen wird die Genehmigung gänzlich entfallen, im Gegenzug hierbei aber auf mehr Eigenverantwortlichkeit gesetzt. Auch das ist aus unserer Sicht zeitgemäß, denn der Staat muss nicht alles regeln.

Abschließend möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Rechtsausschusses und des Stadtentwicklungsausschusses danken, dass wir unseren ehrgeizigen Zeitplan einhalten konnten. Hiermit kann die neue Hamburgische

Bauordnung am 1. Januar 2006 in Kraft treten. Die Bauwilligen und die Bauwirtschaft haben uns gegenüber eine hohe Erwartungshaltung, der wir mit diesem neuen Gesetz nachgekommen sind. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt grundsätzlich Vorhaben, die Verwaltungsverfahren vereinfachen, beschleunigen und bürgerfreundlicher gestalten. Wir begrüßen auch Maßnahmen, die geeignet sind, den in Hamburg seit vier Jahren darniederliegenden Wohnungsbau endlich wieder anzukurbeln und Engpässe am Wohnungsmarkt zu verhindern.

Wir lehnen aber Regelungen ab, die geeignet sind, die Lebensqualität in unserer Stadt und das friedliche Miteinander in den Quartieren zu beeinträchtigen.

(Beifall bei der SPD und bei *Jörg Lühmann und Claudius Lieven, beide GAL*)

An diesen Punkten messen wir auch die Novelle der Hamburgischen Bauordnung, die der Senat vorgelegt hat.

Daher richtet sich unsere Kritik an der Gesetzesnovelle vor allem auf die Teile, die die Bauqualität in Hamburg gefährden und damit auch die Lebensqualität in dieser Stadt. Lassen Sie mich hierzu einige Punkte herausgreifen.

Wir kritisieren, dass Sie die zulässigen Abstandsflächen zwischen Gebäuden undifferenziert um mehr als die Hälfte reduzieren wollen, unabhängig davon, ob es sich um Mehrfamilienhäuser, Einfamilienhäuser oder Gewerbebauten handelt, und unabhängig davon, ob diese in Kern- oder reinen Wohngebieten stehen. Diese Regelung wird die Wohnqualität in bestimmten Lagen verschlechtern.

Wir haben daher basierend auf dem Vorschlag der Architektenkammer einen Kompromiss vorgeschlagen, der eine differenziertere Betrachtung der Quartiere vorsieht. Sie lehnen das aber ab.

Wir kritisieren, dass Sie die Mindestraumhöhe von Aufenthaltsräumen in Wohnungen auf 2,30 Meter absenken wollen. Sie senken die Raumhöhen diametral zur wachsenden Körpergröße der Menschen ab. Ihr Fraktionsvorsitzender kommt wahrscheinlich bald nicht mehr in gewisse Räume hinein. Auf der Höhe der Zeit sind Sie hiermit jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL*)

Warum glauben Sie, dass die Gründerzeitbauten in Harvestehude oder Eppendorf so beliebt sind? Sicherlich nicht wegen der Schlitzbauweise, in der sie errichtet worden sind, sondern aufgrund der Raumhöhen.

(*Ekkehart Wersich CDU:* Nein, wegen 20-Meter-Abständen!)

Wir kritisieren, dass Sie zukünftig Carports und Garagen von der Baugenehmigungspflicht ausnehmen wollen. Sie haben bereits öffentlich den Eindruck erweckt, dass jeder sein Carport oder seine Garage auf seinem Grundstück bauen kann wie er will. Tatsächlich muss sich aber jeder

C

D

- A Baulaie über sämtliche Bestimmungen und Beschränkungen aus Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen und Nachbarschaftsrecht informieren, bevor er bauen kann.

In der Praxis wird das aber nicht der Fall sein. In der Praxis wird es zu einer Fülle von Nachbarschaftsstreitigkeiten kommen. Die vermeintlich durch die neue Regelung entlasteten Bauämter werden sich durch beschwerende Nachbarn, durch Kontrollverfügungen mehr belastet sehen, als sie es bisher waren. Repressive Kontrollen aber sind aufwendiger als präventive Kontrollen. So hat es einer der Experten in unserer Anhörung zutreffend formuliert.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven und Jörg Lüthmann, beide GAL*)

Auch die Gerichte werden zusätzlich erheblich belastet werden, wenn sie diese Streitigkeiten schlichten sollen.

Wir sind der Auffassung – und das ist auch unsere Aufgabe als Parlamentarier –, in einer wachsenden Stadt der Wohnqualität, der Arbeitsstättenqualität, der Baukultur, den ökologischen Belangen und einem friedlichen, nachbarschaftlichen Miteinander einen hohen Stellenwert beizumessen und diese Aspekte nicht einfach beiseite zu schieben, wie Sie es tun.

Das Ergebnis der Novellierung der Hamburgischen Bauordnung darf daher nicht die Verringerung der städtebaulichen und der Lebensqualität sein. In dieser Kritik an der Gesetzesnovelle sind wir uns mit vielen Verbänden einig. Diese Kritik besteht auch fort, weil sie nicht, wie Sie behaupten, Herr Roock, vieles von dem einbeziehen, was die Verbände eingebracht haben. Das haben die Punkte deutlich gemacht, die ich soeben ausgeführt habe.

B

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven und Jörg Lüthmann, beide GAL*)

Herr Roock, Sie haben erklärt, dass diese neue Hamburgische Bauordnung eine grundsätzliche Reform ist. Das halte ich eher für fraglich. Zum einen – das schreiben Sie selbst oder der Senat hat das geschrieben – ist es im Wesentlichen eine Zusammenfassung bestehender Gesetze in einem Werk. Zum anderen ist aber der vorliegende Gesetzentwurf die Umsetzung der Musterbauordnung 2002 im Hamburger Recht. Er bringt wirklich wenig Eigenständiges ein. Eine Bauordnung aber, die für Klein-Kleckersdorf passt, muss nicht für die hamburgische Metropole richtig sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Hamburg als lebenswerte und grüne Metropole sowie menschliche Metropole, wie Herr Neumann richtig formuliert, erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Hierzu bedarf es nicht unbedingt der Leuchtturmprojekte des Senats, sondern eines Baurechts, dass Wildwuchs verhindert. Wir befürchten aber, dass die Novelle der Hamburgischen Bauordnung dieses in zentralen Punkten nicht leistet, und haben daher versucht, im Stadtentwicklungsausschuss Änderungen zu erreichen. Sie waren nicht bereit, Herr Roock, diese Änderungen zu berücksichtigen. Daher werden wir auch heute dem Gesetzentwurf so nicht zustimmen können.

Das letzte Gesetz, welches wirklich die Genehmigungsverfahren im Wohnungsbau richtig beschleunigt hat, ist

das Hamburgische Wohnungsbauerleichterungsgesetz von 1990. Seinerzeit haben Sozialdemokraten dieses Gesetz für eine tatsächlich wachsende Stadt verabschiedet. Dieses Gesetz, welches den schnellen Bau von 80 000 Wohnungen in den Neunzigerjahren möglich gemacht hat, kassieren Sie jetzt ein, obwohl heute immer noch ein Drittel aller Bauvorhaben danach genehmigt werden. Ob die neue Hamburgische Bauordnung auf diesem Feld mithalten kann, muss sich erst zeigen.

C

Bausenator Freytag hat die neue Bauordnung als Meilenstein für die wachsende Stadt bezeichnet.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Kieselstein!*)

Ich hoffe, Sie wird nicht zum Stolperstein für die wachsende Stadt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schneller und schlechter bauen in Hamburg! Beschleunigung und Deregulierung um jeden Preis! Das ist die Devise, nach der diese Bauordnung gestrickt ist.

Sie haben sich bei der Novelle von dem Gedanken leiten lassen, dass sich die Bauaufsicht auf die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zurückziehen soll. Das Leitziel einer Schaffung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse wurde gestrichen. Die Abstandsflächen sollen reduziert werden, die Raumhöhe wird gesenkt und die Anforderungen zur Errichtung barrierefreier Wohnungen werden verringert.

D

Enger und niedriger bauen in Hamburg? Die Menschen werden größer und die Wohnungen kleiner? Soll das die Zukunft des Bauens in Hamburg sein? Nein, das ist ein Irrweg. So, wie es Ihnen vor einiger Zeit darum ging, das schärfste Polizeigesetz der Republik zu verabschieden, geht es Ihnen jetzt darum, die kürzeste Bauordnung der Republik zu verabschieden.

(Beifall bei der GAL und bei *Lutz Kretschmann-Johannsen SPD*)

Ihr Reformimpetus ist damit zum reinen Selbstzweck verkommen. Hamburg wird post modo bisher für seine Baukultur gelobt, die auf der Basis der bisherigen Regeln entstanden ist. Welche Not treibt den Bausenator, dieses nun zu ändern? Es gibt keine Not, die erreichten Qualitätsstandards abzusenken. Warum legen Sie also die Axt an das bisherige System? Das ist nicht zu verstehen.

Niemand hat sicherlich etwas gegen eine Anpassung der Hamburgischen Bauordnung an die Musterbauordnung. Aber warum demolieren Sie in Ihrem Reformeifer gleich viele akzeptierte Regeln des Hamburger Bauwesens. Ihrer Novelle fehlt das Augenmaß und die Differenziertheit. Sie sind Opfer Ihres eigenen Reformüberschwangs geworden.

(Beifall bei der GAL und bei *Lutz Kretschmann-Johannsen und Jan Quast, beide SPD*)

Ihr Entwurf erhielt daher auch sehr schlechte Kritiken, sei es von den Fachleuten aus der Wissenschaft oder den betroffenen Verbänden, seien es die Grundeigentümer, die Architektenkammer oder die Denkmalschützer. Die Baurechtler kritisierten den Abbau der präventiven Kon-

- A trolle. Eine präventive Kontrolle ist weniger aufwendig und präziser als eine nachlaufende Kontrolle, die es aber in dieser Novelle nicht geben wird.

Es wurde die Abschaffung des Bauanzeigeverfahrens und die Erweiterung der Baufreistellungsverordnung sowie die Aushöhlung des vereinfachten Genehmigungsverfahrens und die Festsetzung unrealistisch kurzer Fristen kritisiert. Herr Roock sprach von einer Frist von drei Monaten. Das geht teilweise bis auf einen Monat herunter, indem eine Genehmigungsfiktion eintritt. Selbst die von Ihnen eingeladenen Experten haben das für unrealistisch und undurchführbar gehalten.

(Beifall bei Jörg Lühmann GAL)

Die Architektenkammer fürchtet um die Qualität des Bauens in Hamburg, vor allen Dingen im Bereich des Wohnungsbaus. Sie wollen jetzt auch Aufenthaltsräume im Keller zulassen und das in Kombination mit abgesenkten Deckenhöhen und verringerten Abstandsflächen. Das ist wirklich der Rückschritt in den Mietskasernenbau des vorvorherigen Jahrhunderts.

(Beifall bei der GAL und bei Lutz Kretschmann-Johannsen und Jan Quast, beide SPD)

Der Grundeigentümerverband befürchtet durch die Ausweitung der Baufreistellungen einen starken Anstieg der Nachbarschaftskonflikte. Das bezieht sich beispielsweise gerade auf den Bereich der Carports in Vorgärten. Man kann sich vorstellen, wie viele Anwälte und Gerichte dadurch zu tun bekommen werden. Sie schmeißen Regelungen über den Haufen, die sich in Hamburg wirklich bewährt haben.

B

Die Denkmalschützer fürchten um die Verschandelung einer Vielzahl kleiner denkmalgeschützter Bauten, weil dort die Eingriffe überhaupt nicht mehr registriert werden. Sie sind freigestellt oder sie sind im vereinfachten Genehmigungsverfahren und dort wird der Denkmalvorbehalt herausgenommen. Die Denkmalwürdigkeit wird nicht mehr geprüft.

Die Akademie für Städtebau und die Akademie der Künste sprechen sich gegen eine Ausweitung der Werbe genehmigungen aus, gerade an hervorragenden öffentlichen Bauten, die Sie jetzt in der ganzen Stadt für Werbung zulassen wollen und damit Gefahr laufen, dass Hamburg mit Werbung zugepflastert wird.

Mehrere Bezirksversammlungen haben gefordert, dass beispielsweise Mobilfunkantennen nicht genehmigungsfrei gestellt werden, um den Sorgen der Bürger Rechnung zu tragen. Auch mit Stimmen der CDU, wie kürzlich in Wandsbek geschehen, wird dieses vor Ort für sehr kritisch gehalten. Aber Sie scheren das alles über einen Kamm. Freistellung ist das hehre Ziel.

Es gab also viel Kritik und wenig Lob für diese Novelle. Immerhin muss ich aber sagen: Sie haben sich dazu durchgerungen, die Rauchmelderpflicht für Wohnräume in die Novelle aufzunehmen. Aber Sie haben die Chance verpasst, auf die große Zahl von sehr konkreten und durchdachten Vorschlägen der Experten und auch der Opposition einzugehen. Augen zu und durch, das war Ihr Motto.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber, wer die Augen schließt, der steht im Dunkeln. Im Dunkeln können Sie nicht mit unserer Zustimmung rechnen.

C

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bauen in der wachsenden Stadt wird entbürokratisiert. Es wird einfacher, schneller und es gibt mehr Service für die Bürger. Hierfür steht die neue Hamburgische Bauordnung. Sie ist ein großer Wurf.

(Beifall bei der CDU)

Die neue Hamburgische Bauordnung fasst alle wesentlichen Bauvorschriften zusammen und beschränkt sich auf das Notwendige. Das führt zu einer Reduzierung des Regelungsumfangs um ein Drittel. Zudem kann der Bürger die Baugenehmigung künftig aus einer Hand erhalten und wird sich nicht mehr an verschiedene unterschiedliche Genehmigungsstellen wenden müssen. Das neue Baugenehmigungsverfahren wird in der Tat einfacher, schneller und serviceorientierter. Mit unserem Gesetz entbürokratisieren wir das Hamburgische Baurecht. Das neue bürgerfreundliche Verfahren wird zu einem der Eckpfeiler für Hamburg als wachsende Metropole.

Wir verringern nicht nur den Regelungsumfang, sondern ermöglichen mit dem neuen Verfahren sowohl für die Bürger als auch für die Wirtschaft, das Bauen in Hamburg auf qualitativ hervorragendem Niveau zu beschleunigen.

D

Zunächst einmal haben wir die vielen Bauvorschriften und -gesetze konzentriert. Wir hatten bisher fünf verschiedene Gesetze und Verordnungen, die sich mit Bauvorschriften befasst haben, und zwar die Hamburgische Bauordnung, das Hamburgische Wohnungsbauerleichterungsgesetz, das Ausgleichsbetragsgesetz, die Bauanzeigeverordnung und die Baufreistellungsverordnung. Diese fünf Gesetze haben wir jetzt in eine Gesetzesform, nämlich in die Neue Hamburgische Bauordnung, mit erheblich reduziertem Umfang zusammengeführt.

Wie war es denn bisher? In bestimmten Fällen musste der Bürger wirklich von Pontius zu Pilatus laufen, weil er nicht nur die Baugenehmigung, sondern auch noch zusätzliche Genehmigungen für sein Bauvorhaben benötigte. Es kam durchaus vor, dass bis zu acht verschiedene Genehmigungen benötigt wurden, die man sich an verschiedenen Stellen besorgen musste. Oft lagen Genehmigungen in der Zuständigkeit unterschiedlicher Behörden und Ämter. Das Verfahren war nicht bürgerorientiert. Ich nenne Ihnen hierfür gern ein paar Beispiele, wie Zufahrten an einer Bundesstraße, Abweichung vom Arbeitsstättenrecht oder Sielanschluss und Baumfällgenehmigungen.

Künftig muss der Bürger nicht mehr von Amt zu Amt laufen, sondern jetzt wird die Baugenehmigung in dem konzentrierten Verfahren aus einer Hand vom Bauprüfer vergeben. Die Einführung des Baugenehmigungsverfahrens mit dieser Konzentrationswirkung bedeutet für den Bürger die Lösung aus einer Hand. Er hat einen Gesprächspartner, nämlich den Bauprüfer, der die Erledigung übernimmt und die Verantwortung dahingehend trägt, dass alle betroffenen Behörden und Ämter beteiligt werden. Um das Verfahren zu beschleunigen müssen

- A diese Stellungnahmen der anderen Behörden und Ämter in einer Frist von vier Wochen abgegeben werden. Danach erhält der Bürger, wenn rechtlich alles in Ordnung ist, die Baugenehmigung.

Bei diesem Verfahren mit Konzentrationswirkung erhält der Bürger neue Lebensqualität im Verwaltungsverfahren. Hier schließt die Genehmigung des Bauprüfers alle sonstigen erforderlichen Freigaben mit ein. Der Bauprüfer wird zum Verfahrensmanager und trägt die Verantwortung dafür, dass die Beteiligung aller Dienststellen ordnungsgemäß, zeitgerecht und schnell erfolgt und auch die Stellungnahmen der anderen Ämter vorliegen. Die Baugenehmigung wird in diesem konzentrierten Verfahren spätestens nach drei Monaten erteilt.

Die Bauprüfer, die in diesem Verfahren den Bauwilligen gegenüber alle Belange und Aufgaben arbeitsteilig gegenüber der Hamburger Verwaltung wahrnehmen, haben also eine besondere Rolle. Wir müssen die Bauprüfer auch besonders schulen. Das tun wir bereits. Wir haben die notwendigen Fortbildungsmaßnahmen auf den Weg gebracht.

Wer noch schneller an eine Baugenehmigung kommen will, kann sich des vereinfachten Verfahrens bedienen. Wohngebäude mit maximal fünf Geschossen, die nicht vom Baurecht abweichen und nach einem qualifizierten Bebauungsplan zu beurteilen sind, können bereits innerhalb eines Monats genehmigt werden.

Alle anderen Bauvorhaben aus dem Katalog des vereinfachten Verfahrens werden innerhalb von zwei Monaten genehmigt. Hier müssen die Genehmigungen aus den Rechtsbereichen anderer Ämter durch den Bauherrn selbst beantragt werden. Wir haben eine weitere Besonderheit: In diesem so genannten vereinfachten Verfahren garantiert die von uns vorgesehene Fiktionswirkung, dass Fristen eingehalten werden. Erfolgt innerhalb der Zwei-monatsfrist nämlich kein Bescheid an den Antragsteller, gilt die Baugenehmigung automatisch als erteilt, bei den erwähnten Wohngebäuden mit maximal fünf Geschossen sogar schon nach einem Monat. Das ist eine bürgerfreundliche, neue Rechtsregelung, die Hamburg weiterbringt.

(Beifall bei der CDU)

Viele weitere Vorschriften erleichtern das Bauen. Wir haben viele Sachverhalte im Bereich von Carports und Garagen, bei statisch einfachen Umbauten, kleineren Dachaufbauten und -einschnitten sowie beim Abbruch von frei stehenden Gebäuden bis zu drei Geschossen genehmigungsfrei gestellt. Dennoch muss das Baurecht selbstverständlich eingehalten werden. Wir haben hier die Bürokratie nicht über den Bürger gestellt, sondern umgekehrt möchten wir, dass der Bürger mit den Gesetzen frei und selbständig umgeht. So wird Bürokratie abgebaut und die Verwaltung für den Bürger schneller und schlanker.

Ich möchte mich bei der Bürgerschaft ganz besonders bedanken, denn wir haben ein sehr intensives Beratungsverfahren einschließlich Anhörung absolviert.

Herr Lieven, ich wäre auch nicht so starr und konservativ in meiner Betrachtungsweise wie Sie. Wir haben sogar Vorschläge der GAL und immerhin Ihre Sorgen mit aufgenommen – nicht alle, viele waren mir zu konservativ, wir waren da etwas reformfreudiger. Aber wir haben auch

differenziert im Ausschuss nach neuen Lösungen gesucht. Ich glaube, hier finden sich viele wieder.

Das Ergebnis ist, dass die neue Bauordnung neues Recht aus einem Guss ist, ein echter Fortschritt für die Bürger und ein echter Fortschritt für die Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Wersich.

Ekkehart Wersich CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit im Hause – *Klaus-Peter Hesse* CDU: Ekki, lass' dir Zeit!)

– Kann man im Protokoll noch einmal von vorn anfangen?

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Quast, Sie sind ja schon ganz unruhig. Stellen Sie sich einmal vor, ich wäre Gastronom und ich möchte mich gern selbstständig machen.

(*Dr. Andrea Hilgers* SPD: Das geht!)

– Das kann man sich vorstellen, nicht?

Ich stellte mir etwas Schönes vor, machte sogar eine kleine Erbschaft – leider im Bezirk Hamburg-Nord, warum "leider", dazu komme ich später –

(Heiterkeit bei der CDU)

und dächte mir, das sei ein schönes Grundstück, dort könnte ich ein Restaurant bauen, vielleicht noch ein Wohnhaus. Es wäre allerdings noch ein größerer Baum auf dem Grundstück. Vielleicht möchte ich auch eine Markise, Herr Quast.

(*Bernd Reinert* CDU: Oder ein Baumhaus!)

Es gibt also eine ganze Reihe Dinge, die ich mir vorstellen kann. Vielleicht möchte ich das Grundstück auch noch teilen, das heißt, ein Stück verkaufen, um das Ganze zu finanzieren. Sie ahnen, worauf ich hinaus will: Das ist der normale Wahnsinn für einen Gastronomen. Bei einer solchen Konstellation, wie sie Gastronomen gerade betrifft, wird so etwas schnell zum Alptraum. Der Gastronom benötigt nämlich jetzt eine ganz andere Ausbildung und ganz andere Erfahrungen. Der Senator hat es angedeutet: Sie haben von der Idee über das Verfahren, die Erlaubnis bis zur Realisierung als Gastronom einen Marathon über die Bauprüfungsabteilung, Schornsteinfeger, Tiefbauabteilung, Stadtentwässerung, Verbraucherschutzamt

(*Jörg Lühmann* GAL: Arbeitsschutzbestimmungen!)

und so weiter vor sich. Bevor darüber Jahre vergehen und mein Bier sauer ist, habe ich sehr viele Bekanntschaften in Behörden gemacht und werde wahrscheinlich mein Projekt nie realisieren können. Diese Problematik wird jetzt angefasst. Nach dem Grundsatz "one face to the customer" ist hier – und der Begriff ist richtig – mit der neuen Hamburgischen Bauordnung ein Meilenstein gesetzt worden.

(Beifall bei der CDU)

C

D

- A Die Opposition wirft uns vor, dass dies den Rückzug in Deregulierung – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – und den Verlust von Qualität bedeute. Im Übrigen biete das vereinfachte Verfahren auch keine Rechtssicherheit. Diese Kritik der Opposition überrascht mich natürlich nicht. Wir sind da völlig unterschiedlicher Auffassung. Zu Ihrer Beruhigung – und das finde ich sehr fortschrittlich – werden wir die Auswirkung der neuen Hamburgischen Bauordnung nach drei Jahren evaluieren. Wir schreiben das auch ins Gesetz.

(*Rolf-Dieter Klooß SPD*: Das hätten Sie schon viel früher machen müssen! – Gegenruf von *Klaus-Peter Hesse CDU*: Da haben Sie ja noch registert. Das arbeiten wir jetzt ab!)

– Sie werden sehen, nach und nach arbeiten wir die Dinge ab. Sie sind ja jetzt schon neidisch.

Was tun Sie denn, meine Damen und Herren von der Opposition? Sie sprechen den Menschen vorab die Fähigkeit zur Übernahme von Eigenverantwortung ab. Das ist unredlich.

(Beifall bei der CDU)

Das geht einmal mehr an der Realität vorbei. Wir haben das heute bei anderen Beiträgen hier auch schon erlebt, so hatte ich jedenfalls stark das Gefühl. Es geht auch an den Menschen völlig vorbei. Im Übrigen gilt: Wer unsicher ist, kann sich nach wie vor alles genehmigen lassen.

- B Sie haben verschiedene Punkte kritisiert, auch in den Ausschusssitzungen. Ich möchte nur ein paar herausnehmen. Einmal zur Wohnqualität, hinsichtlich der Sie sehr große Bedenken haben, dann zum Denkmalvorbehalt und zur Forderung nach Anzeigepflicht für sensible Vorhaben. Sie haben große Sorge, dass Menschen auf einmal Carports oder Garagen bauen oder auch Mobilfunkmasten aufstellen. Sie fordern Nachbarnschutzrechte und die Abstandsflächen sind für Sie eins der größten Probleme.

(*Claudius Lieven GAL*: Das ist alles richtig!)

Ja, das ist alles richtig. Ich scheue die Auseinandersetzung mit Ihnen ja nicht.

Zum Denkmalvorbehalt: Der Paragraph 59 Absatz 2 Hamburgische Bauordnung stellt sicher, dass Denkmalschutzvorschriften eingehalten werden müssen. Wer unsicher ist, geht ins konzentrierte Baugenehmigungsverfahren. Wer Denkmalschutz absichtlich zu umgehen versucht, riskiert bauaufsichtliche Eingriffe. Auch dort wird die Evaluation nach drei Jahren zeigen, was denn da wirklich gewesen ist.

Die Anzeigepflicht für sensible Vorhaben verstehe ich überhaupt nicht, da die erste Frage wäre, was ein sensibles Vorhaben sei.

(*Jörg Lühmann GAL*: Keine Gastronomie!)

Der zweite Punkt ist, wofür diese Anzeige sein soll. Für die Ablage? Wohl eher nicht. Soll es eine inhaltliche Auseinandersetzung darüber geben? Wenn ja, ist das eine Beschäftigungsmaßnahme. Oder soll es sogar so sein, dass diese Anzeigepflicht Konsequenzen im Sinn von Rechtssicherheit hat, nach dem Motto "ich habe dieses ja angezeigt, ich weiß zwar, dass das, was ich dort vorhabe, nicht rechtens ist, aber wenn die jetzt nichts sagen, ist es wohl schon okay"? Das verstehen wir nicht unter schlanker Verwaltung. Die sinnlose Beschäftigung von Behör-

denmitarbeitern, einfach nur für die Ablage, ist nicht in unserem Sinne.

Sie haben sich mit Ihren Anträgen im Ausschuss dafür stark gemacht, Herr Quast, den jährlichen Austausch von Sand in Sandkisten in der Hamburgischen Bauordnung zu regeln. Dazu herzlichen Glückwunsch von hier aus.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das hat dort wirklich nichts zu suchen. Sie fallen zurück auf ihr vierstufiges Modell. Veränderung möchten Sie eigentlich gar nicht. Die staatliche Regelung ist schon immer das Beste gewesen.

Dann haben Sie uns hier heute wieder damit konfrontiert, dass wir in Zukunft nur 2,30 Meter Raumhöhe haben werden

(*Jan Quast SPD*: Mich stört das nicht!)

und unser Fraktionsvorsitzender in Zukunft nicht mehr aufrecht in seiner Wohnung gehen kann.

(*Barbara Ahrons CDU*: Das schafft er nie! – *Bernd Reinert CDU*: So hohe Absätze trage ich nie!)

Bisher konnte in Wohngebäuden mit nicht mehr als zwei Wohnungen ebenfalls 2,30 Meter Innenraumhöhe zugelassen werden. Nunmehr sind in Gebäudeklassen 1 und 2 – das sind auch nicht mehr als zwei Nutzungseinheiten – eben diese Höhen nicht mehr als Kann-Vorschrift, sondern als Maßstab gesetzt. Alle übrigen Aufenthaltsräume – also auch Aufenthaltsräume in Wohnungen – müssen eine Höhe von 2,40 Meter haben. Die Regelung – die mit der Musterbauordnung übereinstimmt – ist keine Erfindung des Hamburger Senates, sondern Ergebnis eines sorgfältigen Abwägungsprozesses zwischen den Bundesländern.

(*Jan Quast SPD*: Das hatten wir dem Senat nicht vorgeworfen!)

Diese Veränderung ist überfällig und nur eine Angleichung an die Realität. Der Markt hat doch längst Aufenthaltsräume im Kellergeschoss angeboten, als sogenannte Kinder-tobe-Stuben, separierte Elternschlafzimmer oder auch als Gästezimmer.

Bürokratischer Dirigismus mit sehr hoch angesetzten Gestaltungsvorschriften verteuert das Bauen unnötig. Das geht zulasten einer Klientel, die Sie von der Opposition hier so stark vertreten, nämlich von Projekten für einkommensschwache Schichten.

Hamburg bleibt bei den Standards der Musterbauordnung. Diese sieht vor, dass für bestimmte Gebäudeklassen und im Dachgeschoss keine Mindesthöhen mehr vorgeschrieben werden. Dem ist Hamburg übrigens nicht gefolgt, sondern auch hier hält sie an der Vorstellung eines bauordnungsrechtlichen Mindeststandards fest, dessen Einhaltung nicht dem Markt überlassen werden könne. Deshalb kann von einem Qualitätsverlust nun wirklich nicht gesprochen werden.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem können Sie sich nicht vorstellen, dass Menschen auf einmal Garagen, Carports oder Mobilfunkantennen aufstellen, ohne damit fünfmal beim Amt gewesen zu sein und ohne sich viele Stempel zu holen. Anlagen müssen natürlich trotz Genehmigungsfreiheit den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entsprechen. Das

- A ist eine Binsenweisheit. Der mündige Bürger weiß dies und wird sich auch erkundigen.

(Jörg Lühmann GAL: Aber der Gastronom nicht!)

Wenn man ganz sicher sein will, Herr Lühmann, kann man sich nach wie vor alle Bauvorhaben genehmigen lassen. Es ist ein wesentlicher Irrtum, Herr Quast, mit Ihrem SPD-Antrag zu den Ausschussberatungen, dass die HBO suggeriere, man könne Carports, Garagen und anderes beliebig in die Landschaft bauen. Paragraph 59 Absatz 2 Hamburgische Bauordnung sagt genau das Gegenteil: Der Bauherr ist verpflichtet, sich mit den planerischen und sonstigen baurechtlichen Gegebenheiten vor Ort auseinanderzusetzen und danach unter Berücksichtigung der geltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften in Eigenverantwortung zu handeln. Dazu wird Ihnen Hilfe angeboten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist gut!)

Es gibt Hilfe und Auskunft bei den Bauprüfstellen und Flurkarten des Geoinformationssystems. Wer dann noch unsicher ist, hat das Wahlrecht nach Genehmigungsverfahren entsprechend Paragraph 61 und 62 Hamburgische Bauordnung.

Kurzes Fazit: Ein kundiger Bürger kann sich selbständig informieren und danach selbst entscheiden. Er trägt aber auch das Risiko seiner Entscheidung. Der Bürger mit Hilfsbedarf wird nicht allein gelassen.

(Beifall bei der CDU)

Nur ein Wort zum Thema Mobilfunkantennen,

- B (Dr. Andrea Hilgers SPD: Aber nur eins!)

weil das den Menschen am meisten Angst macht: Dort gibt es ein sehr dichtes Regelwerk. Eine solche Diskussion gehört in den Fachausschuss, aber lassen Sie mich ganz kurz sagen, in welchen Regelwerken dies geregelt wird. Das sind zum einen die Bestimmungen des Baugesetzbuches, das ist die Baunutzungsverordnung und das ist die Bundesnetzagentur. Es gibt verschiedene Selbstverpflichtungen. Nur wenige Gebiete weisen eine derartige Regelungs- und Überwachungsichte auf. Wer Mobilfunkantennen aufstellt, muss alle relevanten Bestimmungen kennen. Dies scheint bei den Aufstellern und Betreibern von Antennen auch der Fall zu sein, denn alle Bundesländer haben in ihren Landesbauverordnungen genehmigungsfreie Verfahren bei Antennen bis zu zehn Metern Höhe vorgesehen. Hamburg befindet sich hier im Konsens und auch mit all den Ländern – davon gibt es ja nicht mehr so viele –, die nicht von der CDU regiert werden.

Die Forderung nach Nachbarschaftsregelung: Verschiedentlich haben wir gehört, wir bräuchten ein Gesetz für Hamburg. Warum soll es ein Nachbarschaftsrecht geben? Aus anderen Bundesländern kennen wir, dass Höhe und Beschaffenheit, Material von Grenzwänden, Nachbarwänden, Einfriedungen und so weiter geregelt werden, ebenso wer wann und was wie kurz- oder zurückzuschneiden hat, also die Grenzabstände für Heckenpflanzung. Hamburg, Bayern aber auch Mecklenburg-Vorpommern verfügen über kein eigenständiges Nachbarrecht.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Das finden Sie gut, nicht?)

Dort gilt, dass die privatrechtlichen Beziehungen zwischen Grundstücksnachbarn über das bürgerliche Ge-

setzbuch geregelt werden. Meine Prognose ist, dass die Klärung nachbarschaftlicher Rechte in einem Nachbarschaftsgesetz die Zahl der Streitigkeiten und Prozesse eher erhöht. Die derzeitige Regelung rein privatrechtlicher Natur im BGB ist ausreichend. Eine weitere Detaillierung wird dazu führen, dass die Bürger sich in ihren Rechten bestätigt und ermutigt fühlen, vor Gericht ihr vermeintliches Recht durchzusetzen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Der letzte Punkt: Ich muss zu den Abstandsflächen noch etwas sagen, denn das hat auch sehr große ...

(Bernd Reinert CDU: Ja, aber ganz kurz!) – Jenspeter Rosenfeldt SPD: Lass' es raus! – Dr. Till Steffen GAL: Das hätte ich gern noch einmal genauer!)

– Wir machen das jetzt ganz kurz.

(Beifall bei der SPD)

– Wenn man von da hinten kommt, hat man nicht so oft die Möglichkeit, hier vorn einmal zu sprechen.

(Heiterkeit im ganzen Hause – Beifall bei der SPD)

– Das wollten Sie hören und das bekommen Sie auch zu hören.

Die alte Regelung der Abstandsflächen war nur auf dem Papier eine Höhe, also 1 H. Die Realität war doch eine ganz andere, dass wir zu Maßen von 0,75 H, 0,5 H oder teilweise auch 0,25 H gekommen sind. Wir schaffen jetzt lediglich eine klare Regelung, die dieses Gezocke nicht mehr zulässt.

Für einen Stadtstaat mit sehr begrenzter Fläche, wie es Hamburg ist, besteht die besondere Notwendigkeit des ökonomischen Umgangs mit dem Faktor Boden. Die Altbauquartiere zum Beispiel haben sehr geringe Abstandsflächen. Es gibt dort eine sehr große Akzeptanz. Das Mindestmaß von 2,50 Metern entspricht dem Bedürfnis des Stadtstaates. Es ermöglicht auch bei schmalem Grundstückszuschnitt noch eine bauliche Nutzung. Es gilt für all dies, dass Abweichungen im B-Plan selbstverständlich möglich sind. Dort, wo Bebauungspläne aufgestellt werden, werden Sie in Zukunft auch Abstandsflächen regeln können.

In der neuen Hamburgischen Bauordnung werden zwei wichtige Grundsätze Hamburger CDU-Politik verwirklicht. Neue Freiheit – hören Sie gut zu – für eigenverantwortliches Handeln, wo es möglich ist, aber auch staatliche Aufsicht und Fürsorge dort, wo sie nötig sind.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD und der GAL)

Wahlrecht und Abstufungen bei den Genehmigungsverfahren schaffen Spielräume, Beschleunigung und Kosteneinsparung bei vielen Bauvorhaben, die zukünftig mit größerer Eigenverantwortung durchgeführt werden können und zugleich die Möglichkeit einer umfassenden staatlichen Betreuung, wenn diese vom Bauherren her gewünscht oder geboten ist.

Herr Lieven, meinen Sie eigentlich, wer die Augen schließt, stehe im Dunkeln? Auch wenn ich jetzt die Augen zu mache, stehe ich, glaube ich, nicht im Dunkeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

C

D

A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält der Abgeordnete Klooß.

Rolf-Dieter Klooß SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Regeln einer Bauordnung bestimmen die künftige Qualität von Wohnraum und Wohnquartieren in Hamburg und sind daher für das Leben jedes einzelnen Bürgers von zentraler Bedeutung.

(Hartmut Engels CDU: Genau!)

Vor diesem Hintergrund muss aber in aller Deutlichkeit kritisiert werden, dass der Senat weder inhaltlich noch im Verfahrungsablauf die Sorgfalt an den Tag legt, die einem Vorhaben dieser Art angemessen wäre.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL* – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich Sie kurz unterbrechen?

Meine Damen und Herren, es ist zu laut geworden. Ich bitte die Damen und Herren, entweder Platz zu nehmen oder bitte hinaus zu gehen. – Vielen Dank.

Rolf-Dieter Klooß (fortfahrend): Es handelt sich vielmehr um ein unausgegorenes Gesetz mit schweren Mängeln.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ach, nun komm, erzähl' doch nichts! – *Hans-Detlef Roock CDU:* Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

B Zu den vielen inhaltlichen Mängeln haben die Kollegen Quast und Lieven hier schon ausführlich Stellung genommen. Das will ich nicht wiederholen.

Ich will aber in Erinnerung rufen, dass die Experten, die wir angehört haben, in vielen Punkten massive Bedenken angemeldet und eine ganze Reihe von Anregungen gemacht haben, wie man es besser machen könnte. Diese Bedenken und Anregungen sind leider seitens des Senates überhaupt nicht aufgenommen worden. Stattdessen wird der Entwurf aus der Drucksache nun durch die Instanzen gedrückt und das mit marginalen Änderungen, obwohl es keinen sachlichen Grund gibt, dieses Vorhaben derart unreflektiert voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Für mich ist das eine fatale Verbindung von Ignoranz und Arroganz.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Starke Worte!)

Die äußerst ergiebige Sachverständigenanhörung hätte es verdient, noch einmal in den Fraktionen diskutiert zu werden. Aber auch hier hat sich die CDU-Fraktion – hören Sie genau zu – trotz anderslautender Absprachen quer gestellt.

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Sie, Herr Klooß, sind doch nicht zu Potte gekommen im Rechtsausschuss!)

Sie, Herr Roock, haben das offenbar mit einem ehrgeizigen Zeitplan rechtfertigen wollen. Ich sehe eine Missachtung der parlamentarischen Arbeit darin, wenn sich eine Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit derart vor den Karren ihrer eigenen Regierung spannen lässt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren von der CDU, die Gesetzgebungskompetenz liegt noch immer bei der Bürgerschaft und nicht beim Senat. Der Meinungsfindungsprozess der Bürgerschaft darf nicht dadurch ersetzt werden, dass man sich in blindem Vertrauen auf die Fachbehörden einer vorgefertigten Meinung anschließt.

Wir sehen diesen Entwurf nach wie vor mit einer Vielzahl von Mängeln behaftet. Diese Unklarheiten werden – das ist für alle jetzt schon absehbar – mit einer behördlichen Richtlinie – vielleicht auch noch mehr – beseitigt werden müssen. Das haben auch die Senatsvertreter beschämt in der Anhörung einräumen müssen. Das ist ungefähr so, als wenn ein Autohersteller einen neuen Wagen vom Band lässt, obwohl er weiß, dass er sofort eine Rückrufaktion wegen diverser akuter Mängel wird vornehmen lassen müssen.

Das zentrale neue Element der neuen Hamburgischen Bauordnung soll die Baugenehmigung mit Konzentrationswirkung sein. Sinn und Zweck einer solchen Regelung ist natürlich die Deregulierung und die Erleichterung gegenüber dem bisherigen Verfahren für die Anwender. Aber wo ist hier der Deregulierungseffekt? Da es sich bei dieser Materie um absolutes Neuland für die Hamburger Behörden handelt, werden wir zunächst feststellen, dass ein Wust von neuen Regelungen und Dienstanweisungen auf die jeweiligen Fachbehörden zukommen wird.

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Quatsch!)

Das allein wäre nun kein Grund, auf Neuerungen schlechterdings zu verzichten. Es ist aber allemal ein Grund, derart umwälzende Veränderungen mit großer Sorgfalt vorzubereiten, und zwar insbesondere ihre behördliche Umsetzung in geeigneter Weise zu organisieren.

Da passt es ins Bild, dass die mit der Umsetzung unmittelbar befassten Experten, die wir hören wollten – nämlich die Rechtsdezernenten und Baudezernenten aus dem Bezirk – gar nicht erst zur Anhörung geladen werden durften.

Ein vorausschauender Gesetzgeber hätte dieses gesetzliche Vorhaben im Übrigen auch genutzt – damit bin ich bei Ihnen, Herr Wersich –, den Hamburger Bürgerinnen und Bürgern endlich ein Nachbarschaftsgesetz zu geben, wie es in vielen Bundesländern bereits vorhanden ist. Stattdessen werden nun systemwidrig – das haben die Experten aufgezeigt – diverse zivilrechtliche Ansprüche und Vorschriften in die neue Bauordnung aufgenommen, wo sie juristisch-handwerklich nicht hingehören und wo natürlich diese widrige Materie nur ungenügend, weil lückenhaft, geregelt wird. Auch hier zeigt sich, dass dies kein großer Wurf ist.

Bei den Beratungen ist von Experten und von unserer Seite an den Senat herangetragen worden, auch den Erlass eines Hamburgischen Nachbarschaftsgesetzes in Betracht zu ziehen. Hierzu kam dann der Kommentar, Herr Kusch wolle dies nicht, als ob es darum ginge, was der eine oder andere Senator will oder nicht will. Die Zeit ist reif für ein solches Gesetzesvorhaben. Der Anlass ist durch den geplanten Neuerlass der Bauordnung auch gegeben.

Sicher, auch unter uns Sozialdemokraten ist ein solches Vorhaben nicht in Angriff genommen worden. Ich werfe Ihnen daher gar nicht vor, dass Sie bisher keine Bemühungen in dieser Richtung angestellt haben. Was ich

C

D

- A Ihnen aber vorhalte, ist, dass Sie jetzt nicht tätig werden, obwohl die Gelegenheit günstig ist.

(Dr. Diethelm Stehr CDU: Weil es nicht sinnvoll ist!)

In Schleswig-Holstein gibt es ein solches Gesetz. Man mag einwenden, dass man nicht alles nachmachen muss, was diese Exoten in Schleswig-Holstein vorgeben. Ich meine aber, dass man dem Hamburger Bürger nicht vorenthalten sollte, was man seinen Nachbarn in Norderstedt oder Pinneberg gewährt.

Es bleibt dabei: Wesentliche Kritikpunkte an dem Vorhaben sind nicht ausgeräumt. Wir von der SPD-Fraktion haben unsere Vorschläge und Meinungen in einem Petitionum klar formuliert. Es ist bedauerlich, dass Sie nun, obwohl Sie selbst um die handwerklichen Fehler und Ungenauigkeiten des Entwurfs wissen, diese neue Bauordnung so verabschiedet werden. Ich denke, wir werden uns daher schneller mit der Materie erneut zu befassen haben, als dies bei neu erlassenen Vorschriften sonst der Fall ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Willfried Maier GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Wersich, ich bin erstaunt. Sie haben sich in den ganzen langwierigen Erörterungen der Gesetzesnovelle praktisch überhaupt nicht zu Wort gemeldet. Da hätten Sie Ihr ganzes detailliertes Fachwissen oder Ihre Meinung dazu einbringen können und sollen. Ich erspare es mir und Ihnen, das alles Punkt für Punkt zu widerlegen.

(Michael Fuchs CDU: Das wäre ja eine Katastrophe!)

Inhaltlich wäre es wahrlich kein Problem.

Zu dem, was Herr Senator Freytag sagte: Ein Drittel weniger Regelung in der Bauordnung, Beschränkung auf das Notwendigste, das sei Ihre Devise. Darüber, was in einer Bauordnung notwendig sei, kann und sollte man hier streiten: der materielle Gehalt einer Bauordnung, die städtebauliche Qualität, die Qualität des Stadtbildes, der Schutz historischer Bausubstanz. Das sind auch Qualitäten, die in einer Bauordnung verankert und gesichert werden müssen. Daran darf man offensichtlich nicht lediglich viele Juristen lassen – Herr Freytag ist leider schon in der nächsten Besprechung –, denn diese erkennen nur Beschleunigung und Deregulierung als Fetisch an und der materielle Regelungsgehalt des Gesetzes interessiert sie wenig.

De facto sind 68 Prozent der Baugenehmigungen in Hamburg nach sechs Wochen beschieden und 82 Prozent nach zwölf Wochen. Das sind sehr respektable Werte. Damit steht Hamburg im Bundesvergleich gut da. Bei vielen Vorhaben muss man in einer Großstadt ganz einfach sehen, dass sie komplexer sind, dass sie eine intensivere Prüfung brauchen als ein Einfamilienhaus auf dem Dorf.

Zu Ihrem Beschleunigungsansatz und den fiktiven Genehmigungen, die Sie hier aussprechen und die Sie ermöglichen, muss ich sagen, dass ich gespannt bin, was

passiert, wenn ein Häuslebauer damit zur Bank geht. Vielleicht erhält er dann auch eine fiktive Finanzierung zurück. Dann geht es mit dem Bauen ordentlich schneller.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Meine Damen und Herren, Gründlichkeit geht – zumal beim Bau – häufig vor Schnelligkeit. Das sollte sich der Senat hinter die Ohren schreiben. Das Gleiche gilt auch bei vielen anderen Vorhaben, siehe Bahn. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

In Ziffer 1 der Ausschussempfehlung ist eine Kenntnisnahme erbeten. Diese ist erfolgt.

Wer möchte Ziffer 2 der Ausschussempfehlung folgen und die Hamburgische Bauordnung aus Drucksache 18/2549 mit den vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senatsvertreter gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen. Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Meine Damen und Herren! Mir liegt jetzt das Wahlergebnis vor. Bei der Wahl eines stellvertretenden bürgerlichen Mitglieds des Richterwahlausschusses sind 105 Stimmzettel abgegeben worden. Alle Stimmzettel waren gültig. Frau Jutta Bärthel erhielt 91 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Damit ist Frau Bärthel gewählt worden.

Tagesordnungspunkt 51, Drucksache 18/3245, Antrag der Abgeordneten der SPD- und der GAL-Fraktion: Einsetzung einer Enquete-Kommission nach Artikel 27 der Hamburgischen Verfassung in Verbindung mit Paragraph 63 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft: Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Einsetzung einer Enquete-Kommission nach Artikel 27 der Hamburgischen Verfassung in Verbindung mit § 63 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft: Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung – Drucksache 18/3245 –]

Zunächst stelle ich fest, dass der Antrag aus der Drucksache 18/3245, mit dem nach Artikel 27 Absatz 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg erforderlichen Quorum gestellt worden ist.

- A Die CDU-Fraktion möchte diese Drucksache an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Hamburger Verfassung ist weise. Auf Antrag eines Fünftels der Mitglieder der Bürgerschaft und damit auch auf Antrag einer Parlamentsminderheit kann zu umfangreichen und bedeutsamen Themenkomplexen eine Enquete-Kommission eingerichtet werden. Ihr gehören neben Vertreterinnen und Vertretern von Regierungs- und Oppositionsfractionen auch Sachverständige an, die nicht der Bürgerschaft angehören.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

SPD und GAL beantragen heute die Einsetzung einer Enquete-Kommission zu den Konsequenzen aus der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulen nach Artikel 27 der Verfassung.

Im Juni 1992 setzte die Hamburgische Bürgerschaft bereits einmal eine Enquete-Kommission zur Schulpolitik ein. Die schulpolitischen Debatten waren damals von harten politischen Kontroversen um die Schulstruktur geprägt. Schon damals schwand die Akzeptanz der Hauptschule in Hamburg. Eine Einigung gab es jedoch in dieser Enquete-Kommission, die Hamburgs Schulen weit nach vorne gebracht hat. Es wurde damals empfohlen, die hamburgischen Grundschulen verlässlich zu machen, verlässlicher Unterricht von 8 bis 13 Uhr wurde empfohlen und umgesetzt und hat so viel zur Verbesserung der grundschulischen Bildung in Hamburg beigetragen.

- B (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wo stehen wir heute? Schulpolitik – schon damals wichtig – ist im Ranking der politischen Themen weit nach vorne geklettert. Die schulpolitischen Debatten sind immer noch von harten Kontroversen geprägt, aber es hat sich etwas vollzogen, was wir die empirische Wende nennen. Nicht mehr nur Meinungen, Vorurteile oder gar Glaube treffen in der politischen Arena der Schulpolitik aufeinander, sondern fundierte wissenschaftliche Untersuchungen wie LAU, KESS oder PISA bringen Licht ins Dunkel der schulischen Realitäten. Niemand kann leugnen, unser Bildungswesen muss weiterhin dringend verbessert werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

30 Prozent aller fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schüler in Hamburg gehören zur so genannten Risikogruppe. Sie verfügen über so geringe Kompetenzen, dass ihr Übergang in Arbeit und Ausbildung nicht sicher ist. Die PISA-Studie macht auch deutlich, dass wir in der Leistungsspitze besser werden müssen. Aber das größere Problem ist die Risikogruppe in Hamburg. Dabei sind die Herausforderungen in Hamburg noch viel größer als in anderen Bundesländern, weil hier mehr Familien leben, die selbst wenig Zugang zur Bildung haben, die wenig Geld haben, die die deutsche Sprache nicht oder nur schlecht sprechen.

Von Bildungsarmut ist seit einiger Zeit die Rede, Bildungsarmut, die sich ungebrochen von Generation zu Generation vererbt. Wir sprechen in verschiedenen Ausschüssen über eine unheilvolle Reihe, wir sprechen von kleinen Kindern, die vernachlässigt werden, wir sprechen von der schulischen Risikogruppe, wir sprechen von der Arbeitslosigkeit junger Menschen und dann von jungen

Eltern, denen es nicht gelingt, ihren Kindern eine bessere Perspektive zu bieten. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die schulische Risikogruppe findet sich in Förderschulen, in Hauptschulen, in Realschulen, in Gesamtschulen. An vielen Hauptschulen hat sich die Situation aber zugespitzt. Hier treffen besonders viele Jugendliche aufeinander, die schon zahlreiche negative Erfahrungen im Bildungswesen gemacht haben, und gleichzeitig sind diesen Jugendlichen die Anforderungen des Hamburger Arbeitsmarkts nur zu bewusst. Sie wissen, dass ihre Chancen nicht gut sind und auch die besten Pädagoginnen und Pädagogen haben Schwierigkeiten, diese Schülerinnen und Schüler zu motivieren. Es zeigt sich auch, dass die Hauptschulen es besonders dort schwer haben, wo sie nur wenige besuchen, weil integrierte Systeme wie die Gesamtschulen auf Akzeptanz gestoßen sind.

Hamburgs CDU hat nun reagiert – endlich. Statt wie in den vergangenen Jahrzehnten das Hohelied der Stärkung der Hauptschule zu singen, hat es einen Vorstoß gegeben, über die Schulstruktur zu sprechen und die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems zu reduzieren. Das begrüßen wir.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es hat in Deutschland – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – nie einen breiten Konsens über diese Frage der Schulpolitik gegeben. So schlagen wir uns mit einem vielgliedrigen Schulsystem herum, das außerhalb Deutschlands kaum jemand versteht. Dieser Streit bewegt auch die Eltern, die in diesem System groß geworden sind. Hier gibt es glühende Verfechter der Vielgliedrigkeit genauso wie energische Verfechter einer Schule für alle. Dazwischen gibt es eine große Gruppe von Pragmatikern, die die beste Schule für ihr Kind in der Umgebung suchen

(Michael Neumann SPD: Genau!)

und manchmal über den Parteienstreit zur Schulstruktur den Kopf schütteln.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Daher ist alles gut, was zu einem breiten Konsens führt.

Ein häufiger Fehler, den es auf beiden Seiten gibt – sowohl bei denjenigen, die die Dreigliedrigkeit hochhalten als auch bei manchem Vertreter der Integration um jeden Preis –, darf aber nicht gemacht werden. Es darf nicht eine sinnentleerte Debatte um Schulstruktur geführt werden, sondern wir müssen sie vor dem Hintergrund bildungspolitischer Ziele führen, auf die man sich ebenfalls verständigen muss.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Daher haben SPD und GAL in dem vorliegenden Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission die zentralen Ziele, die verfolgt werden müssen, formuliert: Verringerung der Risikogruppe, Ausschöpfung von Bildungspotenzial in Hamburg und Klarheit über die Anforderungen des Hamburger Arbeitsmarkts. Wir wissen inzwischen, dass rund 30 Prozent eines jeden Jahrganges in Hamburg die Schulen entweder mit einem Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss verlassen. Diese Zahl soll niemanden stigmatisieren und sie soll die Anstrengungen an vielen Schulen auch nicht mindern, Jugend-

C

D

- A liche in Ausbildung zu bringen, aber sie zeigt auf eine klare Art, dass wir mehr und höhere Abschlüsse brauchen, damit unsere Hamburger Jugendlichen in Hamburg Fuß fassen können.

Uns erreichte neulich die Nachricht, dass selbst der Beruf der Altenpflege künftig für Hauptschülerinnen und Hauptschüler nicht mehr zugänglich ist. Ich frage mich, wo diese jungen Menschen eigentlich eine Ausbildung machen sollen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Die Herausforderungen in Hamburg, aber auch die Offenheit der CDU-Fraktion, über Schulstrukturen zu sprechen, sind der Anlass für die Einsetzung einer Enquete-Kommission. Ziel ist es, für uns konkrete Handlungsschritte zur Verbesserung des hamburgischen Schulsystems zu erarbeiten. Eine Enquete-Kommission ist dazu eine gute Einrichtung, da sie in der Mehrheit von Expertinnen und Experten besetzt ist und nicht von Vertreterinnen und Vertretern der politischen Parteien, die im politischen Alltag gelegentlich hart zur Sache gehen. Das garantiert eine gewisse Distanz vom politischen Alltag und hilft auch, die Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen besser zu vertreten und zu akzeptieren. Ich glaube, die Väter und Mütter dieses Paragraphen der Verfassung haben da klug gedacht.

- B Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, es hat in Hamburg in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Enquete-Kommissionen gegeben. Die große Mehrheit wurde von der Opposition initiiert. In der Regel haben Senat und Regierungsfraktion etwas gegrummelt, da sie nicht mehr allein das Verfahren bestimmen. Unterm Strich haben aber die meisten Enquete-Kommissionen in Hamburg ihren Niederschlag in der Praxis Hamburgs zum Wohle der Stadt gefunden.

Gerade die vor zehn Jahren von der CDU eingesetzte Kommission zur Schulpolitik hat durch die Einführung der Verlässlichen Halbtagsgrundschule Gutes getan. Sie hat dadurch nicht nur ihren Platz in den Geschichtsbüchern, sondern auch zu einer Leistungssteigerung geführt, die KESS auch herausgearbeitet hat. Ich denke, dass auch diese Enquete-Kommission diese Chance hat.

Die CDU will nun diesen Antrag an den Schulausschuss überweisen. Wenn wir dort noch einen größeren Konsens über Auftrag, Arbeitsweise und Zeitraum bekommen, dann finden wir auch, dass das eine gute Sache ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Heinemann.

(*Michael Neumann SPD:* Da haben Sie eine große Chance!)

Robert Heinemann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Ernst, ich habe heute zum ersten Mal von Ihnen gehört, der CDU sei es zu verdanken, dass wir die Verlässliche Halbtagsgrundschule in Hamburg haben. Das habe ich bisher noch nie gehört.

(Zurufe von der SPD und der GAL: Stimmt auch nicht!)

– Das hat Frau Ernst gerade gesagt.

Wenn wir schon bei der Ehrlichkeit sind, können Sie heute auch mit noch so schönen Worten nicht vertuschen, dass Sie nur ein Ziel haben, nämlich einen wirklichen Konsens in der Frage der Hamburger Schulstruktur zu verhindern.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Quatsch!)

Sie wollen ihn aus zwei Gründen nicht und ich kann sie Ihnen ganz klar nennen. Zum einen gönnen Sie der CDU-Regierung natürlich einen solchen Erfolg nicht und zum anderen – und das ist Ihr Hauptproblem – wissen Sie, dass Ihre eigene Partei überhaupt nicht zu einem solchen Konsens fähig ist. Es gibt einige SPD-Abgeordnete, die die Einheitsschule wollen, und es gibt andere – das haben Sie auch ausgeführt –, die am gegliederten Schulsystem festhalten wollen. Irgendwo dazwischen pendeln ganz unverbindlich Sie, Frau Ernst, und versuchen, möglichst an keiner der beiden Ecken anzuschlagen. Auch das haben Sie heute wieder ganz toll unter Beweis gestellt.

(*Michael Neumann SPD:* Wenn Sie das nicht wollen, dann hören Sie doch auf!)

Wie war es denn wirklich? Anfang November, die PISA-Ergebnisse lagen vor, haben die Bildungssenatorin und ich vorgeschlagen, die Struktur des Hamburger Schulsystems auf den Prüfstand zu stellen. Hintergrund ist in der Tat – das hat Frau Ernst gesagt –, dass wir ein Nebeneinander von verschiedenen Systemen haben. Als Konsequenz jahrzehntelanger ideologischer Grabenkriege, die wir darüber geführt haben, ob die Gesamtschule oder das dreigliedrige Schulsystem überlegen sei, haben wir mittlerweile alle festgestellt, dass dieses Nebeneinander zu massiven Nebenwirkungen geführt hat. Es ist unübersichtlich für Lehrer, Eltern, Schüler und manchmal auch für die Politik. Es führt zu Fehlsteuerungen und es führt dazu, dass man über pädagogische Maßnahmen nicht vor Ort entscheidet, sondern zentral, zum Beispiel, ob integriert wird oder nicht. Und PISA hat uns leider auch wieder bestätigt, dass das Nebeneinander von verschiedenen Systemen nicht so leistungsfähig ist wie ein klares System.

Die Senatorin und ich haben daher gemeinsam vorgeschlagen, nach einem Konsens zu suchen, um dieses Nebeneinander von Systemen zu beenden. Am ersten Tag waren die Reaktionen sehr positiv. Frau Goetsch hat gesagt, dies sei eine mutige Sache. Sie fände sie gut. Sie wollten mir sogar schreiben, das haben Sie bisher noch nicht gemacht. Ich vermute, dass die Politikerin Goetsch nach einem Tag Bedenkzeit gegen die Pädagogin Goetsch gesiegt hat. Die Pädagogin Goetsch hätte sich über einen Konsens gefreut, weil das in der Bildungspolitik ein Schritt nach vorne gewesen wäre. Sie hätte vielleicht sogar gedacht, das könnte ein Schritt zu einem noch weiteren Schritt in der Zukunft sein. Die Politikerin Goetsch hat aber natürlich gedacht, es ist für meine Klientel eigentlich viel besser, wenn sich erst einmal gar nichts ändert, denn für eine kleine Partei ist es wahl-taktisch viel besser, pointierte Standpunkte zu vertreten, als sich auf irgendeinen Konsens einzulassen. Und Sie haben wahrscheinlich irgendwann sehr schnell bemerkt, dass es künftig nicht nur die Hauptschule nicht mehr geben würde, sondern auch die Gesamtschule nicht mehr, wenn wir den Weg in Richtung eines zweigliedrigen Schulsystems gehen würden.

C

D

- A Nun hatten die Senatorin und ich Ihnen nicht nur angeboten, generell über die Struktur zu reden und dort einen Konsens zu finden, sondern wir hatten Ihnen sogar angeboten zu sagen, wie wir gemeinsam und auf welchem Beratungswege wir zu diesem Konsens kommen. Jeder sollte sich bis zur Schulausschusssitzung am 29. November Gedanken machen und für sich die Karten legen und dann wollten wir gemeinsam besprechen, wie wir diesen Weg gehen wollen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Parlamentarisch! Parlamentarisch!)

Das ist ein faires und offenes Verfahren. Eine bessere Einbindung der Opposition kann man sich gar nicht mehr vorstellen. Wir haben Ihnen die Hand gereicht.

(Michael Neumann SPD: Lächerlich!)

Damit begannen für Sie die Probleme, denn Sie merkten schnell, dass unser Vorschlag gut ankam. Die TED-Umfrage nach der Sendung "Schalthoff live" ergab 92 Prozent Zustimmung. Von Professor Lehberger vom Landeschulbeirat gab es große Zustimmung und die Medien kommentierten unseren Vorschlag positiv. Sie konnten schlecht sagen, dass Sie gar keinen Konsens wollen. Was sollen wir also tun, fragten sich SPD und GAL.

(Wilfried Buss SPD: Sag' mal was zur Sache!)

Dann kam ein schlauer Mensch und sagte, wir machen eine Enquete-Kommission. Also, man nehme ein möglichst großes Bündel von Fragen, kombiniere es mit einer möglichst langen Zeitdauer, binde ja nicht die Gegenseite ein, um einen Konsens zu ermöglichen, und heraus kommt dann die perfekte Konsensverhinderungsmaschine. Sie haben wirklich ganze Arbeit geleistet. Neun verschiedene Themenfelder, einen Zeitraum bis Ende März 2007 und schon konnten Sie sicher sein, dass in dieser Legislaturperiode garantiert nichts mehr umgesetzt werden kann. Dazu, wie man die Themen bearbeiten und wen man dazu einladen will, haben Sie gesagt: Lieber gar keine großen Gedanken machen. Das wollten Sie lieber irgendwann noch einmal im Hinterzimmer besprechen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Im Parlament!)

aber nicht im Schulausschuss in offener und transparenter Debatte, denn dort würde man ja feststellen, dass Sie sich dazu noch keine Gedanken gemacht haben.

Ich will nicht missverstanden werden, ich habe überhaupt nichts gegen Enquete-Kommissionen. Eine Enquete-Kommission ist dann sinnvoll, wenn grundsätzliche Fragen zu klären sind. Eine Enquete-Kommission zum Beispiel mit der Überschrift "Konsequenzen aus der PISA-Studie" hätte in Hamburg vor vier Jahren Sinn gemacht. Ihre Abschlussbilanz nach 44 Jahren war so katastrophal,

(Michael Neumann SPD: Kalter Krieger!)

dass man das Hamburger Schulsystem komplett umkrempeln musste. Seit vier Jahren tun wir das und viele Punkte, die Sie nun in der Enquete-Kommission besprechen und klären wollen, sind längst erledigt oder erreichen in Kürze die Bürgerschaft. Ich nenne gern die Beispiele:

Verbesserung der berufsschulischen Angebote. Ihr Punkt 6 ist auf dem Wege.

(Michael Neumann SPD: Warum haben Sie vor vier Jahren nicht gesagt, dass Sie sich Veränderungen vorstellen können?)

Die Verbesserung der Unterrichtsqualität und die selbstverantwortliche Schule: Ihr Punkt 7 ist auf dem Weg.

Das Gleiche betrifft die Sicherung der schulisch zu erwerbenden Kompetenzen, Ihr Punkt 8, Herr Neumann.

(Michael Neumann SPD: Sie haben nie Bereitschaft gezeigt, über Strukturen zu reden!)

– Wir haben vier Jahre daran gearbeitet.

Zu den Risikoschülern, Herr Neumann, die Sie in Ihrem Antrag immer hervorheben: Der Senat hat mit den Bildungsplänen für die Kitas und Vorschulen, die Einführung der Viereinhalbjährigenuntersuchung, die verpflichtende Sprachförderung, die Ganztagschulen, die Praxistage, Hauptschulabschlussprüfungen – um nur einiges zu nennen – schon vieles umgesetzt und ein weiteres umfassendes Paket zu diesem Thema wird in Kürze vorgestellt.

Auch wenn es gelungen ist, mit all diesen Maßnahmen ...

(Zuruf von Michael Neumann SPD)

– Herr Neumann, reden Sie oder ich?

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Neumann, halten Sie sich bitte zurück mit Ihren Äußerungen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Heinemann hat jetzt das Wort und wenn Sie, Herr Neumann, das Wort wünschen, dann melden Sie sich bitte.

Robert Heinemann (fortfahrend): Es heißt ja Zwischenruf und nicht Zwischenrede.

(Zuruf von Michael Neumann SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Neumann, das war deutlich mehr als ein Zwischenruf.

(Michael Neumann SPD: Was? – Gegenruf von Bernd Reinert CDU: Ihr Sauerkommentar zur Rede!)

Her Heinemann, bitte fahren Sie fort.

Robert Heinemann (fortfahrend): Uns ist es gelungen, mit diesen Maßnahmen, die ich gerade geschildert habe, die Abbrecherquote gerade bei den Hauptschülern deutlich zu senken. Trotzdem könnte ich mir angesichts der Bedeutung der Thematik Risikoschüler in der Tat vorstellen, dass wir genau dazu eine Enquete-Kommission einsetzen. Ja, das wäre richtig. Aber Rosemarie Raab, Ihre ehemalige Schulsenatorin, hat heute in der "taz" doch festgestellt, dass die Schulstruktur nur am Rande etwas mit dem Thema Risikoschüler zu tun hat.

Lassen Sie uns also von mir aus eine Enquete-Kommission zum Thema Risikoschüler einsetzen, aber bei der Schulstrukturdebatte brauchen wir einen runden Tisch der Betroffenen, denn die Argumente, Daten und Fakten – das haben Sie gerade selber wieder gesagt – liegen

- A schon seit langer Zeit auf dem Tisch. Jetzt geht es darum, Elternkammer, Lehrerkammer, Schülerkammer, Gewerkschaften, Landesschulbeirat, Fraktionen und auch die Bildungsbehörde an einen Tisch zu holen und dann zu gucken, ob wir den Kompromiss wollen oder nicht.

(*Wilfried Buss SPD*: Sind alles Lobbygruppen, aber keine Experten!)

Genau dieses kann die Enquete-Kommission nicht leisten. Sie ist kein runder Tisch der Betroffenen, sondern eine nach Parteienproporz zusammengesetzte Expertenrunde.

Ich zitiere dazu gern die ehemalige SPD-Abgeordnete Margret Schlankhardt. Sie hatte 1995 zum Abschluss der letzten Enquete-Kommission zum Thema Schulpolitik gesagt:

"Zu bedauern ist nur, dass eine solche Kommission nach Parteienproporz besetzt wird und damit die Gefahr besteht, nur die Debatten in den parlamentarischen Gremien zu verlängern ...".

(*Michael Neumann SPD*: Sie können ja entsprechende Experten berufen, Sie sind frei!)

Ihre Kollegin hat Recht und deshalb wollen wir einen anderen Weg gehen. Da Sie unser Gesprächsangebot über die Frage, wie wir diesen Konsens organisieren wollen, leider ausgeschlagen haben, hat die Senatorin jetzt die Betroffenen und die Fraktionen selber zu einer Gesprächsrunde eingeladen.

(*Michael Neumann SPD*: In den Parlamentsferien!)

- B Auch da beweisen Sie wieder einmal, dass es Ihnen überhaupt nicht um die Sache geht. Ich habe gesagt, ich halte von der Enquete-Kommission in dieser Form nichts, aber natürlich werden wir konstruktiv mitarbeiten.

(*Michael Neumann SPD*: Das ist gut!)

Aber Sie sagen, die Senatorin lädt zwar ein, wir kommen aber nicht. Das ist nicht nur stilllos, damit legen Sie auch eine Form von Politaktiererei an den Tag, die weit weg von jedem Sach- und Lösungsinteresse ist. Selbst bei Politikern kann so etwas die Politikverdrossenheit weiter befördern.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Was für ein Parlamentsverständnis haben Sie denn?)

Ich möchte daher noch einmal den Versuch unternehmen – wir haben es Ihnen schon einmal angeboten –, einen gemeinsamen Weg zu gehen und eine gemeinsame Kommission zu finden. Ich kann hier nicht für die Senatorin sprechen, aber wir sollten es versuchen. Gemeinsam heißt aber, sich vorher zusammenzusetzen

(*Michael Neumann SPD*: Nicht in den Hinterzimmern! Deswegen bringen wir den Antrag ein!)

und gemeinsam zu überlegen, wie wir diesen Weg gehen, und nicht, dass der eine dem anderen diktiert, was gemeinsam ist.

Wenn Sie dazu bereit sind, könnte ich mir vorstellen, dass wir so etwas machen. Wenn nicht, würden wir selbstverständlich energisch in dieser Enquete-Kommission mitarbeiten. Wir würden das schon deshalb tun, um mehr als die letzte Enquete-Kommission zu erreichen, denn während Sie heute diese Enquete-Kommission in

den höchsten Tönen loben, hat Ihr damaliger Kollege Kurt Edler diese Kommission am Ende wie folgt kommentiert:

"Vielleicht ist die Hamburger Bürgerschaft noch nie so kompetent, so fundiert und so vielseitig wie durch die Enquete-Kommission "Schulpolitik" beraten worden. Das traurige Schicksal dieses Berichts, nun sang- und klanglos in der Versenkung zu verschwinden, beleuchtet ein allgemeines Defizit parlamentarischer Politik in Deutschland. ... Der Versuch kompetenter Politikberatung ist wieder einmal gescheitert, und es bleibt uns nun nichts mehr, als hier den Wissenschaftlern der Enquete-Kommission für ihre vergebliche Mühe und ihren unbegründeten Optimismus zu danken."

Das war Ihr Kollege Kurt Edler damals. Wir wollen hingegen keine akademischen Phantomdebatten führen, sondern wir wollen etwas für Hamburgs Schülerinnen und Schüler erreichen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat das Wort Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Heinemann, ich glaube, dass Sie in dieser Sache falsch liegen, wenn Sie hier den Eindruck zu erwecken versuchen, wir wollten nicht ernsthaft mit Ihnen ins Gespräch kommen. Wir warten nun schon sehr, sehr lange darauf, dass wir auch mit Ihnen über Schulstrukturen, reden können. Warum sollten wir dann ein Gesprächsangebot ablehnen? Nur, das kann natürlich nicht so funktionieren, dass Sie, wenn Sie jetzt plötzlich den Hebel umlegen und eine zweigliedrige Struktur fordern, uns gleich vorwerfen, wir wollten nicht mit Ihnen ins Gespräch kommen, wenn wir zu Ihrem Vorschlag und Ihren Spielregeln nicht sofort hurra rufen.

Ich habe es ausdrücklich begrüßt – Sie haben das eben noch einmal betont – als Pädagogin und als Politikerin für meine GAL-Fraktion, dass jetzt nicht mehr von Ideologie die Rede ist oder von einer Diskussion von gestern oder einer Geisterdebatte. Das ist auch gut so. Ich habe schon einmal gesagt, was bei Ihnen in der CDU passiert ist, kommt einer Revolution gleich.

(*Lars Dietrich CDU*: Wir nennen das Evolution!)

Das Wort mögen Sie vielleicht nicht, aber die CDU hat sich dahin bewegt und das ist gut so. Deshalb wollen wir gern auf Sie zugehen, Herr Dietrich. Und wo machen wir das Aufeinanderzugehen? Im Parlament.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Deshalb haben wir dieses Instrument des Parlaments, die Enquete-Kommission, beantragt, die von unseren Vätern der Verfassung bewusst eingesetzt wurde. Ich lese Ihnen gern vor, was auf der Homepage des Baden-Württembergischen Landtags zur Enquete-Kommission steht:

"Eine Enquete-Kommission besteht normalerweise aus Mitgliedern des Landtags und aus Sachverständigen, die gleichberechtigt sind. Ihre gemeinsame Aufgabe ist es, zu einem bestimmten Thema Material zusammenzutragen und Erkenntnisse zu gewinnen, um grundlegende Entscheidungen der Abgeordneten..."

über umfangreiche und bedeutsame Sachkomplexe

"...vorzubereiten.

- A Enquete-Kommissionen sollen den Informationsstand des Parlaments, insbesondere auch gegenüber der Regierung, verbessern."

Genau darum geht es hier. Wir diskutieren nicht darüber, ob eine neue Pausenhalle entsteht oder ein Schulteich angelegt wird, sondern es geht um umfangreiche und bedeutsame Veränderungen im Hamburger Schulwesen, in der Schulstruktur. Die muss gekoppelt diskutiert werden mit der Qualität und mit der Frage Risikogruppen. Bei einer so großen Reform bedarf es einer ordentlichen Beratung und – das ist das Wichtigste – einer großen Akzeptanz bei der Hamburger Bevölkerung, bei Eltern, Schulen, parteienübergreifend. Wenn das nämlich nicht ist, dann wird es nichts. Die skandinavischen Länder und übrigens auch Kanada haben diese großen Reformen nur geschafft, weil es parteiübergreifend Konsens gab.

Wir haben begründete Bedenken, diese Angelegenheit nicht der Verwaltung zu überlassen. Nichts spricht dagegen, dass die Schulsensorin zu einer Gesprächsrunde über das Hamburger Schulwesen einberufen. Das kann sie gern machen. Nur, ein Gesprächskreis kann nicht die Arbeit einer Enquete-Kommission ersetzen. Es ist auch schlimm, wenn versucht wird, dadurch die Bürgerschaft zu brüskieren, denn wir brauchen für die Weiterentwicklung des Hamburger Schulwesens die Diskussionen mit allen Experten. Wir wollen nicht, dass die Ergebnisse und Empfehlungen Schnellschüsse werden.

Lieber Herr Heinemann, liebe Kollegen von der CDU, wir wissen, dass es in den letzten vier Jahren oft eine sehr hastige Politik gegeben hat, die eine sehr kurze Halbwertszeit hatte. Ich will jetzt nicht noch einmal die Themen dritte Sportstunde, Schulschwimmen, Büchergeld und Schulentwicklung aufwärmen, aber da war wirklich einiges sehr schnell aufgeführt und Eltern und Schulen sind in dem Punkt ziemlich bedient. Das können wir den Schulen, den Eltern und allen Beteiligten nicht noch einmal zumuten. Was ist dann besser, liebe Kollegen von der CDU, wenn nicht jetzt nach den Ergebnissen von LAU, PISA und KESS die Stunde des Parlaments gekommen ist? Das sollten wir uns nicht nehmen lassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Eine Enquete-Kommission der Bürgerschaft hat für solche großen Herausforderungen eine ganz andere Legitimation als ein Gesprächskreis und es gibt klare Verfahrensregeln. Sie ist öffentlich, sie erlaubt kontinuierliche Arbeitsprozesse und sie hat in der Bürgerschaft, aber auch in vielen anderen Parlamenten, gute und erfolgreiche Tradition.

Der Hamburger Professor und Wissenschaftler Kleinstäuber schreibt dazu:

"Enquete-Kommissionen verfügen in der Geschichte des Parlamentarismus über eine lange und eindrucksvolle Geschichte."

Er sagt zwar auch, diese Kommissionen könnten auch ein gewisses Eigenleben führen und Politikerinnen könnten sie nicht immer kontrollieren, aber eigentlich seien sie immer anregend. Diese Experten dringen einmal ins Raumschiff Politik ein und fordern uns auf, die Dinge mit ihren Augen zu betrachten. Wir Politikerinnen wiederum haben die Chance, die Experten mit dem politisch und nicht zuletzt mit dem finanziell Machbaren zu konfrontieren. Das ist noch etwas anderes als nur eine Fachanhörung in einem Schulausschuss.

Die Enquete-Kommission 1992 wurde schon angesprochen. Sie, nicht die CDU, hatte die Verlässliche Halbtagsgrundschule zur Folge. Herr Heinemann, Sie haben am 22. November beklagt, die Einbindung der betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer in der Enquete-Kommission sei aufgrund der Besetzung nach Parteienproporz nicht sichergestellt. Sie beklagten auch, dass wir nicht alles im Vorwege im Detail mit Ihnen besprochen haben.

(Robert Heinemann CDU: Nicht mal ansatzweise!)

Wir haben Ihnen ein Gespräch angeboten. Liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, lieber Herr Heinemann, Sie haben fünf von neun Sachverständigen, Sie haben vier von acht Abgeordneten zu berufen. Sie bestimmen also maßgeblich die Zusammensetzung der Enquete-Kommission, Sie haben also allen Einfluss dieser Welt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich appelliere an die CDU-Fraktion: Wir sind die Hamburger Bürgerschaft und wenn wir politisch beraten und entscheiden, dann doch an den Tischen unseres Hauses und nicht an anderen Tischen in irgendeiner anderen Runde. Deshalb gibt uns die Geschäftsordnung dieses Instrument für unsere Fragestellungen. Wenn es schneller gehen soll, dann lassen Sie uns schneller diese Einrichtung beschließen. Wir können es auch heute beschließen.

(Robert Heinemann CDU: Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Aber gut, wir überweisen, das ist auch in Ordnung.

Ich verstehe nicht, warum Sie sich unter zeitlichen Druck setzen. Wir führen die Strukturdiskussion jetzt, um sie schnell zu einem Ergebnis zu führen, aber in drei und vier Monaten geht das nicht. Sie haben weiterhin vorgeschlagen, dass der Schulausschuss sich das Modell in Sachsen angucken soll. Anschließend gibt es eine Schulausschusssitzung und dann setzt man das irgendwie um. Ich glaube, es ist nicht richtig, eine umfassende Entscheidung für das Hamburger Schulwesen so zu treffen. In dem Fall gebe ich auch der ehemaligen Senatorin Raab Recht, die heute sagte, Beschlüsse in Eilverfahren würden nicht helfen. Die Zeitvorgaben seien kühn und die PISA-Ergebnisse würden dann nur sehr oberflächlich zur Kenntnis genommen werden.

Frau Ernst hat sehr ausführlich über die Probleme mit den so genannten Risikoschülern gesprochen, die Probleme, die wir in Hamburg zu lösen haben. Wir müssen dieser Herausforderung begegnen.

Ich komme zum Schluss noch einmal ganz kurz auf Sachsen zu sprechen. Was sollen wir dort lernen, Herr Heinemann? Wenn ich es zuspitze, gibt es diese Schüler mit diesen Problemen wie in Hamburg in Sachsen überhaupt nicht. Was müssen wir an Schulstruktur lösen, was in anderen Politikfeldern? Das müssen wir auch noch einmal besprechen. Wir werden dazu noch im Schulausschuss tagen. Insofern hat die Diskussion gerade erst begonnen. Bei allem Wunsch, Konsens zu erreichen, glaube ich, dass wir tiefe Gräben zwischen uns haben. Deshalb ist es wichtig, wenn es etwas werden soll, dass wir in einer Enquete-Kommission alle miteinander reden und zu einem Ergebnis kommen. Das wird ein Kompromiss sein, sicherlich aber einer, der von allen Beteiligten in breiter Akzeptanz getragen wird. Deshalb bitte ich Sie, noch einmal zu bedenken, dass wir die Bürgerschaft, das

- A Parlament, sind und an unserem Tisch die Entscheidungen gemeinsam getroffen werden sollten und nicht in irgendwelchen Gesprächskreisen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lein hat jetzt das Wort.

Gerhard Lein SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wahr ist, dass nicht Systeme im Mittelpunkt guter Schulleistungen stehen, sondern ein guter Unterricht sowie eine fördernde Umgebung und keine Herabsetzung junger Menschen wecken Begeisterungsfähigkeit und Lust auf Leistung.

Leider verkannten und verkennen noch heute viele die Wirkung von Strukturen und Systemen, die eine solche Arbeit sehr wohl beeinflussen, dämpfen und kaputt machen können.

Daher sind wir froh, dass die Regierungsfraktion endlich erkannt hat, dass unser Schulsystem erhebliche Schwächen hat. Wer hätte noch vor wenigen Wochen gedacht, solche Worte aus dem Munde von Herrn Heinemann oder von der Schulsenatorin zu hören.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Entschuldigen Sie die Unterbrechung. Ich möchte gern noch einmal für Ruhe hier im Saal sorgen. Wenn Sie unbedingt plaudern wollen, dann bitte draußen. Hier im Plenarsaal hören Sie bitte zu. Auf jeden Fall stellen Sie bitte Ihre Nebengespräche ein. Der Schnatterpegel ist im Laufe der letzten 20 Minuten doch enorm geworden.

- B

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Ich finde, dass können Sie und wir alle anders. Ich bitte Sie, den Rednerinnen und Rednern aufmerksam zuzuhören und Ihre eigenen Gespräche einzustellen. – Herr Lein, bitte.

Gerhard Lein (fortfahrend): Aber wir haben auch starke Stimmen. – Wer hätte das früher gedacht, dass die Schulsysteme, wenn man darüber diskutiert, nicht mehr als gestrig gesehen werden, sondern dass man heute sehr wohl sagen kann: Über Schulsysteme reden, heißt zukunftsorientiert reden.

Nun hat Herr Heinemann, aber auch andere, einen Stein ins Wasser geworfen und er schlägt Wellen. Im Augenblick – so ist jedenfalls Ihre Vorstellung – sollte nur über die Hauptschule gesprochen werden. Die Hauptschule hat nur 10 Prozent der Schüler und hier ist der Auslöser, dass man sie möglicherweise abschaffen sollte. Wir sind der Auffassung, dass über viel mehr diskutiert werden müsste.

(Zuruf von *Robert Heinemann CDU*)

– Ja, wir wollen darüber reden, deshalb stehe ich auch hier, Herr Heinemann.

Die letzte Enquete-Kommission ist über zehn Jahre her. Sie wurde so dargestellt, als wenn nur die VHGS das Ergebnis gewesen wäre. Es war aber erheblich mehr. Wir haben den Anstoß zur Notwendigkeit von Lehrplanrevisionen und den Anstoß über die Frage der Eigenverantwortlichkeit von Schulen erhalten. Hier sind die Akzente

gesetzt worden, die später umgesetzt und bis zum heutigen Tage eingefahren werden. Seitdem gab es vier LAU-Studien, zwei PISA-Studien, KESS, ULME und mehr.

C

Über alle Studien haben wir ein bisschen gesprochen, aber zusammengefasst haben wir sie nie und gefragt: Was haben diese Studien eigentlich insgesamt für Auswirkungen auf unser Schulsystem? Das kann man meines Erachtens nicht in einem Kreis bei einer Senatorin oder sonst wo behandeln, sondern nur im Parlament und in den von ihm eingesetzten Gremien.

Ich kann verstehen, Herr Heinemann, dass Sie sagen: Jetzt mal schnell, wer weiß, wie lange das Fenster in meiner Partei noch offen ist. Noch sind Sie möglicherweise in der Schulstrukturfrage nicht ganz sicher, wie viele von Ihren Freunden hier überhaupt mitgehen. Man hört doch eine ganze Menge. Wir wollen aber keinen "Husch", was an anderer Stelle beim Regierungshandeln in den letzten Jahren so deutlich geworden ist.

Denken Sie bitte an das Büchergeld. Die Einführung war ein Fiasko. Denken Sie an die Abschaffung der IR-Klassen, mal hü, mal hott und jetzt wieder doch nicht mehr. Denken Sie an die Sprachförderung mit drastisch eingeschränkten Mitteln. Denken Sie bei der selbstverantworteten Schule daran, dass nächstes Jahr ohne sorgfältige Evaluierung so etwas auf die ganze Schullandschaft übergestülpt werden soll. Oder überlegen Sie sich das Fiasko der Einführung neuer Lehrerarbeitszeitberechnungen an den Schulen. Die scharfe Kritik von Mummert + Partner hat der Senat nicht einmal kommentieren mögen, so miserabel war das durchgeführt.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

D

Jetzt geht es natürlich auch nicht mehr einfach um die Abschaffung von Hauptschulen oder nur das Drechseln an Schulstrukturen, sondern es geht um ein umfassendes Konzept, wie wir es vorgelegt haben. Vielleicht haben wir doch die Chance, über alle Fragen einen Konsens zu erwirtschaften, inklusive der Frage, die bisher so diametral gegenüberstand: Hier gegliedertes Schulwesen und Hätschelung des Gymnasiums und dort die Integration.

Ich wünschte mir, dass die CDU mit ganzem Herzen und nicht nur zähneknirschend hier mitmacht, um dann vielleicht doch noch im Hinterzimmer oder irgendwo im 16. Stock das Ganze zu konterkarieren. Im Übrigen würde ich mir auch wünschen, dass die Senatorin sagt: Mit allem Sachverstand unserer Behörde werden wir diese Arbeit unterstützen. – Ich danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen und wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/3245 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig. Die Überweisung ist damit erfolgt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 52, Drucksache 18/3246, Antrag der GAL-Fraktion: Verbindliche Standards (Pflichtenheft) zur Installation und zum Einsatz von Videoüberwachung an öffentlichen Orten in Hamburg.

**A [Antrag der Fraktion der GAL:
Verbindliche Standards (Pflichtenheft) zur Installation
und zum Einsatz von Videoüberwachung an öffent-
lichen Orten in Hamburg – Drucksache 18/3246 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 18/3338 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Videoüberwachung in Hamburg
– Drucksache 18/3338 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Möller, bitte.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Plenum und auch im Ausschuss gab es wiederholt in den letzten 12 Monaten fast kontroverse Debatten zur Videoüberwachung und zur Novellierung des Polizeigesetzes.

Der Antrag, den wir heute hier einbringen, dient nicht dazu, diese Debatte wieder neu aufzunehmen, sondern dient dazu, der Tatsache Rechnung zu tragen, dass der Senat beziehungsweise die Innenbehörde beschlossen hat, Videoüberwachungen in dieser Stadt einzuführen. Wir wollen, dass es hierfür verbindliche Standards gibt und dass die demokratische Kontrolle ermöglicht wird.

Auf die Vorstellung unseres Antrages gab es schon zwei Pressemitteilungen, die jeweils eher die Medien erreicht hatten, als unsere Pressekonferenz zu Ende war.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Gut, nicht?)

B Das ist manchmal etwas verwunderlich, schadet aber nicht. Auf diesen inzwischen schon ziemlich lustigen Reflex der CDU möchte ich als erstes eingehen, denn über jede innenpolitische Debatte, die die GAL beginnt, bemerkt die CDU: Die GAL misstraut der Polizei.

Ich will das noch einmal klarstellen. Herr Ahlhaus spricht heute nicht, aber – wie ich gesehen habe – steht Herr Warnholz auf der Rednerliste. Das ist aber egal, ich sage das einfach der Fraktion insgesamt: Wir sind tatsächlich misstrauisch gegenüber der politischen Führung der Polizei, vor allem auch, weil diese sich immer wieder weigert, politische Verantwortung zu übernehmen. Ich sage es nochmals ganz klar: Wir sehen bei den Generalklauseln des novellierten Polizeigesetzes die Gefahr des politischen Missbrauchs.

Die Umsetzung von polizeilichen Maßnahmen durch Einzelne kann wiederum naturgemäß immer nur so rechtmäßig und so gut sein, wie die Maßgaben der Behördenleitung das zulassen. Und hierfür bedarf es parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten.

(Beifall bei der GAL)

Mein Vorschlag an die CDU wäre daher, noch einmal zu überlegen, ob sie uns demnächst unterstellen wollen, dass die GAL den einzelnen Beamtinnen und Beamten in dieser Stadt mehr Vertrauen entgegenbringt als dem Senator, was vielleicht noch viel fieser ist.

(Rolf Harlinghausen CDU: Fies, fies!)

Was wir wollen, ist eigentlich ganz einfach. Wir haben die Situation, dass eine Behörde dieser Stadt für eine von der politischen Mehrheit beschlossene Maßnahme nicht

wenige Haushaltsmittel erhalten möchte und schon bewilligt bekommen hat.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das muss Sie ja getroffen haben, Frau Möller!)

Daher werden wir für diese Maßnahmen einen einzuhaltenden Rahmen formulieren. Wir reden hier nicht darüber, dass neue PKWs angeschafft werden oder ein neues Boot für die Wasserschutzpolizei gekauft wird, sondern wir reden über Maßnahmen, die Auswirkungen auf tausende von Menschen in dieser Stadt haben.

Das Regelwerk, das wir Ihnen im Antrag vorgelegt haben – das so genannte Pflichtenheft –, hat fünf Überschriften. Ich werde kurz auf diese Überschriften eingehen. Vielleicht sollte man jetzt an dieser Stelle einmal den kleinen Hinweis loswerden: Hätten wir die Form von Videoüberwachung, die Sie sich für die Reeperbahn wünschen, schon hier in diesem Plenum, dann wüsste die "Bild"-Zeitung ganz genau, wo Sie alle gerade sind.

(Beifall bei der GAL)

Es wäre zumindest ziemlich leicht, das herauszufinden.

(Zuruf von Barbara Ahrons CDU)

– Das wäre vielleicht gefährlich, Frau Ahrons, das ist wohl wahr.

Die erste Überschrift betrifft die Begründung einer Maßnahme. Bisher ist die einzige Begründung für eine Videoüberwachungsmaßnahme, dass wiederholt Straftaten stattgefunden haben. Diese Formulierung des Polizeigesetzes ist natürlich keine Begründung. Es wird auch nicht formuliert, was das Ziel der Videoüberwachung ist, welche polizeilichen Maßnahmen infrage kämen und auch nicht auf das Problem eingegangen, die besondere Situation zu beseitigen oder zu klären, warum die Videoüberwachung nach Abwägung aller Aspekte die tauglichste Maßnahme ist.

Die Befristung und die Neuüberprüfung gehören selbstverständlich dazu, um das noch einmal ganz eindeutig zu sagen. Eine gezählte Zahl von 975 Straftaten auf der Reeperbahn, die noch nicht einmal differenziert dargestellt wird, reicht längst nicht aus, zu entscheiden, dass zwölf Kameras aufgestellt werden. Es wird weder gesagt, warum oder welcher Effekt erwartet wird, noch wird in irgendeiner Form sich darüber ausgelassen, ob es nicht möglicherweise auch andere polizeiliche Maßnahmen gibt, die den gleichen Effekt in Bezug auf die Zahl der Straftaten hätten, aber wesentlich milder im Umgang mit den Freiheitsrechten der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wären.

Die Gratwanderung zwischen Gefahrenabwehr und Strafrecht, Herr Dr. Dressel, ist mir im Übrigen durchaus bekannt. Sie haben den Streit zwischen den Senatoren Kusch und Nagel moniert. Diesen Streit sollen sie bitte selber austragen und nicht wir.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Dann hören Sie damit auf!)

– Nein, ich höre nicht damit auf. Ich sage das noch einmal: In der Begründung für die Videoüberwachung muss klar definiert sein, dass es einen konkreten Anlass mit einem konkreten Ziel gibt, nämlich die Verhinderung von Straftaten. Das ist dann selbstverständlich eng verbunden mit der Sicherung von Beweisen.

C

D

A (Dr. Andreas Dressel SPD: Im Antrag steht etwas anderes!)

Das mag aus Ihrem juristischen Verständnis her nicht korrekt formuliert sein. Das ist aber die inhaltliche Aussage.

Hierzu noch einmal die Erinnerung an die Bemerkung des Datenschutzbeauftragten, der im Zusammenhang mit der Videoüberwachung, die hier durch den Innensenator eingeführt werden soll, Folgendes gesagt hat: Der Umfang des Eingriffs muss normenklar und für alle Bürgerinnen und Bürger erkennbar geregelt werden. Entscheidend hierbei ist also vor allem, dass die Videoüberwachung eine von verschiedenen Methoden und nachrangig auch als Teil eines Sicherheitskonzeptes ist. Andere Maßnahmen mit weniger Eingriffen bringen weniger. Dann kann die Entscheidung hierfür getroffen werden. Hiermit verbunden ist natürlich auch die parlamentarische Kontrolle einer solchen Maßnahme.

In diesem Zusammenhang haben wir einen ehrenamtlichen Beirat erwähnt, der sich aus fachlicher Kompetenz zusammensetzt und unabhängig von der politischen Mehrheit ist. Auch hier muss ich noch einmal auf die Pressemitteilung der SPD eingehen. Herr Dr. Dressel, ich kann gut verstehen, dass Sie sich davon distanzieren wollen, was die SPD in den Neunzigerjahren gemacht hat, meinetwegen auch gern von Rotgrün, aber es sollte schon ein bisschen klarer und vielleicht mit mehr Niveau sein. Die Polizeikommission war das Ergebnis eines PUAs der Polizei zu Vorfällen, die Sie vielleicht einmal nachlesen sollten. Es gab hierfür eine inhaltliche Begründung. Der Beirat, den wir hier wollen, ist eigentlich genau dafür vorgesehen, den nächsten PUA Polizei zu vermeiden, um das einmal deutlich zu sagen.

B

(Beifall bei der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Wir sind alle ein bisschen weiter!)

Es geht darum, die Maßnahmen zu begleiten und vorab beziehungsweise frühzeitig auf Probleme hinzuweisen.

Zur Evaluation einer Maßnahme ist zu sagen, dass das aus unserer Sicht ein völlig normales Vorgehen bei Projekten ist, die die Sozialbehörde oder die Schulbehörde startet. Warum also nicht auch hier in der Innenbehörde? Man kann natürlich eine Evaluation nur dann durchführen, wenn die Ziele klar formuliert werden und wenn es eine einvernehmlich bestimmte Datengrundlage gibt, die dann auch extern angefertigt wird. Was man dann mit dem Ergebnis einer Evaluation macht, sollte im Übrigen auch vorher klar sein. Das kann man nicht dann beliebig den Mehrheiten und den Stimmungen in dieser Stadt überlassen. Das fordern Sie nicht und daher gibt es auch keine Zustimmung für den Punkt 5 Ihres Zusatzantrages.

Der vierte Punkt ist die Bewilligung einer Maßnahme. 550 000 Euro haben Sie bisher für die geplanten Videoüberwachungsmaßnahmen erhalten. Was völlig fehlt, ist eine Kosten-Nutzen-Analyse. Es gibt überhaupt keine Zahlen, die in irgendeiner Form erkennen lassen, welchen sachlichen und personellen Aufwand Sie im Verhältnis zu den Zielen, die Sie erreichen wollen und die – wie ich bereits ausgeführt habe – auch nicht formuliert und auch nicht transparent sind, eigentlich benötigen.

Wir halten die Zahl von 550 000 Euro erst einmal für eine Einstiegssumme. Im Land Brandenburg hat sich im Laufe von vier Jahren diese Zahl auf 5 Millionen Euro hochgesteigert. Ich bin gespannt, wie sich das hier in Hamburg

entwickeln wird. Klar ist, dass wir für die Haushaltsberatung die Möglichkeit erhalten müssen, die Kosten und Nutzen eindeutig zu überprüfen. Nur mit sparsamer Haushaltsführung und produktorientiertem Haushaltsplan kann man überhaupt noch seriös arbeiten.

C

Der letzte Punkt ist eigentlich der einfachste. Das ist die Praxis des laufenden Betriebs, die so genannte gute fachliche Praxis. Klare Handlungsanweisungen und Zuständigkeiten sind nötig, alles immer auch transparent und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar. Sie können nicht erwarten, dass Sie mit derartigen Maßnahmen, was Sie aus polizeilicher Sicht erreichen wollen, tausende von betroffenen Menschen – wohlgemerkt Menschen, die völlig unbeteiligt sind –, hierüber im Unklaren lassen, Akzeptanz finden.

Zum Schluss vielleicht nochmals der Hinweis, dass dieses Pflichtenheft nicht aus unserer politischen Diskussion gegen die Videoüberwachung entstanden ist. Herr Dr. Dressel hat gesagt, dass das ein Verhinderungsprojekt wäre, was wir hier starten, aber das Gegenteil ist der Fall. Dieses Pflichtenheft ist von Städten abgeschrieben, die aus der Sicht der jeweiligen Polizeibehörden der dortigen Kommunen

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ist das Zürich, Frau Möller?)

– beispielsweise Zürich – erfolgreich Videoüberwachung betreiben und wir halten es natürlich für flexibel. Man kann mit gutem Grund das eine oder andere übernehmen oder auch weglassen. Aber klar ist, dass wir Transparenz und parlamentarische Kontrolle über die Videoüberwachungsmaßnahmen brauchen, die Sie in dieser Stadt durchführen werden.

D

Drei Punkte nochmals zum SPD-Antrag: Aus meiner Sicht beinhalten die Punkte 1, 3 und 4 genau das, was die CDU durchführen will. Das wird wahrscheinlich Herr Warnholz auch bestätigen und Herr Senator Nagel hat das auch schon in seinem Konzept zur Überwachung der Reeperbahn vorgestellt. Zur Evaluation habe ich bereits meine Ausführungen dargestellt. Zu Punkt 6: Die Berichtserstattung ersetzt aus unserer Sicht nicht die parlamentarische Kontrolle und genau die benötigen wir hier für die Videoüberwachungsmaßnahmen.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort erhält jetzt Senator Nagel.

Senator Udo Nagel: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß, dass ich hier die parlamentarische Reihenfolge etwas durcheinander bringe, bitte aber um Verständnis, weil ich unmittelbar nach der Debatte den Flieger zur IMK nach Karlsruhe erreichen muss. Mir ist der Punkt der Videoüberwachung aber so wichtig, dass ich hierzu etwas sagen möchte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren speziell von der GAL, Frau Möller, Sie haben immer noch nicht verstanden, warum wir Videoüberwachung einführen und ich glaube, dass Sie das auch nicht verstehen wollen. Bei Ihren heutigen Ausführungen ist das wieder einmal ganz deutlich geworden. Vielleicht verstehen Sie wenigstens nach der Sitzung, worum es uns wirklich geht, obwohl ich mir das eigentlich nicht vorstellen kann.

- A Die Videoüberwachung wird als polizeiliches Hilfsmittel eingesetzt, um Straftaten zu verhindern und vorzubeugen. Es geht also um Prävention und um die Sicherheit der Bürger in dieser Stadt. Es geht doch nicht darum, die Rechte der Bürger einzuschränken. Das ist doch völliger Unsinn. Wir wollen mit der Videoüberwachung mehr Sicherheit für die Bürger und Gäste dieser Stadt erreichen. Das werden wir auch schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Hier können Sie noch so viel behaupten, dass Videoüberwachungen nichts bringen. Die Fakten sprechen hier eindeutig gegen Sie, Frau Möller. Die Erfahrungen aus anderen Städten in Deutschland und Europa belegen eindeutig und eindrucksvoll die präventive Wirkung der Videoüberwachung. Es gibt dort zum Teil drastische Rückgänge der Straftaten und genau dort möchte ich hin.

Frau Möller, wenn die Videoüberwachung auch nur eine Körperverletzung oder einen Mord verhindert und nur ein Mensch weniger zu Schaden kommt, dann hat sich das schon gelohnt. Hier Effizienzgründe nach dem Motto anzuführen, dass man hochrechnen müsse, kann nicht richtig sein. Wir sind hier für die Sicherheit der Stadt zuständig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der GAL, ich frage Sie ganz gezielt: Verzichten Sie eigentlich auch auf Bus und U-Bahn, weil Sie die Videoüberwachung so verteufeln? Verzichten Sie auf Einkäufe in den allermeisten Geschäften hier in Hamburg, weil dort videoüberwacht wird? Verzichten Sie auf einen Besuch bei Ihrer Bank oder an der Tankstelle, weil dort videoüberwacht wird? Irgendwie ist das doch ein bisschen lebensfremd oder?

B

(Beifall bei der CDU – *Bernd Reinert CDU*: Nicht nur ein bisschen!)

Ihre Argumentation ist einfach nicht schlüssig, sondern durch und durch ideologisch geprägt. Zum Glück merken das auch die Bürger.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Die Videoüberwachung ist nur ein zusätzliches polizeiliches Instrument. Alle weiteren Maßnahmen der Kriminalitätsbekämpfung – beispielsweise der verstärkte zivile und uniformierte Einsatz auf St. Pauli – wird genauso fortgesetzt wie bisher.

Dieser Senat steht für mehr Sicherheit der Bürger in dieser Stadt. Daher werden wir auch kein bürokratisches Monstrum aufbauen, um die Polizei unnötig zu gängeln. Was Sie wollen, ist ein Rückfall in überbürokratische Zeiten und das in Zeiten, in denen wir doch allgemein von Bürokratieabbau reden und diesen eigentlich auch wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sich Ihr Modell anschaut, stellt man fest, dass Sie nicht nur die parlamentarische Kontrolle wollen, was okay ist, sondern Sie wollen sogar die Überwachung der parlamentarischen Kontrolle. Das ist doch irgendwie abenteuerlich und passt nicht mehr, auch nicht in unserer Demokratie.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden nicht zulassen, dass sich die Polizei mit Ihren Regeln und Auflagen beschäftigen muss. In dieser Zeit

wird die Polizei auf der Straße präsent sein, um Verbrechen zu verhindern. Das ist mir viel wichtiger.

C

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Abgeordnete von der GAL, das Misstrauen, das einem aus Ihrem Antrag geradezu entgegenspringt, zeigt leider ganz deutlich und Sie haben das soeben auch noch explizit genannt, dass Sie noch immer Probleme mit der Polizei und der Inneren Sicherheit sowie speziell natürlich – das war für mich heute neu – mit mir als Person haben. Aber damit muss ich leben.

(*Antje Möller GAL*: Sie sind aber auch austauschbar, Herr Nagel!)

Kommen Sie doch endlich in der Realität an, Frau Möller. Sie haben noch nicht erfasst, was tatsächlich passiert. Es geht doch gar nicht darum, die Freiheit einzuschränken. Hören Sie endlich damit auf, permanent einen künstlichen Gegensatz zwischen Freiheit und Sicherheit aufzubauen.

(Beifall bei der CDU)

Mehr Sicherheit für die Bürger ist die Voraussetzung für die Freiheit, die Sie immer beschwören.

Ich möchte noch einen letzten Satz hinsichtlich Ihrer Erklärungen, die Sie gestern beziehungsweise vorgestern in der Pressekonferenz abgegeben haben, erwähnen: Sie erwecken fast den Eindruck, die Videoüberwachung sei hier in Hamburg plötzlich über Nacht eingebrochen. Ich frage mich wirklich: Wo waren Sie denn, Frau Möller? Haben Sie unsere lange, intensive und gemeinsame parlamentarische Beratung des neuen Polizeigesetzes mit den vielen Ausschusssitzungen, Expertenanhörungen, Bürgerschaftsdebatten oder der Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten schon vergessen? Die Videoüberwachung ist lang und ausführlich sowie parlamentarisch und somit politisch auch mit Ihnen erörtert worden. Das neue Polizeirecht steckt eindeutig den rechtlichen Rahmen ab, in welchem dieses bewährte polizeiliche Hilfsmittel einzusetzen ist. Die Regeln sind im Gesetz festgelegt. Daher wird die Videoüberwachung auch genau dort eingesetzt, wo sie erforderlich ist, beispielsweise auf der Reeperbahn, wo es kontinuierlich erhöhte Kriminalitätsbelastung gibt.

D

Ich freue mich darüber, dass Senat und Regierungsfraktion eindeutig hinter dem modernen Polizeirecht sowie seinen Instrumenten stehen und damit auch hinter der Videoüberwachung. Ich darf Ihnen nochmals deutlich machen: Wir führen Videoüberwachung nicht zum Selbstzweck ein, sondern es geht uns hier um mehr Sicherheit für die Bürger dieser Stadt.

Ich bitte nochmals um Entschuldigung, dass ich mich vorgedrängt habe, aber auf mich warten viele, der Flieger jedoch nicht immer. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Warnholz hat jetzt das Wort.

Karl-Heinz Warnholz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(*Werner Dobritz SPD*: Nun schimpf nicht gleich!)

Bei dem Einsatz der Videoüberwachung stehen zwei Grundwerte in Abwägung gegeneinander: Zum einen der

- A Schutz von Personen und Sachen vor Straftaten, ein Aspekt der Inneren Sicherheit. Zum anderen der Schutz individueller Freiheits- und Persönlichkeitsrechte, ein Aspekt des Datenschutzes.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion ging es in der Vergangenheit und geht es auch weiterhin um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, und zwar vor Datenschutz – ich wiederhole nochmals – vor Datenschutz, Frau Möller.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mit dem neuen Polizeigesetz hat der Senat und die CDU eine ausreichende Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum geschaffen. Zur Verhütung von Straftaten kann die Polizei einzelne öffentlich zugängliche Orte überwachen, an denen – wie wir wissen – wiederholt Straftaten begangen worden sind, und zwar mittels Bildübertragung. Ich frage mich wirklich, was ist daran schädlich? Der Senator hat das hier sehr schön ausgeführt, an welchen Orten schon jetzt tagtäglich diese Bildübertragungen durchgeführt werden. Auf die Videoüberwachung wird durch Schilder offen und weit sichtbar hingewiesen werden. Ich denke, das ist eine wundervolle Sache.

Bereits bei der Innenministerkonferenz im Mai 2000 wurde festgestellt, dass die Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten im öffentlichen Raum ein sehr geeignetes Mittel ist und die Wahrnehmung der präventiven Aufgaben der Polizei wirksam unterstützt. Die Videoüberwachung ist für Hamburg ein außerordentlich geeignetes Mittel, die erhöhte Kriminalitätsbelastung, wie beispielsweise auf der Reeperbahn, konsequent zu bekämpfen.

- B

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das ist nicht nur die Reeperbahn!)

Ich freue mich, dass in Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion und dem Senat das Polizeigesetz erarbeitet wurde und so zügig jetzt auch Wirkung zeigt.

(Beifall bei Frank-Thorsten Schira CDU)

– Danke für den Beifall.

Die CDU unterstützt den Innensenator ausdrücklich darin, die Auswahl der Standorte für die Videoüberwachung nach rein fachlichen Gesichtspunkten und unter besonderer Berücksichtigung der Gewaltkriminalität vorzunehmen. Messerstecher und andere Gewalttäter haben in Hamburg nichts zu suchen

(Beifall bei der CDU)

und werden auch konsequent durch die Videoüberwachung in Zukunft bekämpft und festgenommen werden.

Die Hamburger CDU traut unserer Polizei bei der Durchführung dieser Videoüberwachung einen maßvollen und verhältnismäßigen Umgang zu. Dieses Vertrauen würden wir uns auch von Ihnen, Frau Möller, und von der GAL-Fraktion sehr wünschen.

Der von der GAL-Fraktion vorgelegte Antrag spiegelt dieses ungerechtfertigte Misstrauen explizit wider. Es wird mehrfach behauptet, dass die Videoüberwachung nach Paragraph 8 Absatz 3 des Hamburgischen Polizeigesetzes keinen Einschränkungen unterlegen würde. Das

ist unzutreffend, denn die Eingriffsvoraussetzungen haben wir in den ganzen Anhörungen diskutiert und bemerkt. Die Verarbeitungsgrundlagen hierfür sind ausdrücklich normiert.

C

Die aufgeführten technischen Möglichkeiten, die als Beleg für erforderliche zusätzliche Regelungen bemüht werden, sind entweder rechtlich nicht zulässig oder von den polizeilichen Planungen nicht vorgesehen. Hiermit meine ich die Verbindung von Bild und Ton, Videobilder mit Datenbanken oder automatische Erkennbarkeit und 360 Grad Blickfeld.

Das geforderte Pflichtenheft würde viel zu weitgehend in die polizeiliche Entscheidungsbefugnis zur Anwendung dieser Videoüberwachung eingreifen. Diese Forderung, dass die Videoüberwachung nur zur Sicherung von Beweisen bei Straftaten eingesetzt werden dürfte, zeigt das Missverständnis der GAL hier im Parlament. Die Videoüberwachung dient der Gefahrenabwehr, sie dient also zur Abschreckung. Die Gewinnung von Beweismaterial ist hier nur ein Nebeneffekt.

Der Einsatz von Videoüberwachung wird von der Polizei mittels Lageauswertung nachvollziehbar dokumentiert werden. Die Entscheidung für den Einsatz bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen muss der Polizei überlassen bleiben. Die Vorstellungen der GAL zur demokratischen Kontrolle sind überflüssig. Das verabschiedete Polizeigesetz sieht bereits einen Bericht des Senats gegenüber der Bürgerschaft zu den Maßnahmen der Videoüberwachung vor, sodass die parlamentarische Kontrolle bereits dadurch gewährleistet ist.

Die datenschutzrechtliche Kontrolle erfolgt durch den Datenschutzbeauftragten. Ich denke, das ist Sicherheit genug. Weiterer Gremien bedarf es hier wirklich nicht.

D

Die geforderte Evaluation ist im Gesetz bereits nach drei Jahren vorgesehen. Über die Ergebnisse und Konsequenzen hat dann die Bürgerschaft zu befinden. Die Aufgabenwahrnehmung durch eine unabhängige Einrichtung ist abwegig. Zusätzliche Festlegungen im Vorwege hinsichtlich möglicher Konsequenzen einer Evaluation sind ebenfalls abzulehnen. Die Evaluation ist ergebnisoffen durchzuführen. Der Zeitpunkt Bewilligung bleibt zudem unklar. Wer soll denn die Videoüberwachung bewilligen, bevor die Innenbehörde die Durchführung einer solchen Maßnahme beschließt?

Die Ausführungen zum Betrieb sind überflüssig, weil die Erfordernisse bereits im Gesetz – Stichworte Speicherdauer, Hinweisschilder, Zweckgebundenheit und so weiter – geregelt sind. Vor diesem Hintergrund ist der GAL-Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn mit der Videoüberwachung schon eine Straftat verhindert werden kann, erfüllt sie ihren Zweck. Ich gehe jedoch davon aus, dass mit dem präventiven Einsatz der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten eine Vielzahl von Straftaten verhindert werden kann und bin sicher, dass die turnusmäßige Überprüfung der Kriminalitätsentwicklung der relevanten Örtlichkeiten dieses belegen wird. Darüber hinaus wird selbstverständlich bei den überwachten Örtlichkeiten die Entwicklung der Kriminalität in benachbarten Bereichen untersucht, um einen möglichen Verdrängungseffekt aufzudecken.

- A Meine Damen und Herren! Wachsende Stadt heißt auch wachsende Sicherheit. Die Sicherheit der Menschen in unserer Stadt muss Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben und die Bürger wissen, dass die Sicherheit unserer Stadt bei Senator Udo Nagel und bei Staatsrat Dr. Schulz und der Hamburger CDU in den allerbesten Händen ist.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen gilt weiterhin null Toleranz für Straftäter und deswegen, meine Damen und Herren von der GAL, und deswegen die Videoüberwachung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Dr. Dressel das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Warnholz, das war wieder großes Kino.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL – Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Ich will trotzdem versuchen, auch wenn die Zeit fortgeschritten ist, noch einmal etwas Inhaltliches zur Initiative zu sagen. Um es gleich vorweg zu sagen: Sie wissen ja schon, dass wir der Initiative an dieser Stelle nicht zustimmen können und wollen, denn Sie haben die Hürden für die Videoüberwachung so hoch gelegt, Verfahrensregeln so komplex mit eingebaut, dass man nur sagen kann, eigentlich wollen Sie die Videoüberwachung in der Form, wie sie bei öffentlichen Orten möglich gemacht werden soll, aus grundsätzlichen Erwägungen nicht. Das ist Ihr gutes Recht, aber dann wäre es einfacher, hier einen Antrag einzubringen, um das Projekt zu stoppen und zu sagen, das hat gefälligst nicht stattzufinden, als ein so querbeet zitiertes Regelwerk vorzuschlagen. Das wäre aus Ihrer Sicht konsequenter gewesen als ein solches Pflichtenheft, das an einigen Stellen rechtlich problematisch und wirklich überzogen ist.

Liebe Frau Möller, was soll vor allen Dingen dieser Extra-Beirat zur Überwachung der Videoüberwachung? Das bekommen die Gerichte, weil Videoüberwachungsmaßnahmen voll justiziabel sind, und wir als Parlament sollten auch ein bisschen Vertrauen in unsere eigene Kontrollkompetenz haben. Eine wie auch immer geartete Misstrauensinstanz – Sie haben selbst gesagt, dass auch Ihnen ein gewisses Misstrauen bei der Sache innewohnt – werden wir als Sozialdemokraten an dieser Stelle ausdrücklich nicht mitmachen.

Was, liebe Frau Möller, soll auch der zweite Punkt Ihres Antrags, der mir sehr aufgestoßen ist, die Videoüberwachung auf Beweissicherungszwecke zu verengen – das steht jedenfalls ausdrücklich in Ihrem Antrag –, denn eine solche Videoüberwachung hätte im Hamburger Polizeirecht nichts zu suchen. Da steht das Gefahrenabwehrrecht drin und insofern nehmen Sie da eine Akzentverschiebung vom Polizeirecht hin zum Strafverfahrensrecht vor und schaffen genau die Rechtsunsicherheit, die der heute nicht anwesende Justizsenator Roger Kusch ausgemacht hat, als er gesagt hat, ich will mal eben die Videoüberwachung in der Strafprozessordnung regeln. Das war ein ziemlicher Rohrkrepierer, was Herr Kusch da

hingelegt hat, aber Sie müssen an der Stelle mit einer solchen Initiative nicht auch noch eine Steilvorlage liefern.

Als dritten Punkt will ich inhaltlich anmerken – insofern bin ich dankbar, dass Sie das noch einmal klargestellt haben –, dass Sie sich in Ihrem Pflichtenheft an Zürich orientiert haben. Wenn man sich damit noch einmal beschäftigt, dann muss man allerdings wissen, dass es in Zürich in den Datenschutzgesetzen keine ausdrückliche Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung gibt. Das ist anders als bei uns, wo wir im Polizeirecht eine Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung haben. Man kann darüber streiten, ob das so toll geregelt ist, aber das ist in Zürich nicht vorhanden. Deshalb mussten die, um das überhaupt einigermaßen datenschutzkonform hinzubekommen, eine dezidierte Checkliste mit Pflichtenheft, Beteiligungsverfahren und so weiter aufstellen und nur so konnte das mit der Schweizer Verfassung in Einklang gebracht werden. Aber hier haben wir eine andere Rechtslage und, sorry, wenn ich das sagen muss, da werden Äpfel mit Birnen verglichen.

Trotzdem noch ein Wort in Richtung CDU. Das Loblied zum Thema Videoüberwachung haben wir sehr wohl gehört, doch es wäre gut, wenn Sie in Ihrem eigenen Laden bei dem Thema ein bisschen aufräumen. Herr Kusch ist jetzt nicht da.

(Zuruf von der CDU)

– Sie haben genau richtig reagiert. Der ist eigentlich gar nicht dafür zuständig, aber er hat gemeint, er müsse mit einer Bundesratsinitiative noch einmal nachlegen, um eventuelle Lücken, die die Videoüberwachung hat, in der Strafprozessordnung zu regeln.

Wir brauchen von der CDU, vom Senat hier eine klare Ansage, bevor im ersten Quartal 2006 diese Maßnahme beginnt, ob diese rechtlichen Bedenken ernst zu nehmen sind oder nicht. Dieses Haus hat insgesamt einen Anspruch darauf, das zu erfahren.

(Beifall bei der SPD)

Und – insofern bin ich sehr dankbar, dass der Innensenator das selbst angesprochen hat – die Videoüberwachung ist kein Allheilmittel, sondern maximal eine Unterstützung polizeilicher Maßnahmen, denn es muss noch einmal gesagt werden, Herr Warnholz, weil Sie dieses Loblied angestimmt haben: Mit der Videoüberwachung auf dem Kiez sind die Sicherheitsprobleme nicht gelöst, sondern sie kann nur einen Beitrag dazu leisten. Herr Warnholz, Sie haben sich beim Thema Kiezsicherheit auch intensiv an der Debatte beteiligt. Wir brauchen für den Kiez, für St. Pauli ein umfassendes Sicherheitskonzept, das nicht nur die Polizei betrifft, sondern Gewerbetreibende, Szenelokalitäten und auch die Anwohner mit einbezieht. Da muss man insbesondere konsequent gegen Messer und andere Waffen vorgehen und in dem Bereich ist bislang bei Ihnen Fehlanzeige.

(Beifall bei Gesine Dräger SPD)

Sie haben sich bisher nur damit hervorgetan, dass Sie unsere Initiativen zu dem Thema abgelehnt haben, aber ansonsten haben Sie beim Thema Messer und Waffen nicht viel zu bieten gehabt. Wo bleibt denn Ihre Bundesratsinitiative, mit der die Bekämpfung der Messer

(Olaf Ohlsen CDU: Auf dem Weg, das ist alles in Arbeit!)

- A und so weiter einfacher gemacht werden soll? Da ist bisher noch nichts von Ihnen zu sehen und deshalb reicht es nicht, auf der Reeperbahn Kameras aufzustellen und zu sagen, dann wird schon alles in Ordnung gehen.

(Beifall bei der SPD und bei *Gudrun Köncke* GAL)

Keine der Messerstechereien – wir haben in den letzten drei Monaten da nun wirklich einiges mitbekommen müssen – wäre durch die Videoüberwachung verhindert worden, denn Videoüberwachung kann nicht in die Klamotten der Leute leuchten, ob ein Messer mitgenommen wird, kann keine Taschen durchleuchten, sondern ist nur für die offene Beobachtung.

(Zuruf von der CDU: Schnelle Ermittlung!)

– Ja, das ist vielleicht die nächste Phantasie, dass das dann auch noch möglich ist.

Das heißt, die Videoüberwachung kann an der Stelle die Gewaltprobleme auf dem Kiez nicht lösen und deswegen unsere dringende Bitte, im Innenausschuss über die Frage, wie ein Begleitkonzept für die Videoüberwachungsmaßnahme auf dem Kiez aussehen sollte, anhand unseres Antrags noch einmal zu reden. Der Antrag enthält nur Punkte, die im Prinzip Konsens sind, jedenfalls zwischen den Fraktionen dieses Hauses, dass sie sich auf Kriminalitätsbrennpunkte beziehen sollte.

Wir sollten anhand dessen noch einmal genau schauen, was erforderlich ist, damit die Videoüberwachung als Bestandteil eines polizeilichen Konzepts für den Kiez wirklich ein Erfolg wird; das wollen wir alle. Ziel ist es, zu einer wirklich deutlichen Senkung der Straftatenbelastung, insbesondere der Gewaltstraftaten, auf dem Kiez zu kommen und deshalb brauchen wir die fachliche Diskussion im Innenausschuss. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Der Austausch untereinander ist immer sehr fruchtbringend, aber der Redner steht üblicherweise hier vorne. Und jetzt kommt eine Rednerin, nämlich die Abgeordnete Möller.

(*Bernd Reinert* CDU: Die war ja schon!)

Antje Möller GAL: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn sie schon da war, werde ich es Ihnen noch einmal zumuten, hier ein paar Sätze dazu zu hören oder vielleicht noch einmal in den Austausch mit mir zu gehen. Es ist mir schon klar, dass ich keine Mehrheiten für unseren Antrag gewinne. Aber ich würde mir sehr wünschen, über das Problem hinter den Videoüberwachungsmaßnahmen einmal ins Gespräch zu kommen.

Das ist mitnichten eine persönliche Betroffenheit des Senators und ein Belehren der GAL-Abgeordneten, sondern wir reden hier über den Rechtsstaat und nicht über den Einkauf von 20 neuen Polizeiwagen, neuen Uniformen oder Ähnliches, sondern über eine polizeiliche Maßnahme, die einen massiven Eingriff in unsere Grundrechte darstellt und das möchte ich hier thematisieren. Sie wissen, dass wir gegen die Videoüberwachung im öffentlichen Raum sind, vor allem aber gegen die, so wie sie geplant ist. Da maße ich mir einfach an zu sagen, wenn ihr es dann schon mit der parlamentarischen Mehrheit hier macht, dann orientiert euch aber bitte wenigstens an einem Regelwerk, an einem Pflichtenkatalog, den

sich andere Städte und Kommunen gegeben haben; das war der Ansatz.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Warum haben Sie nicht einen Gesetzesantrag eingeführt damals beim Polizeigesetz? Da hätte das alles reingehtört!)

– Das ist eine Debatte, die wir außerhalb der jetzigen führen können. – Mir geht es darum, das Plenum wenigstens einmal dafür zu gewinnen, vom Thema Misstrauen wegzukommen – ich sage es bewusst überspitzt –, das uns immer unterstellt wird. Wir reden hier über das Gewaltmonopol, das zu Recht vom Staat ausgeht, das aber auch zu Recht durch parlamentarische Kontrolle kontrollierbar sein muss.

(Beifall bei der GAL)

Das ist in dem Fall nicht gewährleistet, der sich im Moment in Hamburg entwickelt, um es einmal so zu sagen. Also noch einmal mein Appell, sich das eine oder andere an Regelwerk zu überlegen. Der Eingriff in die Freiheitsrechte von vielen tausenden Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt lässt sich nicht so einfach wegwischen, wie der Senator das hier getan hat, indem er gesagt hat, eine verhinderte Straftat mache das sozusagen hinfällig. So funktioniert unser Rechtsstaat nämlich nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 18/3246 und 18/3338 an den Innenausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen, zunächst über den SPD-Antrag aus der Drucksache 18/3338. Wer stimmt diesem zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 18/3246 annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 31 und 50 auf, die Drucksachen 18/3266 und 18/3244 in der Neufassung, Bericht des Haushaltsausschusses: HafenCity, Ergebnis des Investorenauswahlverfahrens für das Überseequartier und Verkauf der Grundstücke und Antrag der SPD-Fraktion: Das Planetarium muss sich im Stadtpark entwickeln.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/3054: HafenCity – Ergebnis des Investorenauswahlverfahrens für das Überseequartier und Verkauf der Grundstücke (Senatsvorlage) – Drucksache 18/3266 –]

[Antrag der Fraktion der SPD: Das Planetarium muss sich im Stadtpark entwickeln! – Drucksache 18/3244 (Neufassung) –]

Zum Bericht des Haushaltsausschusses liegt Ihnen als Drucksache 18/3337 in der Neufassung ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und GAL mit einem Aktenvorlageersuchen vor.

**A [Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:
Bericht des Haushaltsausschusses über die Druck-
sache 18/3054 "HafenCity – Ergebnis des Investoren-
auswahlverfahrens für das Überseequartier und
Verkauf der Grundstücke" Aktenvorlage gemäß
Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung
– Drucksache 18/3337 (Neufassung) –]**

Zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 18/3244 in der Neufassung haben Sie als Drucksache 18/3340 einen Antrag der GAL-Fraktion erhalten.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Alternativen für ein Science-Center ohne Planetarium
entwickeln – Drucksache 18/3340 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Finck hat es.

Henning Finck CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Überseequartier wird die Stadt ein herausragendes Viertel des neuen Stadtteils HafenCity bekommen. Der Weg vom, dank uns, neu gestalteten Jungfernstieg durch Europas größtes Einkaufszentrum, die Europapassage, über den, dank der CDU-Regierung, bald neu bebauten Domplatz wird nun seinen Abschluss in dem architektonischen und stadtentwicklungspolitischen Meilenstein Überseequartier finden.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Till Steffen GAL:* Wie war das mit der Europapassage?)

B Die Geschäftsordnungsdebatte und die Beiträge der Opposition zum Überseequartier zeigen eines ganz deutlich: Die Opposition hat sich entweder nicht wirklich mit dem Überseequartier beschäftigt

(*Wilfried Buss SPD:* Ihr doch auch nicht!)

oder sich aus populistischen Gründen lediglich auf die Frage der Verlagerung des Planetariums konzentriert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Das Überseequartier ist aber mehr als der mögliche Standort des Planetariums. Das Überseequartier wird beziehungsweise würde auch ohne das Planetarium ein geniales neues Viertel werden. Im Überseequartier wird Wohnen und Arbeiten im Einklang mit einem neuen Einzelhandel in unserer City möglich. Den Verhandlungen des Senats und der HafenCity Hamburg GmbH ist es zu verdanken, dass der Wohnungsbauanteil im Überseequartier doppelt so hoch ist, wie dies der Masterplan HafenCity vorsah. Mit 450 neuen Wohneinheiten im Überseequartier erhöht sich die Anzahl der Wohnungen im westlichen Bereich der HafenCity von im Masterplan vorgesehenen 650 auf über 850 Wohneinheiten. Dazu müssen noch die Wohnungen am Dalmannkai addiert werden, denn auch dort liegen wir, oh Wunder, mit den Wohnungen deutlich über dem Soll. Dafür danken wir der CDU-Fraktion, dem Senat und der HCH.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ein ganz besonderer Dank geht heute an Herrn Bruns-Berentelg und Herrn Schultz-Berndt, die auch dieser Debatte beiwohnen.

(*Petra Brinkmann SPD:* Toll, das ist toll!)

Herr Dr. Petersen ist leider nicht da.

(*Petra Brinkmann SPD:* Herr Peiner ist auch nicht da!)

Ich wollte ihn so gerne einmal auf seine menschliche Metropole ansprechen, aber es ist die SPD-Fraktion insgesamt, die seit Kurzem von einer menschlichen Metropole Hamburg redet. Wenn Ihre Fraktion heute und morgen gegen diesen wohnungsbaupolitischen Erfolg in der HafenCity stimmt, dann müssen Sie sich schon fragen lassen, wie menschlich eigentlich diese Entscheidung gegen mehr Wohnungsbau ist. Die SPD im Bezirk Hamburg-Mitte ist da deutlich weiter als Sie und Ihre Fraktion. Dort haben wir nämlich immer gemeinsam für einen erhöhten Wohnungsbauteil gekämpft. Nun haben wir ihn und die Opposition stimmt dagegen.

(*Bernd Reinert CDU:* So sind die eben!)

Die Menschen im Überseequartier, aber auch die Touristen, die zum Beispiel am neuen Kreuzfahrtterminal ankommen werden, brauchen aber auch die Möglichkeit, die Dinge des täglichen Bedarfs einkaufen zu können. Das Überseequartier wird mit den vertraglich festgehaltenen Rahmenbedingungen von 40 000 Quadratmetern Verkaufsfläche für genau diese Einkaufsmöglichkeiten sorgen. Für Touristen werden zudem Themenschwerpunkte gebildet, sodass gezieltes Shopping möglich wird. Die SPD muss sich auch hier fragen lassen, wie menschlich eigentlich eine Politik ist, wenn sie mit einem Nein zu dieser Drucksache die Menschen in der HafenCity von guten Einkaufsmöglichkeiten vor der Haustür abschneidet.

Dem Vertrag zum Überseequartier liegen verschiedene Studien zugrunde, die auch sicherstellen, dass der Einzelhandel in der Hamburger City wegen der begrenzten Verkaufsfläche im Überseequartier keinen Schaden nehmen wird. Das ist ein wichtiges Signal für den Hamburger Einzelhandel.

(*Gesine Dräger SPD:* Das haben Sie denen gesagt?)

Mit dem Überseequartier werden 6000 bis 7000 neue Arbeitsplätze – ich betone, neue Arbeitsplätze – entstehen und nicht Arbeitsplätze, die aus einer Verlagerung von Arbeitsplätzen aus der City entstehen. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, heute und morgen gegen diese Drucksache stimmen, dann stimmen Sie auch gegen diese 7000 Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Ist doch lächerlich!)

Wir als CDU sagen, sozial ist, was Arbeit schafft. Sie werben für eine menschliche Metropole. Wie Sie Ihr Stimmverhalten den Menschen erklären wollen, die Arbeit suchen, ist mir jedoch schleierhaft.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Architektur sagen. Dadurch, dass der Senat das Überseequartier großflächig vermarktet hat, haben wir eine Architektur aus einem Guss. Weil dies so ist, ist auch der Verkaufswert der Grundstücke, für die man, einzeln vermarktet, sicherlich höhere Erträge hätte erzielen können, mit über 100 Millionen Euro ein guter Preis. Wir müssen auch den Investoren Groß & Partner, die heute auch hier sind, Respekt zollen. Sie setzen 800 Millionen Euro privates Kapital in ein hervorragendes Investment, das unsere Stadt an die

- A Spitze der Metropolen führt. Vielen Dank an die Investoren, sie machen Hamburg fit.

(Gesine Dräger SPD: Ganz uneigennützig!)

In den Ausschussberatungen – lassen Sie mich dazu noch ein Wort sagen – hat die SPD das Überseequartier mit der City Nord verglichen. Die GAL hat sich darum gesorgt, ob auch Skater durch das Überseequartier fahren und rollen dürfen. Beide Punkte zeigen, wie intensiv sich die Opposition mit dem Vertragswerk und dem Konzept des Überseequartiers beschäftigt hat. Ich habe den Eindruck, die SPD hat nicht Kurs auf eine menschliche, sondern auf eine vermurkte Metropole genommen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie heute und morgen mit Nein stimmen, meine Damen und Herren von der Opposition, dann setzen Sie Ihren populistischen Kurs in Sachen Stadtentwicklung fort: erst das faktische Nein zur U-Bahn, dann das faktische Nein zur Elbphilharmonie und jetzt ein faktisches Nein zum Überseequartier.

(Petra Brinkmann SPD: Keine Unterstellungen hier, Herr Finck!)

Sie sitzen zu Recht in der Opposition und sorgen selbst dafür, dass das so bleibt. Dafür danke ich Ihnen herzlich.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden heute dem Senat für diese Drucksache grünes Licht geben. Hamburg bekommt ein großartiges Überseequartier; wir stehen mit unserem Ja dafür.

(Beifall bei der CDU)

B

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Anmerkungen zum Überseequartier machen, und zwar mehr aus finanzpolitischer als aus strategischer Sicht.

Beim Überseequartier handelt es sich um die größte Investition der Stadt für die nächsten zwei Jahrzehnte. Das betrifft nicht nur die privaten Investitionen, die sich nicht auf 800 Millionen Euro beschränken werden, sondern mindestens 200 bis 300 Millionen Euro weitere private Investitionen nach sich ziehen werden. Das betrifft aber auch die öffentlichen Investitionen der Stadt und über diese werde ich als erstes reden.

Wenn wir den Eckpunkten dieses Vertrags zustimmen, dann stimmen wir auch einer U-Bahn in die HafenCity zu. Diese U-Bahn ist umstritten, das wissen Sie alle, ihre Finanzierung ist nicht gesichert. Die hamburgischen Architekten und viele Persönlichkeiten der Stadt haben sich im Übrigen für eine oberirdische Anbindung ausgesprochen.

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Sie beharren auf Ihrer U-Bahn, auf einer unfinanzierten U-Bahn und dies ist, das muss ich Ihnen ausdrücklich sagen, in der gegenwärtigen Lage finanzpolitisch nicht vertretbar und schon deshalb werden wir das ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich füge hinzu, dass die Einsicht in die Verträge viel ergibt. Im Übrigen sei der CDU-Fraktion gesagt, dass man

nachprüfen kann, wer sie eingesehen hat. Sie müssen unter Ihren eigenen Leuten erst einmal jemanden finden, aber von der SPD finden Sie viele.

C

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Wir zahlen für den Fall, dass die U-Bahn nicht rechtzeitig fertiggestellt wird, eine Konventionalstrafe; das kann ich aus Sicht der Investoren verstehen. Sie wird sich auf maximal 17 Millionen Euro belaufen, von den Aufwendungen, die im Zweifel der HVV leisten muss, einmal zu schweigen. Darüber muss man ernsthaft reden, und zwar nicht in drei Schnellausschusssitzungen und auch nicht, ohne dass die Bürgerschaft in dieser Legislaturperiode jemals eine Debatte über die Verkehrsanbindungen der HafenCity geführt hätte, die den Namen Debatte verdient.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Bernd Reinert CDU: Das kann nur an Ihrer Seite liegen!)

Die Stadt wird im Überseequartier Wege und Straßen erschließen müssen zusätzlich zu dem, was der Investor tut. Die Kosten dafür sind bis heute nicht bekannt – sie könnten bekannt sein, wenn man es denn wollte – und sie werden sich auf eine mindestens zweistellige Millionenhöhe belaufen, und zwar nicht im unteren Bereich, und das gehört zu so einem Projekt. Es ist übrigens kein Ablehnungsgrund, wenn wir dafür viel Geld ausgeben, aber das hier ist finanziell nicht durchgeplant und das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Ich komme zu einer zweiten Anmerkung, die sich auf das Investorenauswahlverfahren bezieht. Das Überseequartier ist eines der größten zusammenhängenden Gebiete nicht nur der HafenCity, sondern es ist eines der größten Stadtentwicklungsgebiete, die derzeit in der Welt zu vergeben sind, und es gibt wenig Investorengruppen, die dies überhaupt finanziell leisten können. Ich füge hinzu: Dabei geht es nicht nur um finanzielle Leistungen, sondern es geht auch um die Fähigkeit und Kompetenz, ein Objekt dieser Komplexität und auch mit Anspruch zu bewältigen. Ich bezweifle ausdrücklich nicht, dass sich der Senat bemüht hat, dies zu leisten, und ich bezweifle auch nicht, dass die Investorengruppe aus Ihrer Sicht ihr Möglichstes tut, aber dazu gibt es eine Reihe von Anmerkungen zu machen.

D

Die erste und wirklich strategische Frage ist, warum wir eigentlich dieses Gebiet an eine einzige Gruppe vergeben, was das Risiko für die Stadt erhöht, was die Möglichkeiten der Einflussnahme auf unterschiedliche Entwicklungen verkürzt und was uns außerdem, bei aller Fairness eines Investorenauswahlverfahrens, einem Monopol gegenüberstellt, nämlich dem Monopol dieser Investorengruppe. Meines Erachtens wäre es besser gewesen, wenn wir dieses Gebiet mit mehreren Investoren entwickelt hätten. Dies hätte zugegebenermaßen länger gedauert, es wäre auch schwieriger im Ausgleich der Interessen zwischen den unterschiedlichen Investorengruppen. Auch das bezweifle ich nicht, aber es hätte uns mehr Möglichkeiten gegeben.

Unabhängig davon, dass diese Investorengruppe meines Erachtens sogar eine ganz gute Architektur und ein gutes Konzept hinstellt, muss sich doch eine Stadt in so einem Verfahren fragen, was sie einem Monopol, das sie selbst erteilt, entgegenzusetzen hat. Auf diese Frage fand sich weder in den Ausschussberatungen noch in den Verträgen eine angemessene oder passable Antwort. Wir hal-

- A ten das für falsch, was vom strategischen Ansatz her gemacht wurde. Es ist offensichtlich nicht mehr rückgängig zu machen, weil die Verträge zu weit gediehen sind. Das ist einer unserer Kritikpunkte und auch aus diesem Grund lehnen wir dieses Verfahren ab.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich komme zu einem dritten Punkt, einer Anmerkung finanzpolitischer, aber auch stadtentwicklungspolitischer und vielleicht auch grundsätzlicher Natur. Stadtentwicklung findet in einem sehr komplizierten Beziehungsgeflecht statt, auch in einem Machtgeflecht, das wissen wir alle. In der Regel müssen Städte zwischen ihren städtischen Interessen, ihren Bürgerinteressen, ihren wirtschaftlichen Interessen und auch zwischen den Investoreninteressen entscheiden und dies ist eine sehr komplizierte Abwägung, übrigens auch eine sehr anfällige Abwägung. Deswegen hat die Freie und Hansestadt Hamburg in der Vergangenheit bei Großprojekten eigentlich immer eine spezielle Kommission, die Bodenordnungskommission, beteiligt und das hatte seinen guten Grund. Es sollte solche Entscheidungen zum Teil entpolitisieren und einer reinen Sachbewertung zuführen. Es ist legal, das in die Bürgerschaft zurückzuholen, aber ist es klug? Ich glaube, es ist nicht klug. Die Bodenordnungskommission hätte die Verträge prüfen können und die Bürgerschaft hätte im Grundsatz entscheiden sollen und müssen; das wäre ein klügeres Verfahren gewesen. Auch wenn Sie das nicht teilen, so könnten Sie es vielleicht für die Zukunft ernsthaft in Erwägung ziehen; es hat große Vorteile.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

- B Aber nun kommen wir zur Abwägung der Interessen. Ein Projekt dieser Größenordnung ist schwierig zu finanzieren. Ich wende mich nicht dagegen, dass die Stadt selbst ihr Möglichstes tut, um es mit zu realisieren und die Stadt tut etwas. Die Stadt mietet 40 Prozent der gesamten vorhandenen oder geplanten Bürofläche an, wenn der Investor diese Option zieht. Diese Option ist auf zehn Jahre berechnet, an die 80 Millionen Euro wert oder 8 Millionen Miete pro Jahr. Das ist bei jedem Kreditinstitut ein geldwerter Vorteil für die Finanzierung und auch grundsätzlich, weil die Stadt zum Ankermieter in der HafenCity wird.

Ich halte es für möglich, so etwas zu tun. Aber wenn die Stadt dies tut, muss ich fragen, in wessen Interesse sie es tut.

(Doris Mandel SPD: Genau, das ist die Frage!)

Dieses Interesse ist mir nicht ersichtlich. Dass die Investoren ein großes Gebiet entwickeln und auch mit einer Architektur, über die wir noch nicht einmal streiten müssen, mit sehr guten Sachen dabei und auch mit sehr gutem Konzept, bezweifle ich nicht.

Was ist aber unser Interesse, diese Absicherung durchzuführen? Wir haben Public-private-partnership-Modelle auch durchaus positiver Natur. Da ist zum Beispiel die Elbphilharmonie. Bei der Elbphilharmonie finanziert die Stadt mit, aber gleichzeitig gibt es über die Investition eine Quersubvention einer kulturellen Einrichtung. In diesem speziellen Fall finden wir das in den Verträgen und in der ganzen Konstruktion nicht, sondern wir haben eine schlichte Absicherung einer Investition durch die Stadt mit einer Umschichtung von Betriebsmitteln bis zu

neun Millionen jährlich über zehn Jahre. Das bedarf einer gewissen Begründung.

Ich erlaube mir eine politische Anmerkung: Vor dem Hintergrund, dass es möglich ist, für zehn Jahre an die 80 Millionen Betriebsmittel umzuschichten, die Stadt aber gleichzeitig über das Projekt PRIMO ihre öffentlichen Gebäude verkauft und denen, die diese kaufen, Vorverträge für ebenfalls zehn Jahre durch die Stadt zusichert, ist es eine interessante Frage, wer eigentlich wo und wie was anmietet. Anders ausgedrückt: Es kann niemand erklären. Wir verkaufen derzeit wegen langfristiger Mietverträge. Gleichzeitig wollen wir verlagern und geben ebenfalls langfristige Mietverträge. Das bedürfte der Aufklärung, aber das wird vielleicht in den nächsten Jahren geschehen.

Das ist aber in diesem Zusammenhang nicht alles. Die politische Anmerkung ist, dass es einen ausgesprochen faden – um nicht zu sagen: ziemlich schlimmen – Beigeschmack hat, wenn die Stadt bereit ist, als Absicherung einer Investition, die sie für gut befindet, so etwas zu tun, wir aber in dieser Bürgerschaft für das Science-Center über Betriebsmittel in einer Größenordnung von 3,5 Millionen Euro oder weniger streiten. Wenn es dafür geht, muss es auch für etwas anderes gehen, denn es darf nicht mit zwei Maßstäben gemessen werden. Es kann nicht auf der einen Seite Investorenabsicherung geben und auf der anderen den kleinlichen Streit um Betriebsausgaben, wenn es um eine kulturelle Einrichtung geht. Das passt nicht zusammen. Das schreiben Sie sich einmal hinter die Ohren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich würde diese Absicherung der Investitionen für gerechtfertigt halten, wenn es denn ein Gegengeschäft für die Stadt oder jedenfalls die Möglichkeiten in jenem Bereich gäbe, wo es um den kulturellen Baustein in der HafenCity geht. Der kulturelle Baustein ist das Science-Center, das Aquarium und wahrscheinlich auch das Planetarium. Darüber brauchen wir uns hier nicht hinwegzulügen.

Es gibt aber keine Quersubvention, sondern der Investor wird es übernehmen, dies dort zu bauen. Dafür investieren wir 42 Millionen Euro. Wir bezahlen es also in den Teilen, die vermutlich nicht rentabel sind. Das mag in Ordnung sein. Dann frage ich mich aber, wozu wir die Investition absichern. Ich frage mich auch, warum wir diesen Teil nicht heraustrennen und für uns selbst betreiben. Es kann mir niemand erklären, warum wir das nicht tun. Von daher ist die Konstruktion des Projektes nicht vollendet, sie ist nicht durchdacht, sie ist teilweise nicht finanziert und sie wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Dabei habe ich bisher nur über finanzielle Konstruktionen geredet, über keine anderen.

Erlauben Sie mir abschließend eine Bemerkung, die vom Finanzpolitischen, von einem großen Projekt, das eigentlich ein Projekt für alle Hamburger sein sollte, in die wirkliche, aktuelle Politik führt. Ja, das sollte ein Projekt für alle Hamburger sein. Das Bemühen des Senats, die Bürgerschaft mit Informationen zu versorgen, steht in umgekehrtem Verhältnis zur Größe der Investitionen, was die Seiten der Drucksache betrifft. Die Bereitschaft, Auskunft zu geben, hielt sich in Grenzen. Ich kann ja verstehen, wenn Senatoren der Meinung sind, dass sich die Opposition ihre Informationen erarbeiten soll, aber doch nicht bei

- A einem Zukunftsprojekt, das eigentlich die ganze Stadt will. Da sollten Sie sich einen anderen Stil angewöhnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie sollten vielleicht noch einmal über etwas nachdenken. Dieses Überseequartier soll ein Quartier für alle Hamburger werden, nicht nur ein kommerziell erfolgreiches Projekt, wobei es das auch werden muss. Der Kulturbau ist nicht nur eine Beigabe zur Absicherung einer Konsumwelt. Vor diesem Hintergrund müssen wir darüber reden, auch in Zukunft, was es eigentlich bedeutet, wenn die Stadt öffentliche Wege und Plätze nicht mehr selbst erstellt, sondern einen Investor erstellen lässt und das ganze Quartier über ein Quartiermanagement managet. Eigentlich ist das ein privater Stadtteil.

(Erhard Pumm SPD: Das ist ein Skandal!)

Wollen wir das? Ist das die Zukunft unserer Stadt? Auch wenn er öffentlich zugänglich ist, müssen wir diese Frage grundsätzlich stellen. Das bitte ich Sie, gut zu überlegen.

Ich komme zu meiner abschließenden Bemerkung. Sie ist wieder finanzpolitisch: Der Kaufpreis beträgt 104 Millionen Euro. Der wird sich auch verbessern, wenn dort mehr gebaut wird. Aber den Kaufpreis konnten wir niemals ganz nachvollziehen, weil uns keiner erklären konnte, was eigentlich der geldwerte Vorteil dessen sei, was der Investor öffentlich zur Verfügung stellt. Der Kaufpreis kann auch gegen die Aufwendungen gerechnet werden, die wir selbst dort haben werden: 42 Millionen Euro für das Science-Center, die wir finanzieren, 17 Millionen Euro mögliche Vertragsstrafe, die wir aller Voraussicht nach finanzieren werden, 9 Millionen Euro jährlich Umschichtung von Betriebsmitteln für den Umzug von Behörden et cetera. Auch vor diesem Hintergrund muss man Fragen stellen.

B

Meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, Sie haben keine dieser Fragen gestellt, auch nicht im Ausschuss. Werfen Sie anderen nicht vor, dass diese mit dem größten Projekt, das die Stadt in den nächsten 20 Jahren durchführen wird, nicht schnell bei der Hand seien und unvorsichtig umgingen und dafür vielleicht etwas mehr Beratungszeit und auch genauere Überlegungen brauchen. Das hat dieses Quartier auch verdient. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat hat uns mit der Drucksache 18/3054 die Eckpunkte des Vertragswerkes für das Überseequartier vorgelegt, allerdings in der Tat nur die Eckpunkte. Das mag der CDU-Fraktion reichen, um das Projekt zu bejubeln und in Bausch und Bogen hochzuloben. Auch wenn es an diesem Konzept einiges Interessante gibt, haben Sie sich der Debatte, die hier zu führen ist, im ersten Beitrag nicht gestellt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben bereits in der vorletzten Sitzung festgestellt, dass der Senat das Parlament und die Öffentlichkeit zunächst über dieses Vorhaben nur unvollständig informiert und – kann man sagen – getäuscht hat. Der Senat versucht noch immer, das Parlament bei diesem Ge-

schäft in die Irre zu leiten. Ein etwas genaueres Bild konnte man sich in der Zwischenzeit nur bei der Einsichtnahme in die Verkaufsverträge verschaffen. Viele Fragen sind dabei jedoch offen geblieben und einige wichtige Sachverhalte sind dort nur in Fußnoten und Anlagen enthalten und hier bisher überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen.

C

Das Bild, das sich aus den Vertragswerken, den Anhörungen und Erörterungen der letzten Wochen zusammensetzte, ist Folgendes: Der Senat setzt sich beim Verkauf dieser Flächen über mehrere Grundsätze der Hamburger Stadtentwicklungspolitik hinweg. Einen davon hatte Herr Zuckerer eben angesprochen, die Transparenz. Zum Beispiel die Befassung in der Bodenordnungskommission: Die Vorlage nur der Verträge, nur der Ergebnisse eines langen Verhandlungsprozesses ermöglichen uns kein Nachvollziehen der Abwägungen, der Verhandlungen und der verschiedenen Optionen, die dort geprüft wurden und die enthalten sind. Der Senat hat entschieden, das ganze Areal mit einem Investor zu entwickeln. Das gibt diesem Investor der Stadt gegenüber eine Art Monopolstellung. Der Senat hat dem entsprechend einer Reihe von Zugeständnissen und Verpflichtungen zugestimmt.

Diese berühren hauptsächlich vier Komplexe: die U-Bahn, das Science-Center und Planetarium, die Anmietung von Büroflächen durch die Stadt und den Verkauf öffentlicher Räume. Bei der U-Bahn ist die Stadt mit diesem Vertrag unumkehrbar gebunden. Darüber muss hier jetzt Klarheit herrschen. Die Rückabwicklung würde eine Rückabwicklung des ganzen Projektes bedeuten. Es sind sehr kurze Fristen zur Fertigstellung vereinbart und hohe Strafen, wenn die U-Bahn nicht fristgerecht in Betrieb geht. Herr Freytag, Sie haben doch selbst das Desaster beim Bau der S-Bahn am Flughafen beobachtet, die Probleme, die der Baugrund dort ausgelöst hat, und die Verzögerungen. Was gibt Ihnen Gewissheit, dass bei der Untertunnelung des Zollkanals, des Sandtor- und des Baakenhafens die Zeitpläne, die Sie jetzt vereinbart haben, eingehalten werden können? Ich denke, da gibt es keine Gewissheit. Gewissheit gibt es nur über die Vertragsstrafen, die vereinbart worden sind. Sie verpflichten die Stadt damit zu hohen Kosten und zu einem sehr hohen Risiko.

D

Nun zum Thema "öffentlicher Raum": Es geht darum, dass mehrere Straßen, vor allem die Straße am zehnten Längengrad und der Überseeplatz an die Investoren verkauft werden sollen. Diese Straßen und Plätze werden einmal für Hamburg eine sehr große Bedeutung haben, ähnlich wichtig wie die Landungsbrücken oder gar der Jungfernstieg. In den Anhörungen wurde uns gesagt, das sei kein Problem, der Investor müsse diese Straßen und Plätze auf Verlangen der Stadt wieder herausgeben und dann würden sie öffentlich gewidmet. Aber schauen Sie ins Kleingedruckte, meine Damen und Herren, auch Sie von der CDU-Fraktion, aber dafür hätten Sie sich wahrscheinlich mehr Zeit nehmen müssen. Dort steht nämlich, dass der Eigentümer die Nutzung für den allgemeinen Verkehr, den Anliegergebrauch sowie für Fahrradfahrer und Skater zulassen muss. Sie haben ein paar Nutzlassungen gesichert, die der Eigentümer zulassen muss. Aber was ist mit den Nutzungsformen des öffentlichen Raumes, die nicht in diesem Katalog enthalten sind? Dafür darf der Eigentümer des jeweiligen Grundstücks Benutzungsordnungen auf Basis seines Hausrechts erlassen. Skateboardfahren kann nicht verboten werden.

- A So weit, so gut. Aber nehmen wir zum Beispiel den Mann, der hier eine Zeit lang vor dem Rathaus stand und uns darauf hinwies, dass ihn seiner Meinung nach ein Kreditinstitut in den Ruin getrieben habe. Mancher mag sich daran gestört haben, aber der Mann hat ein Grundrecht wahrgenommen, hier vor dem Rathaus zu stehen und auf seinen Belang aufmerksam zu machen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das Recht, öffentliche Flächen für den kommunikativen Gebrauch zu nutzen – und dazu gehört eben auch, etwas zu sagen, was andere vielleicht nicht hören wollen –, ist auf den öffentlichen Flächen, die Sie in der HafenCity verkaufen, nicht gesichert. Dort ist nur die Teilnahme am öffentlichen Verkehr und der Anliegergebrauch gesichert. Das ist etwas anderes als der Gemeingebrauch, wie ihn das Hamburgische Wegegesetz ansonsten definiert. Das bloße Sich-Aufhalten beinhaltet kein Anliegen. Eine Bekanntmachung ist keine Teilnahme am öffentlichen Verkehr. Ergo: Eine Bettlersatzung wird man im Überseequartier nicht benötigen. Diese ist in den Verträgen bereits inklusive. Das Demonstrationsrecht haben Sie auch gleich mit verkauft.

Was machen Sie hier mit dem öffentlichen Raum? Sie verkaufen einen der wichtigsten Orte in dieser Stadt. Sie verkaufen nicht nur ein Grundstück, Sie verkaufen ein Stück der Stadt selbst und Sie verkaufen ein Stück der Freiheit der Bürger in dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B Es geht hier um einen Kernbestandteil der res publica, des öffentlichen Gutes der Stadtrepublik Hamburg. Sie weichen hier von dem ab, was in Hamburg lange Zeit guter Brauch gewesen ist und den Kern einer liberalen und weltoffenen Stadt ausmacht. Dort, wo sich diese Stadt vor der Welt inszeniert, wird sie nach diesem Vertrag nicht mehr öffentlich sein, sondern privat und mit einem Hausrecht und einer Benutzungsordnung bewehrt. Auch wenn der städtebauliche Entwurf sehr ansprechend ist: Im Endeffekt entsteht so nur eine Simulation von Lebendigkeit, eine Simulation von städtischer Vielfalt. Darunter verbirgt sich ein privatisierter öffentlicher Raum und ein gemanagtes Einkaufszentrum wie tausend andere. So lese ich die Verträge. In den bisherigen Anhörungen und Erörterungen konnten diese Einwände nicht entkräftet werden.

Nun zum Science-Center und Planetarium: Das Parlament, die Öffentlichkeit und Ihre eigene Partei wurden von Herrn Bürgermeister von Beust getäuscht. Nun wurde vorgetragen, dass die Stadt nicht verpflichtet sei, das Planetarium zu verlagern. Das ist richtig. Sie sind nur verpflichtet, 14 Millionen Euro für die Verlagerung des Planetariums, für den Umzug zu bezahlen, auch ohne Umzug. Peanuts, werden Sie vielleicht sagen. Ich finde, das ist eine ganze Stange Geld. Erklären Sie doch den Familien, denen Sie gerade das Schülerfahrgeld gestrichen haben, dass diese 14 Millionen Euro Peanuts seien. Offenbar haben Sie nicht vorausgesehen, wie gern die Hamburger ihr Planetarium im Stadtpark haben und dass diese nicht wollen, dass der Wasserturm dort das gleiche Schicksal erleidet wie der Wasserturm im Schanzenpark. Über die Frage der Nachnutzung des Wasserturmes im Stadtpark haben Sie überhaupt noch nicht nachgedacht. Das wurde ganz rundheraus zugegeben. Das allein ist bei solch einem Ansinnen schon ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C Dabei hat der Bürgermeister hier vor vier Wochen gestanden und tränenreich bejammert, dass das Planetarium vom Bezirksamt Hamburg-Nord drangsaliert worden sei. Darüber haben Sie nachgedacht und darüber haben Sie sich auch informiert. Aber – für die Juristen hier – *audiat et altera pars* ist doch ein Grundsatz Ihres Metiers. Das kennen Sie. Vielleicht hätten Sie sich nicht nur bei Herrn Kraupe informieren sollen, sondern auch beim Bezirksamt Hamburg-Nord, denn das, was der Bürgermeister hier vorgetragen hat, war im Lichte der Fakten wirklich lächerlich.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Bernd Reinert CDU*: Das stimmt doch gar nicht!)

– Doch. Das war das Stück vom Räuber, der "Haltet den Dieb!" ruft. Das war die Vorstellung des Bürgermeisters.

Einen so hilflosen Versuch der Schuldabwälzung hat man in diesem Haus lange nicht gesehen. Wir unterstützen deshalb auch den Zusatzantrag der SPD mit der Zielrichtung, das Planetarium im Stadtpark im Bezirk Hamburg-Nord zu belassen. Ihre Fraktion und die Kultursenatorin haben ja auch gesagt, dass man in dieser Frage ganz ergebnisoffen in die Prüfung hineingehen werde.

(*Wilfried Buss SPD*: Wer's glaubt, wird selig!)

Geprüft werden nun die Nachnutzungsperspektiven für den Wasserturm im Schanzenpark. Dafür wurde in der Kulturbehörde eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

(*Wilfried Buss SPD*: Im Stadtpark!)

D – Im Stadtpark, Entschuldigung. Die Nähe zum Wasserturm im Schanzenpark ist sehr groß. Wir haben mehrere Wassertürme.

Eine weitere Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Integration des Planetariums in das Science-Center. Aber keine Arbeitsgruppe geht der Frage nach, wie man das Science-Center ohne Planetarium zu einem rentablen Projekt machen könnte. Dabei hat die CDU-Fraktion in Punkt 4 des Petitums eingebracht, dass dies geprüft werden soll. Es wird nicht geprüft.

(*Barbara Ahrons CDU*: Das wissen Sie doch gar nicht! – *Bernd Reinert CDU*: Warten Sie einmal ab, wenn wir es beschlossen haben, wird es gemacht!)

Vielleicht fragen Sie sich einmal, wie der Senat mit Ihren Interessen, mit Ihrer, der Macht der CDU-Fraktion umgeht.

Wir meinen, dass Sie diesen Auftrag ernst nehmen sollten, sehr verehrte Damen und Herren von der Senatsbank – nur noch Herr Freytag ist da –, deswegen haben wir diesen Punkt in unserem Zusatzantrag noch einmal präzisiert. Wir möchten nämlich auch, dass Sie uns die Pläne vorstellen, die vorsehen, ein Theater in das Science-Center-Aquarium zu integrieren, Arbeitstitel "Der sechste Kontinent". Die Philharmonie wäre aus unserer Sicht keine geeignete Ergänzung zu einem Aquarium gewesen, aber über ein Musical könnte man nachdenken: Edutainment und Entertainment, zumal wenn es hülfe, das Gesamtprojekt rentabel zu machen und das Planetarium im Stadtpark zu belassen. Da heißt es in der Vereinbarung zum Quartiersmanagement, die eine Anlage zum Vertrag ist:

- A "Die Einbindung eines Theaters in den sechsten Kontinent – vulgo Aquarium Science-Center – wird in einem gesonderten Punkt behandelt."

Dieser gesonderte Punkt findet sich leider nicht in den Unterlagen. Ich hätte ihn sehr gern gefunden und gesehen.

Angesichts der Vorgeschichte des Täuschens und Verschweigens bei diesem Vorhaben ist das nicht tragbar. Ich rechne daher auch mit Ihrem Einverständnis, wenn sich die Opposition nicht auf die Ehrlichkeit des Senates verlässt, sondern es vorzieht, diese Schleier mit Hilfe einer Akteneinsicht zu lüften.

Wenn Sie den Punkt 4 des Petitums ernst nehmen, den Sie hineinformuliert haben, dann stimmen Sie auch unserem Zusatzantrag zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Alsdann gebe ich das Wort Herrn Senator Dr. Freytag.

(Werner Dobritz SPD: 44 Jahre!)

Senator Dr. Michael Freytag: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man auf internationalen Veranstaltungen zu Stadtentwicklung und Immobilien Hamburg präsentiert,

(Michael Neumann SPD: Da, wo Sie immer dieselbe Rede halten!)

- B die vielen anerkennenden Worte von Bürgermeistern, Ministern und Bauexperten hört und Gratulationen für die großartige Entwicklung unserer Stadt entgegennimmt, frage ich mich, wo Sie eigentlich leben, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann ja verstehen, dass es für die Opposition ein unerfreulicher Vorgang ist, wenn das größte innerstädtische Stadtentwicklungsprojekt Europas mit einem derartigen Erfolg nach vorn entwickelt wird. Hamburg – das wird uns international und auch in Deutschland bestätigt – wächst in einer beachtlichen Qualität. Dieses Schicksal des Wachstums in beachtlicher Qualität teilt die Opposition bedauerlicherweise nicht.

Ich habe nur wenig Gehaltvolles von Ihnen vernommen.

(Ingo Egloff SPD: Da haben Sie nicht zugehört! – Uwe Grund SPD: Sagen Sie einmal was zur Sache. Sie sind doch Senator!)

Das frustrierte Genörgel einer Opposition ohne Alternative ist für die Stadt Hamburg auch nicht akzeptabel. Deshalb bin ich froh, dass wir regieren und nicht Sie.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Das ist eine riesige Selbstgefälligkeit!)

Der Freizeitforscher Professor Opaschowski von dem renommierten BAT-Institut hat eine empirische Untersuchung über die zehn größten Städte Deutschlands vorgelegt. Ergebnis dieser Untersuchung: Die Stadt in Deutschland, in der es sich laut Einwohnern am meisten zu leben lohnt, ist Hamburg. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU – Jens Kerstan GAL: Kommen Sie einmal zum Thema!)

- C Heute stellen wir die Weichen für das bedeutendste Projekt in der HafenCity,

(Doris Mandel SPD: Hunderte von Millionen!)

die Entwicklung des Überseequartieres. Der Senat bittet Sie um Zustimmung zu dem Kaufvertrag mit einem niederländisch-deutschen Investorenkonsortium aus der ING Real Estate, Bouwfonds Property Finance und Groß & Partner, die sich bereit erklären, insgesamt 800 Millionen Euro privaten Geldes in unsere Stadt zu investieren. Das bedeutet Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft und Zukunftssicherheit für diese Stadt. Wir sind dankbar, dass sich diese Investoren für Hamburg interessieren und hier bauen und nicht anderenorts. Deshalb begrüße ich die Investoren ganz herzlich auch hier in unserem Hause.

(Beifall bei der CDU)

275 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche, Arbeiten und Leben, Kultur, Gastronomie, Hotellerie, Einzelhandel und das Kreuzfahrtterminal am Wasser werden eine einzigartige, neue Lebensqualität schaffen, um die wir in der Welt beneidet werden. Ich bin sehr froh, dass wir die Verhandlungen mit den Investoren über einen sehr langen Zeitraum erfolgreich voranbringen konnten und diese Investoren international bewiesen haben, dass sie vergleichbare Projekte mit Erfolg umsetzen können. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich, dass dieses ein wirklicher Meilenstein für die wachsende Stadt werden wird. Ich finde es besonders gut, dass wir das Element Leben, das heißt, das Element Wohnen, in diesem Vertrag deutlich stärker betont haben als ursprünglich vorgesehen. Ursprünglich waren 20 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche für Wohnen vorgesehen, jetzt sind es 47 000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche.

D Wir werden ein neues, einzigartiges Kreuzfahrtterminal für die größten Kreuzfahrtschiffe erhalten, weil Hamburg international eine Boom-Stadt ist. Die Zahl der in Hamburg festmachenden Kreuzfahrtschiffe wird sich von 30 in diesem Jahr allein im nächsten Jahr auf 60 bis 70 verdoppeln.

(Doris Mandel SPD: Was hat denn das damit zu tun, dass Sie die Millionen verschenken?)

Diese positive Entwicklung wird sich fortsetzen. Genau das bringt uns nach vorn und verschafft Hamburg das Geld für soziale Leistungen, die Sie mit Ihrer Opposition nicht in der Lage sind zu erwirtschaften. Wir sind dazu in der Lage.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin sehr froh, dass wir auch die Verkehrsinfrastruktur nach vorn bringen. Das, was hier gegenteilig behauptet wurde, ist ja nicht wahr. Es sind 34 Varianten der U-Bahn-Anbindung sehr intensiv erörtert worden. Zu einem internationalen Projekt gehört eine erstklassige unterirdische Verkehrsanbindung. Das ist Standard. Er ist Ihnen vielleicht nicht bekannt, er gehört aber zu solchen Verträgen.

(Michael Neumann SPD: Das sehen die Mitbewerber aber anders!)

Wir sind sehr froh, die Anbindung der HafenCity so ausgestaltet zu haben. Ich kann Ihnen auch nur sagen, es ist ein Trugschluss, dass die von Ihnen und einzelnen gewollte oberirdische Führung die richtige Lösung sei. Sie

- A ist wegen ihrer diversen Nachteile eben gerade nicht billiger und besser als eine unterirdische Anbindung.

(Michael Neumann SPD: Das Problem sind Sie!)

Wo würden Sie denn bauen wollen: dort, wo Sie Blick aufs Wasser haben, oder dort, wo Sie Blick auf U-Bahn-Stelzen haben? Das ist einfach unrealistisch. Auch aus Sicherheitsgründen – wir haben das ja alles x Mal vorge-tragen – ist das nicht darstellbar. Wir haben zwei unab-hängige Gutachter und die besten Ingenieurbüros ein-geschaltet. Und wenn uns diese Sachverständigen emp-fehlen, diese unterirdische Führung zu realisieren, und auch das Bundesverkehrsministerium im standardisierten Bewertungsverfahren zu der Erkenntnis gekommen ist, dass dies eine wirtschaftliche Lösung sei, ist das für uns Anlass zur Freude über die neue U 4 und nicht zum Nör-geln. Deshalb sollten Sie an unserer Freude teilhaben.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann auch nicht verstehen, was uns hier gelegentlich vorgeworfen wird, auch eben wieder:

(Michael Neumann SPD: Sie verstehen einiges nicht!)

Wir würden die Freiheit der Menschen dort beschränken. Welche Freiheit meinen Sie denn dort vor Ort? Dort ist bisher überhaupt nichts. Wir schaffen dort einen ganz neuen Stadtteil mit höchster Lebensqualität. Die Freiheit der Menschen wird darin bestehen, dass sie dieses Ge-biet mit Kusshand annehmen werden. Die HafenCity wird ein attraktiver Stadtteil, in dem man in einzigartiger Atmo-sphäre mitten in Hamburg am Wasser wohnt und lebt. Darum beneidet uns die ganze Welt bis auf die Opposi-tion. Aber damit müssen Sie leben. Wir werden damit leben können.

B

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten auch bei nüchterner Betrachtung die Chancen sehen, die in diesem Projekt stecken. Sie fordern die Gewissheit für alles ein. Mit einer solchen Vollkasko-mentalität können Sie gar nichts mehr gestalten in unse-rer Stadt. Sie sind eine Opposition der Blockade, wir sind eine Regierung des Handelns. Deshalb will die Mehrheit der Stadt die CDU in Hamburg an der Regierung. Das ist das Ergebnis unserer Politik.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es auch nicht in Ordnung, dass Sie hier mit Begriffen wie Täuschung und Ähnlichem arbeiten. Was soll denn das? Wenn Sie die Drucksache lesen, finden Sie dort transparent dargelegt, welche Vorteile sich für Hamburg ergeben. 103 Millionen Euro sind ein sehr guter Kaufpreis für das Grundstück. 30 Millionen Euro werden bereits acht Wochen nach Wirksamkeit des Kaufvertra-ges effektiv fließen. Sie machen sich immer nur Gedan-ken, wie wir Geld ausgeben können. Wir machen uns auch Gedanken, wie man Geld einnehmen kann,

(Michael Neumann SPD: Sie geben mehr aus, als Sie einnehmen!)

denn nur wer Geld einnimmt, kann es auch für die sozial Schwachen in dieser Stadt ausgeben.

(Beifall bei der CDU)

Die HafenCity wird nicht nur ein Ort von neuer Lebens-qualität, sondern auch von Arbeitsplätzen sein. Allein mit dem Überseequartier entstehen 7000 Arbeitsplätze. Wer

sozial sein will, muss Arbeitsplätze schaffen. Wer Arbeitsplätze schaffen will, muss Zukunftsprojekte an-packen und dies mit Investoren, die den nötigen langen Atem besitzen.

C

(Michael Neumann SPD: Seit vier Jahren steigt die Arbeitslosigkeit!)

Wir sind sehr froh, dass wir diese professionelle Verbin-dung gefunden haben, denn ein solches Stadtentwick-lungsprojekt gibt es in der Welt nur sehr selten. In der Größenordnung der HafenCity mit 155 Hektar mitten in der Stadt sind wir Anziehungspunkt vieler Investoren. Wir haben uns bewusst nach einem sehr langen Verfahren für diese hier dargestellte Konstellation entschieden.

(Uwe Grund SPD: Sie werden sich wundern!)

Es ist ja auch eine Frage, wie man solch ein so kom-plexes Verfahren organisiert. Das kann ja die Stadt un-möglich allein machen. Wir brauchen exzellente Experten im juristischen, steuerlichen, im Ingenieurs- und im archi-tektonischen Bereich. Ich finde es gut, dass sich die bes-ten Architekten der Welt für dieses Gebiet interessieren.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Es sind deutsche und ausländische Spitzenarchitekten, die in der HafenCity ihre Bauwerke erstellen. Es ist doch ein Grund zur Freude, dass Hamburg auf die internatio-nale Landkarte kommt. Genau deshalb ist dieses Projekt für die Zukunft unserer Stadt richtig und wir werden daran festhalten.

(Beifall bei der CDU)

Auch Ihre Versuche, künstlich Vorwürfe zu konstruieren, gehen fehl. Die Bodenordnungskommission wird bei Geschäften tätig, die nicht der Bürgerschaft vorbehalten sind. Der Bürgerschaft sind Verkäufe von Staatsgut vor-behalten, die nicht zum regelmäßigen Gang der Verwal-tung gehören.

D

(Werner Dobritz SPD: Dazu zählt die ganze HafenCity nicht!)

Das, was wir hier machen, ist nicht regelmäßiger Gang der Verwaltung, sondern etwas ganz Außergewöhnliches.

Beim Überseequartier wird ein großes Quartier an einen Investor veräußert. Ein Grundstücksgeschäft dieser Di-mension kann nicht ohne die Bürgerschaft realisiert wer-den. Die Kommission für Bodenordnung ist nicht die Vor-prüfstelle für die Bürgerschaft, meine Damen und Herren. Deshalb gehört dieses gesamte Konstrukt auch in die Bürgerschaft, in die Ausschüsse. Dort ist transparent diskutiert worden. Sie hatten Gelegenheit, Ihre Anträge einzubringen. Wenn Sie sich darüber beschwerten, dass Debatten über die U 4 nicht stattgefunden haben, warum haben Sie die Debatte dann nicht geführt? Wir hindern Sie doch nicht, zu debattieren. Sie können den ganzen Tag debattieren und wenn Sie es unterlassen, haben Sie selber Schuld, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich an dieser Stelle auch für den heraus-ragenden Einsatz der Geschäftsführung der HafenCity GmbH bedanken, die buchstäblich monatelang Tag und Nacht an diesem Projekt gearbeitet hat. Die Mitarbeiter haben es nicht verdient, mit diesem Genörgel einer frust-rierten Opposition überzogen zu werden.

A (Beifall bei der CDU)

Wir haben hervorragendes Personal für unsere Zukunftsprojekte eingestellt. Wir arbeiten mit internationalen Investoren, die weltweit große Erfolge haben und Sie tun so, als hätten Sie es mit dummen, kleinen Kindern zu tun. Das ist peinlich für diese Stadt, meine Damen und Herren, wie Sie sich hier aufführen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Es ist jedenfalls, auch wenn Sie meinen, durch einen erhöhten Lärmpegel intelligente Opposition ersetzen zu können,

(Zurufe von der GAL)

ein bezeichnender Tatbestand, dass wir mit diesen renommierten Partnern, die international Projekte realisiert haben, ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Senator, wenn ich klinge, haben auch Sie einen Augenblick innezuhalten. Ich glaube, der Senator hat das Wort. Das mag nicht jedem gefallen, aber der Lärmpegel in diesem Haus ist unerträglich hoch.

(Beifall bei der CDU)

Senator Dr. Michael Freytag (fortfahrend): Ich sage Ihnen ganz ehrlich, man kann ja politisch unterschiedlicher Meinung sein

(*Uwe Grund SPD*: Das ist unerträglich, Herr Senator!)

B

und man kann auch über bestimmte Punkte streiten, aber bei solchen Zukunftsprojekten sollte man gemeinsam danach streben, dieses Projekt nach vorne zu bringen.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Vor allen Dingen ordentlich machen!)

Hierzu gehört, darüber nachzudenken, was renommierte, unabhängige Experten über die herausragende Entwicklung unserer HafenCity sagen. Man sollte nicht ständig einzig und allein damit beschäftigt sein, seinen Kopf zu schütteln, um ein Haar in die Suppe zu bekommen. Wenn man eine Glatze hat, fällt auch kein Haar hinein und deshalb, meine Damen und Herren, habe ich wenig Verständnis für Ihre Debatte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD*: Und so was ist Senator! – *Petra Brinkmann SPD*: Primitiv!)

Das Überseequartier ist ein Juwel für unsere Stadt. Wir werden dieses Juwel konsequent weiter nach vorne entwickeln, denn wir sind nicht angetreten, um die Opposition zufrieden zu stellen, sondern für die Zukunft der Menschen in unserer Stadt zu gestalten. Wir haben dieses Mandat, wir werden es beherzt wahrnehmen. Die HafenCity ist Zukunft für unsere Stadt. Sie sichert die Arbeitsplätze, sie sichert ein einzigartiges Modell von Arbeiten und Leben am Wasser. Ich bin froh, dass wir mit unseren Partnern daran arbeiten können.

(*Petra Brinkmann SPD*: Das haben Sie schon fünfmal erzählt!)

Wir werden dieses Projekt mit voller Kraft fortsetzen, denn es ist ein Stück Zukunft für unsere Stadt.

(Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD*: Ich habe selten so eine Dampfbacke gehört! – Unruhe im Hause – Glocke)

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es mag vielleicht nicht allen gefallen, aber der Lärmpegel in diesem Haus ist, auch wenn keiner offiziell redet, so groß, dass man – Gott sei Dank – nicht alle Zwischenrufe verstehen kann. Herr Kruse hat das Wort.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Sie hört immer wieder weg bei solchen Sachen! Das hat Sie genau gehört!)

Bernd Reinert CDU: Ich möchte gern, dass der Ältestenrat einberufen wird.

(Beifall bei der CDU)

Unterbrechung: 20.06 Uhr

Wiederbeginn: 20.15 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Ich weiß, dass Sie mit Spannung erwarten, dass die Sitzung weitergeht. Den Gefallen tun wir Ihnen. Bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein. Es würde zum schnelleren Fortgang der Sitzung beitragen, wenn das vielleicht etwas zügiger passiert. Nun bitte ich Herrn Kruse, das Wort zu nehmen. Ich hoffe, Sie haben den Anfang Ihrer Rede nicht vergessen.

D

Rüdiger Kruse CDU:* Frau Präsidentin, wir versuchen das mal.

(Beifall bei der CDU – Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Das gibt mir die Chance, doch noch einmal einen Appell an alle anwesenden Abgeordneten

(*Michael Neumann SPD*: Und Senatoren!)

zu richten: Lassen Sie uns bitte nicht so anfangen wie wir eben aufgehört haben.

Rüdiger Kruse (fortfahrend): Ich denke, die nächsten Minuten spricht hier kein Senator. Wenn von Ihnen einer spricht, ist die Entfernung zum Senator ganz, ganz groß. Insofern ist dieser Appell nicht nötig gewesen, Herr Neumann.

(*Michael Neumann SPD*: Willkommen auf dem Niveau von Freytag!)

– Vielen Dank für das Kompliment. Wenn wir beide ehrlich sind, nachdem Herr Zuckerer und Herr Freytag gesprochen haben, können wir jetzt eigentlich getrost abstimmen.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Wollen wir das machen, wenn Sie ja sagen und auch von Ihnen keiner mehr redet. Aber ich glaube, das wäre Ihnen zu schnell.

- A Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zu einem Problem, das Sie haben. Sie haben ein Problem mit dem Tempo. Wir müssen einfach einmal feststellen, dass diese Gesellschaft nicht mehr so ganz beschaulich ist. Es hat sich inzwischen selbst in Mecklenburg herumgesprochen, dass man nicht mehr 50 Jahre darauf warten kann, sich einer gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen, man muss es zügig tun. Auch hier ist es so, dass die Welt heute anders getaktet ist. Deswegen fordert die Welt nicht nur einen Senat, der einigermaßen zügig und schnell reagieren kann, sondern auch ein Parlament, das das nachvollziehen und begleiten kann.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben natürlich Recht, dass es bei allem Tempo in dieser Welt gewährleistet sein muss, dass wir als Parlament vernünftig, angemessen und ausführlich beraten können. Dieses hat stattgefunden. In dem Bericht des Haushaltsausschusses – ich gebe das einmal sinngemäß wieder – steht, dass die SPD-Fraktion eine Beratung in nichtöffentlicher Sitzung nicht für erforderlich hält, weil schon alles in den Ausschüssen Stadtentwicklung und Kultur beraten worden ist.

Eine Beratung in nichtöffentlicher Sitzung dient dazu, dass man diffizile oder auch vertrauliche Fragen stellen kann, Dinge, wo man aus der gemeinsamen Verantwortung für die Stadt sagt, das möchten wir gerne wissen, aber wir möchten es unter uns erörtern. Das haben Sie nicht für nötig gehalten. Insofern sollten Sie das, was Sie im Ausschuss gesagt haben, dann auch hier nicht konterkarieren und plötzlich eine neue Befassung fordern.

(Beifall bei der CDU)

- B Tempo ist ein schönes Stichwort, weil es uns auch zu der Frage führt, wie wir das Gebiet erschließen. Über die Frage, wie es erschlossen werden soll, ist im Senat, in der Fraktion kontrovers diskutiert worden. Es ist in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Es ist darauf hingewiesen worden. Sie hätten es ja einbringen können.

Natürlich gibt es Beispiele, wie man über die Einführung eines Verkehrssystems diskutieren kann. Aber nicht so, wie diese beiden Fraktionen jahrelang über das kleine Projekt Stadtbahn reden, bis man dann nicht mehr wiedergewählt wird. Wenn Sie damals auch nur halb so schnell zu Potte gekommen wären, würde durch Hamburg eine Stadtbahn fahren. Selber Schuld.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Schicksal, meine Damen und Herren von der SPD und der GAL, wollten wir nicht teilen. Wir wollten nicht eine weitere Regierung der verpassten Möglichkeiten an all die anderen Regierungen der verpassten Chancen anschließen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Darum, meine Damen und Herren, nehmen wir die Chancen wahr und es ist eben so: Chancen bleiben nicht lange stehen. Auch Investoren haben andere Möglichkeiten. Hamburg ist eine der attraktivsten. Damit kommen wir zu dem nächsten Wahrnehmungsproblem, das sie haben. Sie wissen gar nicht, was Hamburg ist. Sie wissen nicht, wie groß Hamburg ist. Sie kommen wirklich mit dem Ansatz und sagen, wenn ein einzelner Entwickler das Überseequartier macht, dann ist das ein Monopol. Nun reden wir nicht über das Überseequartier von Brunsbüttel.

(Gesine Dräger SPD: Nichts gegen Brunsbüttel!)

C

– Nichts gegen Brunsbüttel, aber Sie erkennen vielleicht an der Dimension, wie wichtig und toll das für Brunsbüttel war, 20 Arbeitsplätze aus dem Hamburger Hafen rauszulösen. Das war für uns nicht der Weltuntergang. Für Brunsbüttel war das eine tolle Sache.

Wenn das Überseequartier in dieser Größe in Brunsbüttel gebaut werden würde und ein solches Projekt in Brunsbüttel ginge nur an einen Investor, dann hätten Sie als örtliche Opposition – und da würden Sie eigentlich auch hingehören – in Brunsbüttel völlig Recht, wenn Sie sagen, das geht nicht, das ist ein Monopol in Brunsbüttel. Aber doch bitte nicht in Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Was soll denn daran ein Monopol sein, wenn Sie fußläufig in wenigen Minuten in die Europa-Passage gehen können? Da können Sie doch wirklich nicht sagen, das sei dann ein Monopol. Also ist das ein ganz, ganz schwaches Argument.

(Doris Mandel SPD: Brunsbüttel mit Hamburg zu vergleichen, steht einem Hamburger auch nicht zu! – Oh-Rufe bei der CDU)

– Ich habe mir doch nur die Mühe gemacht, Ihnen zu verdeutlichen, ab welcher Größenordnung Ihr Argument Monopol greifen würde. Wenn wir auch über Geld reden und uns zu Recht überlegen, was das alles bedeutet, wenn man eine Entscheidung hinauszögert, die sowieso klar ist, weil sie abgerundet ist. Sie hätten es gerne gesehen, dass wir die zweite Lesung erst in ein paar Monaten machen. Wenn wir das zwei Monate verschieben, ist das ein ganz klarer Zinsverlust von 250 000 Euro. Das mögen für Sie Peanuts sein in alter Gewohnheit.

D

(Dr. Willfried Maier GAL: Für Brunsbüttel ist das viel Geld!)

– Das ist auch für Hamburg viel Geld, Herr Maier, und vor allen Dingen für eine Stadt, die wirklich ein ehrgeiziges Programm hat, was die Stadtentwicklung angeht, aber die auch ein ehrgeiziges Programm hat, was den Haushalt angeht. Wir werden in 2006 den ausgeglichenen Betriebshaushalt haben und das nächste Ziel ist der ausgeglichene Gesamthaushalt. Danach müssen wir dann die Bürger darum bitten, uns noch einmal richtig viel Zeit zu geben, um die aufgehäuften Schulden aus der Vergangenheit abzuführen.

(Christian Maaß GAL: Die kriegt Ihr nicht!)

Aber das sind die Projekte. Die kriegen wir, weil wir den Mut haben, auch zu entscheiden und weil die Leute auch eine Entwicklung in der Stadt sehen wollen.

Jetzt kommen wir zu einem weiteren Punkt. Die Argumente, die vorgetragen worden sind, sind ja auch erwägenswert und auch erwogen worden. Sie haben zu Recht gesagt: Was da gebaut wird, ist auch ein Stück öffentlicher Raum. Diese Debatte haben wir im Stadtentwicklungsausschuss gehabt. Wenn Sie auch da wieder in den Bericht reinschauen – nicht jeder hatte ja das Vergnügen, dabei zu sein –, dann steht da ganz deutlich im Protokoll, dass die CDU-Fraktion gesagt hat: Alles, was als öffentlicher Raum empfunden wird, muss öffentlicher Raum sein, weil das das Prinzip der Städte seit Jahrtausenden ist. Das steht da genauso drin und die Antwort der Senatsvertreter war auch ausreichend.

A (Dr. Till Steffen GAL: Warum steht das nicht im Vertrag? – Claudius Lieven GAL: Das Protokoll ist nicht Vertragsbestandteil!)

– Ach, das wusste ich gar nicht. Aber das, was wir und der Senat dort sagen, weil beides CDU ist, ist dann der ausgedrückte Wille dieser Regierung und da haben Sie man gar keinen Zweifel.

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen uns dafür ein, dass Sie in wenigen Jahren in einem wunderschönen Quartier bei durchaus Ihrer Klientel, weil das ja auch die Leute sind, die da einkaufen gehen können, mit einem Info-Stand der GAL da stehen können und als Oppositionspartei für ein wirklich gutes Ergebnis wieder kämpfen können. Dementsprechend ist es für uns auch logisch und die Erklärung ist doch auch gegeben worden. Ich sage ja, dass das Bedenken, das Sie geäußert haben, nachvollziehbar ist, aber die Erklärung ist auch nachvollziehbar.

Bei diesem gesamten Gebiet wissen wir noch nicht, wo das einzelne Haus steht. Sie können aber eine saubere Trennung im Vorwege nur machen, wenn Sie, wie im Rest der Stadt, vorhandene Straßen haben, vorhandene Plätze haben. Die gibt es aber noch gar nicht. Das heißt, das Gesamte wird von einem Investor entwickelt. Danach besteht die Möglichkeit, dass wir sagen: Diese Flächen – und dann können wir sie auflisten –, diese Plätze, nachdem sie für uns entwickelt worden sind, die wir nicht bezahlen müssen, können wir rückübertragen lassen. Und genau das werden wir natürlich auch tun, weil dieser Senat öffentliche Plätze liebt, nicht nur den Rathausmarkt, nicht nur den Jungfernstieg. In jedem Stadtteil lieben wir öffentliche Plätze, weil wir diese Stadt an jeder Stelle lebenswert machen wollen. Darum drängen wir auf Tempo, darum sagen wir, wir machen diese Stadtentwicklung, weil es dieses Zeitfenster gibt. Das sich aufbauende Wirtschaftswachstum, das jetzt in Deutschland kommen wird, muss auch einen Platz finden und den soll es in Hamburg finden. Darum machen wir Tempo und darum werden wir das so durchziehen und das ist gut für die Stadt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

(Jörg Hamann CDU: Da gibt es doch nichts mehr zu sagen! – Gegenruf von der SPD: Das meinen Sie, Herr Hamann!)

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Arroganz, mit der die CDU-Fraktion und der Senat hier auftreten, ist einfach unerträglich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben Senator Freytag schon oft an dieser Stelle erlebt, aber so aufgeblasen und dreist wie heute, das haben Sie noch nie geschafft.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Harald Krüger CDU: Na, na, na! – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Quast, ich möchte Sie zumindest daran erinnern, dass es einen parlamentarischen Sprachgebrauch gibt. Einverstanden?

Jan Quast (fortfahrend): Ich frage mich nur, Herr Senator, ob Sie auf internationalen Tagungen auch so auftreten,

(André Trepoll CDU: Gott sei Dank reden Sie dann nicht!)

denn dann hat Hamburg wirklich keine Chance in der Stadtentwicklung und Vermarktung der Flächen, die wir hier haben.

Dass Sie mit Ihrem Auftreten vermeiden, berechnete Fragen, die von der Opposition gestellt werden, zu beantworten, spricht schon für sich, denn es sind ja nicht die internationalen Experten, die Sie immer anführen, die die Fragen zu beantworten haben, sondern es ist dieser Senat, der die Fragen der Hamburgischen Bürgerschaft zu beantworten hat, wenn es um ein Zukunftsprojekt dieser Stadt, um ein Herzstück der Stadtentwicklung der nächsten Jahrzehnte geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Dass die CDU-Fraktion sich so erregt in die Debatte einbringt, Herr Hesse und liebe Kollegen von der CDU-Fraktion und aus dem Haushalts- und Stadtentwicklungsausschuss, ich wäre dankbar gewesen, wenn Sie selbst sich im Ausschuss die Mühe gegeben hätten, ein paar Fragen zu stellen und sich zu beteiligen. Denn das Einzige, Herr Kruse, was Sie als CDU gemacht haben, war dieser bemerkenswerte Satz, öffentliche Plätze müssen öffentlich bleiben. Aber mehr ist von Ihnen nicht gekommen. Sie behaupten, Herr Finck, Sie diskutieren ein Stadtentwicklungsprojekt mit Zukunftscharakter für Hamburg. Nein, Sie haben es nicht getan. Sie halten hier Reden, die Ihnen irgend jemand aufgeschrieben hat, aber Sie kümmern sich nicht um die Belange der Menschen in dieser Stadt, die sich nämlich sorgen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Auch wir freuen uns darüber, dass immer mehr Investoren nach Hamburg kommen und hier Geld investieren, Arbeitsplätze und Wohnraum schaffen. Wir haben den Mut – Sie haben es eben so schön formuliert – zu Entscheidungen gehabt, denn nur deswegen, weil die SPD den Mut zu Entscheidungen hatte und die HafenCity angelegt hat, können Sie heute die ganzen Bänder durchschneiden, können Sie Einweihungen feiern und die Investoren nach Hamburg holen. Sie hatten damals nicht den Mut, Sie haben dagegen gestimmt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Unsere Freude hält sich aber immer dann in Grenzen, meine Damen und Herren, wenn wir zumindest die Sorge haben müssen – und das, weil Sie uns die Antworten verweigern, die wir von den Behörden haben wollen –, dass die Stadt sich einem Investorenkonsortium ausliefert. Dann ist unsere Freude doch sehr eingeschränkt.

(Beifall bei der SPD)

Wir sorgen uns, dass Sie das Gestaltungspotenzial der Stadt für das Herz der HafenCity aus der Hand geben und das Verhandlungsergebnis bestätigt unsere Sorge, denn die starke Position, die die Investoren gegenüber dem Senat haben, zeigt sich doch in den vielfältigen Garantien, die die Stadt in dem Vertrag geben muss.

Meine Damen und Herren! Die Details sind von meinen Vorrednern alle genannt worden. Es macht keinen Sinn, die alle zu wiederholen. Das führt auch nicht dazu, dass

- A Sie irgendwo bereit sind, etwas einzugestehen. Ich sage nur eines: Schaden für die HafenCity, für dieses Projekt, hat nicht die Opposition angerichtet. Das haben Sie, indem Sie verweigern, dass es eine vernünftige Beratung gibt, dass es vernünftige Auskünfte über die Gründe für die Entscheidung des Senats gibt, in der Kommission für Bodenordnung. Das war der erste Schaden, den Sie für dieses Projekt angerichtet haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven* GAL)

Deswegen, meine Damen und Herren, sind wir als verantwortungsvolle Parlamentarier gezwungen, das, was Sie ständig nicht machen, nämlich den Senat zu kontrollieren, über die Akteneinsicht zu machen. Wenn Sie etwas mehr Verständnis hätten, etwas mehr die Belange dieser Stadt sehen würden und nicht nur immer Ihre eigenen Belange, möglichst viele Projekte ganz, ganz schnell zu beschleunigen, dann würden Sie mit uns diese zweite Lesung nicht beschließen, sondern abwarten. Es muss ja nicht lange dauern, Herr Kruse, Sie erzählen doch Märchen. Das geht relativ schnell, die Antworten zu geben, die Akten einzusehen. Wenn Sie sich etwas mehr an den Interessen der Stadt orientieren würden, dann würden Sie auch heute nicht die zweite Lesung erzwingen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Maier.

- B **Dr. Willfried Maier** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Die HafenCity ist meiner Wahrnehmung nach bisher das einzige große Projekt der Stadt gewesen, das alle gewollt und vertreten haben. Es gab ein Zögern, als Voscherau damals mit dem Plan rauskam. Sie haben dagegen gestimmt. Deswegen brauchen Sie sich heute nicht unbedingt Asche übers Haar zu streuen, aber immerhin muss der eigene Stolz nicht so überwältigend sein, weil Sie da etwas geerbt haben, wogegen Sie waren.

Ich stelle aber fest, dass das, was heute hier passiert ist, diesem Projekt richtig schadet: Ich habe hier keinen Hamburger Senator stehen und für dieses Projekt werben gesehen. Ich habe hier einen CDU-Agitator stehen gesehen, einen ehemaligen Fraktionschef,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

einen Politiker, der nichts anderes im Sinn hatte, als die Opposition angesichts dieses Projektes bis aufs Äußerste zu reizen. Das war die einzige Absicht dieser Rede. Es sind relativ ruhige Reden gehalten worden, von Herrn Zuckerer, der einige Punkte ziemlich nüchtern vorgetragen hat und um Auskunft dazu gebeten hat. Es ist eine ebenso nüchterne Rede vom Kollegen Lieven gehalten worden. Dann stellt sich hier der Senator hin und suhlt sich in Bekundungen des öffentlichen Lobes, mit dem er auswärts überschüttet worden ist.

(Beifall bei *Jörg Hamann* CDU)

Er hat hier eine strikt wilhelminische Rede gehalten in dem Sinne:

(Beifall bei der GAL und der SPD)

"Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts in der Welt. Wir brauchen unseren Platz an der Sonne" und überall scheint sie, nur Ihr Blöden seht das nicht! Solch

eine Sorte Rede ist geeignet, die politischen Sitten in der Bürgerschaft rundum zu ruinieren. Wir leben von dem Grundsatz: Government by discussion. Das ist Demokratie. Dieser Senator macht Government per Gedröhn. Das ist das Problem.

(Beifall bei der GAL und bei *Luisa Fiedler* SPD)

Er hat zu den Punkten, die angesprochen worden sind, nur ein paar Worte zur U-Bahn verloren. Es ist immer gut, hat er gesagt, wenn man in solch einem ganz tollen neuen Stadtteil die Leute in die Röhre schickt. Das wollen sie alle. Ansonsten hat er aber zu dem Thema des öffentlichen Raumes, wozu eine Frage gestellt worden war, kein Wort gesagt. Oder haben Sie etwas gehört? Zu der Frage, warum die Vermietungsgarantie nötig war und welche andere Nutzung dann da reinrutschen muss und warum dann dort auch Vermietungsgarantien gegeben werden, kein Wort. Das wäre aber nötig gewesen, wenn man hätte debattieren wollen.

Zu der Frage des Planetariums und des Science-Centers kein Wort. Dann erklärt er aber noch, es sei alles wunderbar transparent zugegangen. Sie haben doch selbst blinde Kuh mit ihm gespielt. Er hat Ihnen die Augen verbunden, aber es war wunderbar transparent.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Und wenn dann noch solche Sprüche kommen: "Ihr Kopf ist eine Glatze". Herr Reinert, ich weiß nicht, wie Sie sich gefühlt haben.

(Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Ich finde, das geht so nicht. Dieses Projekt ist ein gemeinsames Projekt. Sowohl Herr Zuckerer als auch Herr Lieven haben bekundet, dass wir sogar ziemlich erfreut sind über die Art, in der da gebaut werden soll. Wir finden das Projekt ja

(Zurufe von der CDU: Gut!)

architektonisch gelungen, aber wir haben dazu einige Fragen. Und dann dieses Gedröhn. Das ist unangemessen. Holen Sie den Senator einmal auf den Prüfstand.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wankum.

Andreas Wankum CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(*Christian Maaß* GAL: Falsche Frisur!)

– Ein bisschen ist ja noch dran, oder? Nicht ganz so viel wie bei Ihnen.

Eigentlich ist es bei einem Projekt wie es hier ansteht, traurig, dass wir uns bei diesem Projekt so viel über das Thema Planetarium unterhalten, anstatt darüber, wie hervorragend es gelungen ist, die städtischen Interessen in wirtschaftlich so schwieriger Zeit mit einem solchen Vertrag, wie er hier zur Abstimmung ansteht, zu wahren.

(Beifall bei der CDU)

Als Winterhuder bin ich mir der Bedeutung des Planetariums, vor allen Dingen aber des Gebäudes des Planetariums sehr wohl bewusst. Ich bin mir auch bewusst, dass ich die Interessen der Menschen in dem Stadtteil, den ich vertrete, zu wahren habe. Aber als Hamburger Abgeord-

- A neter habe ich zuallererst die Interessen aller Hamburger zu wahren und nicht nur die Interessen eines Stadtteils. Ich habe auch nicht gegen den Stadtteil zu entscheiden, das ist richtig.

(Beifall bei der CDU)

Aber was die Anträge der SPD und der GAL von heute zum Planetarium anbelangt, so steht der Umzug oder der Verbleib des Planetariums im jetzigen Gebäude im Moment gar nicht an.

(*Bernd Reinert CDU*: Richtig!)

Was das Beste ist, darüber brauchen wir heute noch nicht zu diskutieren. Wir haben vollstes Vertrauen in die Kulturbehörde

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Kontrolle ist besser!)

und darein, dass der Beschluss, den wir konkret für das Science-Center im Jahre 2008 treffen werden, einer ist, der sowohl dem Science-Center als auch der Zukunft des Planetariums angemessen ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, dass die Umzugsfrage in alle Richtungen geprüft wird. Auf unsere Initiative hin – im Übrigen gegen Ihre Stimmen, meine Damen und Herren von den Grünen und von der SPD – wurde daher in die heute zur Abstimmung stehende Ausschussempfehlung des Haushaltsausschusses das Ersuchen aufgenommen, eine Entwicklung und Prüfung von Alternativen, die ohne Verlagerung des Planetariums realisiert werden können, zu veranlassen.

- B (*Dr. Willfried Maier GAL*: Dafür haben wir gestimmt!)

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, bereits zum jetzigen Zeitpunkt und ohne ernsthafte Prüfung der tatsächlichen Entwicklungsmöglichkeiten einen Verbleib am gegenwärtigen Standort zementieren zu wollen, zeugt in meinen Augen von mangelndem Verantwortungsbewusstsein für eine erfolgreiche Institution wie das Planetarium.

(Beifall bei der CDU)

Uns hier weismachen zu wollen, dass sich das Planetarium weiterentwickeln kann auf der Basis der Kooperation mit Schulen, mutet mir angesichts der örtlichen Kenntnisse wirklich mehr als abenteuerrich an. Wie wollen Sie das eigentlich zwischen den Schulen und dem Planetarium machen: Mit einem Shuttleservice?

(*Wilfried Buss SPD*: Wie wollt Ihr das denn machen?)

Ich denke, wir haben im Laufe der Jahre bei vielen Institutionen gelernt, dass im Gegenteil eine räumliche Konzentration für eine effektive und attraktive Arbeit notwendig ist. Die Aktivitäten des Planetariums nur um des Standortes willen auf mehrere Veranstaltungsstandorte zu verteilen, hieße, den gegenwärtigen Erfolg des Planetariums zu erdrosseln und es wieder zur Provinzialität verkommen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ein solcher Vorschlag kann nur von Politikern kommen, die das Planetarium in erster Linie dafür benötigen, um in den Sternen nach ihrer politischen Zukunft zu forschen.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe bei der SPD)

C

Wenn Sie einmal in das Gebäude des Planetariums gehen würden und das ohne die Hilfe der dort eingebauten Technik machen würden, meine Damen und Herren, dann würden Sie sie sehen, sie ist nämlich schwarz.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nicht sagen, dass eine erfolgreiche Entwicklung des Planetariums an seinem gegenwärtigen Standort nicht möglich wäre. Wir müssen uns aber darüber im Klaren sein, welche Investitionen dafür notwendig sind, wie viel Geld wir in die Hand nehmen müssen und dass das rotgrüne Bezirksamt dazu seine ablehnende Haltung gegenüber diesem Projekt aufgeben müsste.

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Die gibt es doch gar nicht! Lesen Sie mal die Schriftliche Kleine Anfrage!)

– Selbstverständlich gibt es die und Sie wissen das. Die gibt es im Bezirk Nord nicht nur in diesem Fall. Die rotgrüne Verhinderungsbehörde in Hamburg-Nord verhindert nicht nur dieses Projekt. Ich bin Ihnen dankbar dafür, Herr Rosenfeldt, dass Sie es uns ermöglichen, das an diesem Projekt zu zeigen, sodass es im Bezirk Nord bei der nächsten Wahl endlich dazu kommen wird, dass nach 50 Jahren auch Hamburg-Nord vernünftig regiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der GAL! Es wäre auch für Sie hilfreich, bevor Sie solche Anträge formulieren, sich mit den Fakten vertraut zu machen. Ihre Behauptung, der angeblichen Behinderung durch das Bezirksamt Hamburg-Nord stehe der jüngst erfolgte denkmalgerechte Umbau und Ausbau des Planetariums entgegen, täuscht doch über die Tatsache hinweg, dass dieser Um- und Ausbau im Zustimmungs- und nicht im Genehmigungsverfahren durchgeführt würde, sodass – sehr zum Ärger Ihrer beiden Parteien, Ihrer örtlichen Parteifreunde – der Bezirk Hamburg-Nord damit sehr wenig zu tun hatte.

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Genau deshalb!)

Wahrscheinlich wäre nämlich diese Maßnahme sonst verhindert worden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der GAL)

Auch Ihre Ausführungen zur Auslastung des Planetariums zeugt von sehr wenig Sachkunde, ist doch das Planetarium in den Spitzenzeiten immer mehr als ausgebucht und in den Zeiten, in denen es halt nicht geht, da geht es nicht. 75 Prozent bei solch einem Planetarium ist wie 100 Prozent.

(Zurufe von der SPD)

Was mich wirklich wundert, ist, dass Sie auf die Idee kommen, ins Science-Center ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Ich würde doch gerne an die Debatte von vorhin erinnern. Es wäre vielleicht doch ganz hilfreich, wenn wir dem Redner zuhören würden.

Andreas Wankum (fortfahrend): Dass von Ihnen, meine Damen und Herren von der GAL, angeregt wird, im

D

- A Science-Center ein Privattheater und ein Musical, eine Disney World zu schaffen, hat mich tatsächlich verwundert, als ich das gelesen habe. Hier wird endgültig die Verzweiflung offensichtlich, mit der Sie derzeit politisch nach jedem Strohalm greifen.

(Beifall bei der CDU)

Bevor Sie dieses tun, hätte sich so manch einer von Ihnen schon einmal vor dem 13. September mit dem Planetarium beschäftigen und es besuchen sollen. Dann hätten Sie sich selber ein Bild von der erfolgreichen Arbeit dort machen können und auch Gespräche führen können.

(Doris Mandel SPD: Und deshalb muss es dableiben!)

Meine Damen und Herren! Wir werden dieses Thema ergebnisoffen angehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort erhält Herr Dobritz.

(Jörg Hamann CDU: Jetzt kommt Sachlichkeit!)

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn Herr Dr. Maier nicht vor mir geredet hätte, hätte ich mir sicherlich jetzt einen Ordnungsruf eingehandelt. Insofern haben Sie mich wieder runtergekriegt. Ich danke.

(Bernd Reinert CDU: Geben Sie die Hoffnung nicht auf! Sie kriegen auch so einen!)

- B Ein Hinweis an die anwesenden Investoren: Wir entschuldigen uns für diesen Senator.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Es gibt zwei wesentliche Punkte, die ich benennen will. Ich möchte auf einen Punkt eingehen, weil mir der sehr am Herzen liegt. Das ist eine so genannte Hamburgensie. Wir haben zwei davon. Wir besitzen in Hamburg zwei Institutionen, die die Bürgerschaft durch Gesetz geschaffen hat, in der sie komplizierte Sachverhalte jenseits der notwendigen politischen Grundsatzdiskussion beraten lässt. Das hat den Sinn, dass man in die Sache sehr qualifiziert auch im Detail einsteigen kann und dass die privaten Interessen der Investoren geschützt werden, weil in diesen Gremien offener zur Sache diskutiert wird und komplizierte Unterlagen umfassender vorgelegt werden. Das ist die Kreditkommission, der ich weit über 20 Jahre angehöre und es ist die Kommission für Bodenordnung.

In dieser Kommission für Bodenordnung gehen im Prinzip alle Grundstücksgeschäfte, die die Freie und Hansestadt Hamburg macht, durch. Es ist bisher immer so gewesen, dass die Bürgerschaft in relevanten Angelegenheiten mit einer Unterrichtsgrundsatzdrucksache befasst wurde, um ihre grundsätzliche politische Stellungnahme abzugeben, dass es aber der Kommission vorbehalten ist, in die Details zu gehen. Ich weiß, die Verfassungslage ist eindeutig, das muss der Senat nicht, er hat es aber bisher tunlichst immer getan und das aus gutem Grund. Hamburg ist die Metropole in der Bundesrepublik Deutschland, die im Hinblick auf Grundstücksgeschäfte noch keinen einzigen Grundstücksskandal öffentlich hatte,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL – Doris Mandel SPD: Aber der kommt noch!)

C

ein sehr wichtiger Grund, weil für sie 44 Jahre lang die Opposition immer mit einbezogen war, weil sie nämlich Bestandteil dieser Kommission ist. Deshalb habe ich frühzeitig darauf hingewiesen, dass ich es für sehr angemessen halte, dieses Projekt im Hinblick auf die Bedeutung und die Komplexität dieser Verträge doch bitte in diese Kommission zu bringen. Diese Kommission arbeitet im Übrigen sehr zügig, Herr Kruse, und braucht nie länger als zwei umfassende Sitzungen. In der Regel können die auch in einer Woche stattfinden. Das heißt, an dieser Kommission hat es noch nie gelegen, dass ein Sachverhalt liegengeblieben ist.

Obwohl ich diesen Hinweis gemacht habe, ist man den anderen Weg gegangen. Man hat eine Unterrichtsdrucksache gemacht, fordert eine Zustimmung zu einem gigantischen Bauvorhaben mit horrenden materiellen Auswirkungen für die Stadt und lässt sich durch dieses Parlament im Prinzip nur die Eckpunkte absegnen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: In meiner zwanzigjährigen Zugehörigkeit zu diesem Parlament habe ich einen vergleichbaren Vorgang noch nicht erleben dürfen. Wenn Sie nicht begreifen, dass dahinter auch das Risiko und die Gefahr steckt, dass in Zukunft Grundstücksgeschäfte in dieser Stadt auch vonseiten der Opposition einer anderen Betrachtung unterzogen werden müssen, weil sie sich nicht mehr in der Lage sieht, die Kontrolle durchzuführen und sich daraus dann auch skandalträchtige oder ähnliche Debatten von alleine entwickeln müssen, dann tragen Sie, weil Sie diesem Senat die Notwendigkeit dieses Handelns, nicht richtig beigebracht haben, die Schuld für solche öffentlichen Debatten, über die sich übrigens dann Investoren sehr enttäuscht zeigen werden. Das muss ich Ihnen sagen. Das ist ein grundsätzlicher Fehler, den Sie hier begangen haben, und Sie hätten ihn korrigieren können.

D

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe mehrfach im Stadtentwicklungsausschuss auf die Kommission für Bodenordnung hingewiesen, die übrigens einen verbeamteten Vorsitzenden hat, jemand aus der Finanzbehörde, der dieses Gremium jederzeit ohne politische Taktiererei einberufen kann. Sie haben es schlicht und ergreifend nicht getan. Sie tragen für dieses Handeln und für die Folgen, die sich daraus ergeben, selbst die Verantwortung.

Zweitens muss ich ganz ehrlich sagen, dass ich mir notgedrungen die Verträge habe anschauen müssen. Herr Finck, der genau im Protokoll nachgelesen hat, wer da war und wie lange, hat mir anschließend konzidiert, dass ich mit Herrn Zuckerer zu denen gehöre, die ziemlich lange da waren. Insofern kann ich mich dazu auch äußern. Es ist eine Schwierigkeit, wenn Sie Verträge dieser Kompliziertheit per Akten durchlesen müssen. Selbst dann, wenn Sie nicht Jurist sind, erkennen Sie nicht die Abwägungsprozesse, die dahinter stecken. Eines habe ich gelernt: Eigentlich wollte dieser Senat der Bürgerschaft zwei Investoren zur Auswahl vorstellen. Das war sehr mutig. Das wäre übrigens auch sehr gut gewesen. Einer dieser Investoren – das steht sogar noch in den Verträgen – ist im September abgesprungen. Ein Geschäftsführer dieses Investors sitzt, glaube ich, nach meiner Kenntnislage bei Ihnen hier in der Fraktion. Ich hätte es übrigens für besser gehalten, er hätte sich zu

- A diesem Tagesordnungspunkt für befangen erklärt. Das muss ich Ihnen einmal sagen, Herr Dr. Mattner.

(Beifall bei der SPD – *Doris Mandel SPD*: So ist es!)

Ich weise nur auf Dinge hin und beides, Herr Reinert, hat einen Zusammenhang. Mein erster Kritikpunkt und mein zweiter.

(*Bernd Reinert CDU*: Das ist abenteuerlich!)

– Ja, das ist so. Der Hinweis ist gestattet.

(*Bernd Reinert CDU*: Der Hinweis ist gestattet, aber liegt völlig daneben, Herr Dobritz!)

– Ich weiß doch, wer der Zweite war, der bis Anfang September mit im Rennen war.

Nun eine Bewertung zum Grundsätzlichen – das habe ich im Stadtentwicklungsausschuss schon gesagt und Herr Zuckerer hat es angedeutet –: Die Vergleichbarkeit von privatem Investment und öffentlichem Investment. Ich sage Ihnen, so fulminant, wie das der Senator hier dargestellt hat, liest sich das in der Tat nicht. Was haben wir? Wir haben mit 255 Millionen Euro U-Bahninvestitionen, egal, wie viel aus Berlin oder wie viel aus Hamburg, eine U-Bahnbindung mit dem schlechtesten Kosten-Nutzen-Wert in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949. Das ist so. Wir bieten einem Investor zehn Jahre lang die Garantie, fast 50 Prozent seiner Büroflächen abzunehmen zu einer Kaltmiete von 15 Euro. Herr Zuckerer hat gesagt, das sind 80 Millionen Euro, ich komme auf 90 Millionen Euro. Das ist auch egal. Es ist jedenfalls eine Garantie, die darin besteht, dass die Stadt garantiert von einer Seite der Landungsbrücken auf die andere Seite zieht, um das Investment tragfähig zu machen. Wir bieten jemandem 42 Millionen Euro Investitionszuschuss für den Kulturbau, das heißt, fast ein risikoloses Vorhaben. Daran soll übrigens der andere Investor ein Stück mit gescheitert sein, weil er für diesen Kulturbau keine Verantwortung übernehmen wollte.

B

Wir garantieren diesem Investor, wenn das Planetarium nach Herrn Wankum dort hinkommt, per Erbbaurechtsvertrag und nicht per Zuwendungsbescheid auf Dauer unbefristet 661 000 Euro Zuschuss jedes Jahr. Es gibt keinen Zuwendungsempfänger in der ganzen Freien und Hansestadt Hamburg, der über einen Erbbaurechtsvertrag eine garantierte Zuwendung von 661 000 Euro hat. Nur hier. Sie müssen das einmal den Zuwendungsempfängern im Kultur-, Sozial- oder Jugendbereich erläutern. Die schütteln dort mit dem Kopf, aber hier ist es möglich.

Wenn ich das alles den 800 Millionen Euro gegenüberstelle, dann sind die 800 Millionen Euro viel, aber ich muss Ihnen unterm Strich sagen: Es stellt sich nicht so risikobehaftet dar. Insofern ist es ein vernünftiges Anliegen, wenn die Opposition schlicht und ergreifend zu Ihnen sagt, wenn Sie bei diesem Investment, mit diesen Fragen und Hinweisen – die Drucksache ist vor noch nicht einmal zwei Monaten ins Parlament gekommen – ein solches Projekt mit so vielen abgeforderten Zustimmungen durch das Parlament nur zu Eckpunkten innerhalb von sechs bis sieben Wochen durch dieses Parlament haben wollen und die erste und zweite Lesung noch innerhalb von 48 Stunden, dass sie nicht zustimmen kann und darf. Meine Damen und Herren von der CDU, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Sie haben Recht, wenn Sie häufig bemängeln, dass wir, wenn wir absolute Mehr-

heiten hatten, mit Ihnen nicht immer so umgegangen sind, wie man das machen sollte, aber hier zeigen Sie ein Verhalten, das inakzeptabel ist. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, es ärgert mich, aber es sollte auch Sie ärgern.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein paar Anmerkungen. Zunächst einmal zu allen Wortbeiträgen der CDU-Fraktion inklusive der des Herrn Senators. Das Thema war verfehlt. Sie haben wirklich nicht begriffen, nicht das Diskursniveau erreicht, auf dem wir uns hier auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Rolf Harlinghausen CDU*: Wie kann man so viel dümmliche Arroganz zeigen!)

Wir stellen nicht die HafenCity infrage, wir stellen auch nicht das Überseequartier als Entwicklungsprojekt an sich infrage, aber wir stellen sehr wesentliche fiskalische und stadtentwicklungspolitische Fragen infrage. Das einzige Argument, das so etwas war wie ein Argument, kam von Herrn Kruse, der sagte, es ist aber so unheimlich eilig und es ist ein großes Projekt und Hamburg befindet sich in Konkurrenz mit anderen Metropolen auf dieser Welt, die natürlich auch nach Investments trachten. Das ist völlig richtig. Das ist auch nicht von der Hand zu weisen. Aber Hamburg – und das ist gesagt worden – hat eine gute Tradition des Umgang mit großen Projekten und der Transparenz mit solchen Investitionsvorhaben

D

(*Dr. Diethelm Stehr CDU*: A 26!)

und die hat diese Stadt davor bewahrt, in größere Skandale hineinzukommen oder größere konzeptionelle Fehler zu machen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ein Beispiel ist unsere Nachbarstadt Bremen. Da braucht man nicht weit zu schauen, um sich den Space Park und dieses Space Park-Desaster anzuschauen, was dort von einer breiten politischen Mehrheit, ich glaube, wesentlich unter Führung von Herrn Perschau mit initiiert worden ist. Da zeigt sich, wie ein großer Fehler aussehen kann. Das wollen wir für Hamburg vermeiden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Man kann das eine tun, gründlich sein, und das andere nicht lassen, nämlich schnell sein. Das ist durchaus möglich. Aber der Senat hat es vorgezogen, es nicht so zu machen, jedenfalls nicht in der Arbeit mit dem Parlament. Es ist gesagt worden, dass die Drucksache am 26. Oktober hier reingekommen ist. Jetzt haben wir den 7. Dezember, das sind sechs Wochen. Das ist eine enorm kurze Zeit und es gab kein transparentes Verfahren, in dem die Fragen geklärt werden konnten. Im Zweifelsfalle, meine ich, dass das 250 000 Euro Zinsverlust Wert sein sollte. Wenn dort Finanzierungsverträge existieren, die vorsehen, dass eine Bank 276 Millionen Euro bis zum 31. Dezember 2005 zu bestimmten Zinssätzen anbietet, dann ist das eine Logik in diesem Verfahren. Man kann das offensichtlich verlängern. Wir meinen, dass diese Zeit notwendig ist und dann müssen im Zweifelsfalle auch

- A diese Zinsverluste in Kauf genommen werden. Das können Sie auch und das macht deutlich, wie viel Ihnen ein gutes, ein sauberes Verfahren in einem so großen Projekt Wert ist, nämlich offensichtlich nicht mehr als 250 000 Euro.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Noch zwei Sätze zu Herrn Kruse. Ihr Einwurf im Ausschuss, alle öffentlich wahrgenommenen Flächen müssen öffentlich sein, der steht im Protokoll, das ist wahr. Dieses Protokoll ist aber nicht bindend, was die Verträge angeht. Da sind die Abreden über die Dienstbarkeiten für die Flächen bindend und die sagen aus, was ich vorhin hier ausgeführt habe. Wie der Senat mit den Wünschen von Ihnen und der CDU-Fraktion umgeht, das haben wir schon in verschiedenen Fällen gesehen. Da vertraue ich Ihrer Absicht und Ihrem guten Willen leider nicht, dass es Realität wird.

Was Herrn Wankum angeht, 75 Prozent gleich 100 Prozent, das ist vielleicht eine kaufmännisch kreative Rechnung. Aber was das Thema Theater angeht, wenn Sie die Verträge genau lesen, dann sehen Sie, dass das Theater da erwähnt ist, dass es Bezüge gibt, dass dort Öffnungsklauseln für spätere Integrationen et cetera drin sind. Das wollen wir gerne wissen. Das ist ein wesentlicher Punkt für die Rentabilität dieses Gesamtprojektes und er könnte die Aussicht eröffnen, dass man ohne das Planetarium auskommt und deswegen wollen wir das vorgelegt bekommen. Wir werden das, denke ich, dann auch durch die Akteneinsicht bekommen.

- B Ein Letztes: Das Gedröhne, die Worthülsen und dieses Gebaren wie ein aufgeblasenes Rumpelstilzchen des Senators, das war wirklich unerträglich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zurufe von der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich anders anfangen, aber Herr Lieven gibt mir Gelegenheit, ihm zuzustimmen, denn er hat festgestellt, dass Senat und Regierungsfraktion das Niveau der Opposition nicht erreicht haben. Da haben Sie Recht, da stimme ich Ihnen zu.

(Beifall bei der CDU)

Ich fand die Einlassung von Herrn Maier rhetorisch intelligent.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Oberlehrer!)

Das ist natürlich schon eine geistige Herausforderung. Herr Maier, Sie haben beklagt, dass die Debatte gewisse härtere Formulierungen hatte, aber ich bitte auch um Verständnis. Uns ist hier aus Ihrer Fraktion vorgeworfen worden, wir hätten das Parlament getäuscht. Das ist ziemlich die schlimmste Behauptung, die Sie einer Regierung gegenüber erheben können. Dann müssen Sie sich aber auch nicht wundern, wenn wir mit klarer Sprache antworten, wenn Sie das Zündeln hier anfangen, meine Damen und Herren. Tun Sie nicht so, als wären wir ein Mädchenpensionat. Klare Ansagen sind nötig und damit müssen Sie auch leben. Wir sind hier im Parlament und nicht in der Schule.

(Beifall bei der CDU – *Christiane Blömeke GAL:* C
Beweisen Sie sachlich das Gegenteil!)

Ich finde es nicht in Ordnung, wenn hier versucht wird, den Eindruck zu erwecken, es sei alles nur oberflächlich diskutiert worden. Wir haben alle diese Facetten stundenlang im Stadtentwicklungsausschuss, im Haushaltsausschuss, im Kulturausschuss miteinander debattiert. Sie haben umfänglich Auskunft erhalten, Sie haben unsere Argumente gehört. Sie mögen sie nicht teilen, es mag ja sein, dass Sie damit nicht zufrieden sind.

Das ist doch aber nicht unser, sondern Ihr Problem. Wir haben Ihnen umfangreich Auskunft gegeben und Sie haben Akteneinsicht erhalten. Alles, was wir verhandelt haben, konnten Sie einsehen. Daher ist der Vorwurf, hier sei irgendetwas nicht diskutiert worden oder sei intransparent, schlichtweg falsch.

Ich finde es gut und wichtig, dass wir möglichst viel miteinander diskutieren, um die Dinge voranzubringen. Ich unterstreiche auch ausdrücklich, dass privates Engagement nichts Beängstigendes hat. Die hier im Parlament teilweise mit Privatinvestitionen verbundenen Phobien kann ich nicht verstehen. Macht es denn der Staat besser? Der Staat ist am Ende seiner Möglichkeiten, wenn wir nicht intelligentes Public-private-partnership betreiben.

Auch die vermietungsseitige Einbindung von Behörden ist völlig in Ordnung. Das war Ihre Frage, Herr Maier. Unter bestimmten Konstellationen sollten auch Behörden bei den Investoren anmieten können, um eine Anschubfinanzierung zu ermöglichen.

(*Gesine Dräger SPD:* Wenn sie Bedarfe haben!)

Wir haben nicht gesagt, dass wir ganze Gebäude anmieten wollen, sondern wir werden in bestimmten Quadratmeterzahlen anmieten, um insgesamt das Projekt voranzubringen.

(*Werner Dobritz SPD:* 50 Prozent!)

– Das wäre auch in Ordnung, wenn sich das am Ende zugunsten des gesamten Projekts auswirkt. Wir haben uns an Flächen orientiert, die das gesamte Quartier voranbringen sollen. Das sind keine 1A-Flächen.

Überall in Deutschland und auch international können wir feststellen, dass auch Behörden Bestandteile von neuen Zukunftsprojekten sind. Das ist überhaupt nicht ungewöhnlich.

In der Drucksache 18/3054 auf Seite 4 ist sehr detailliert aufgeführt, unter welchen Konstellationen und mit welchen unterschiedlichen Voraussetzungen welche Größenordnung jeweils als Option gezogen werden kann. Das ist sehr transparent dargelegt worden. Wir haben hierüber sehr intensiv diskutiert. Es mag sein, dass Ihnen das nicht passt, aber Sie können doch deshalb nicht behaupten, dass dadurch das gesamte Konzept verdächtig sei.

(*Doris Mandel SPD:* Aber es ist zum Schaden der Stadt!)

Sie haben doch auch im Ausschuss in vielen Stunden mit professionellen Fachleuten diskutiert, die bewiesen haben, dass sie ihre Projekte auch umsetzen können. Ganz ehrlich, wenn Sie dem Senat schon nicht trauen, dann sollten Sie zumindest auf diejenigen Rücksicht nehmen, die bei realisierten Projekten

A (Doris Mandel SPD: Denen man Geschenke macht!)

bewiesen haben, dass sie ihr Geschäft verstehen. Die Alternative ist doch, dass wir sonst gar nichts unternehmen, um Zukunftsvorhaben voranzubringen.

Die Idee zu einer HafenCity zu haben, ist prima und begrüßenswert. Aber es ist viel schwieriger, eine Idee auch umzusetzen. Die Schwierigkeit besteht darin, ein Vertragswerk für viele Jahre auf- und umzusetzen, was die Risikopositionen der Stadt und der privaten Seite in eine Balance bringt. Wir sind davon überzeugt, dass durch die intensiven Verhandlungen mit den Investoren gerade diese Risikopositionen in eine sehr gute Balance gebracht worden sind.

Die einzelnen Eckdaten sind aufgezählt, was beispielsweise passiert, wenn eine U-Bahn-Anbindung, aus welchen Gründen auch immer, nicht kommt, und was das für die Stadt bedeutet. Das ist in Summen und mit den entsprechenden Konditionen in der Drucksache 18/3054 aufgeführt worden. Alles ist offen gelegt worden. Sie haben Antworten auf Ihre Fragen erhalten. Wenn Sie mit den Antworten nicht zufrieden sind, ist das nicht das Problem des Projektes, sondern das Problem der Opposition.

(Antje Möller GAL: Des Senats! – Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Neumann.

B (Frank-Thorsten Schira CDU: Jetzt gibt es einen hanseatischen Beitrag!)

Michael Neumann SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Jetzt haben Sie zweimal hier am Rednerpult mit Ihren Einlassungen versucht, uns weiterzuführen. Aber im Ergebnis muss man feststellen, dass Sie wiederum keine der mehrfach gestellten Fragen hier am Rednerpult vor der Bürgerschaft beantwortet haben.

Sie haben nicht beantwortet, wieso wir in einem solchen Maße das Filetstück unserer HafenCity einem Investor übertragen und warum wir wesentlich mehr Geld investieren beziehungsweise ausgeben müssen.

Ich habe am Montag mit einem der Investoren, die sich auch beworben haben, ein längeres Gespräch geführt. Es war sehr interessant, was dieser Investor insbesondere zum Thema U-Bahn ausgesagt hat, denn das ist ein greifbarer Punkt. Der Bürgermeister und auch Sie haben diesem Parlament mehrfach ausgeführt, dass die Investoren eine U-Bahn fordern würden. Das ist schlichtweg falsch.

(Jörg Hamann CDU: Nennen Sie doch Namen!)

Das sind die Investoren, die sich beworben haben und mit im Ausschreibungsverfahren waren, aber von Ihnen abgelehnt wurden. Die wollen keine U-Bahn haben. Der Bau dieser U-Bahn ist das alleinige Wunschkonzept des Senats, aber nicht aller Investoren, mit denen Sie verhandelt haben.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das behaupten nur Sie! – Beifall bei der SPD)

C Daher verstehe ich auch gar nicht Ihre Aufgeregtheit. Wenn Sie so sauber und transparent alles das getan haben, dann gehe ich auch davon aus, dass Sie dem Akteneinsichtersuchen natürlich zustimmen werden, weil wir dann nach dieser Akteneinsicht wunderbar erfahren haben, dass alles so super, transparent und wörtlich gewesen ist, wie der Herr Senator und der Herr Bürgermeister das vor dem Parlament und in den Ausschüssen immer wieder erklärt haben.

(Jörg Hamann CDU: So ist es! Richtig!)

Ich habe sehr große Zweifel, ob die Akteneinsicht in diesem Zusammenhang allein ausreichen wird, die Wahrheit, was diesen Grundstücksdeal betrifft, wirklich ans Licht zu bringen. Aber das wird sich ergeben und dann werden wir in diesem Parlament schlichtweg weiter schauen, was dahinter steckt.

Wir sind der Meinung, auch nach den Einlassungen, die Sie hier vorn getätigt haben, Herr Freytag, dass es mit diesem Projekt bei weitem nicht so koscher ist, wie Sie versuchen, hier den Eindruck zu erwecken. Es muss schon einen Hintergrund haben, dass Sie versuchen, innerhalb von sechs Wochen dieses Projekt durch das Parlament zu peitschen. Zu guter Letzt ist es auch eine Frage des Demokratieverständnisses der CDU-Fraktion.

Wir haben vorhin bei der Debatte, als Herr Heinemann von der Notwendigkeit oder Nicht-Notwendigkeit einer Enquete-Kommission gesprochen hat, schon festgestellt, dass Sie eigentlich der Auffassung sind, sich als Fraktion darauf zu reduzieren, in Treue fest das zu exekutieren und dem zuzustimmen, was der Senat vorher in der Öffentlichkeit mitgeteilt hat.

D Das ist aber nicht das Verständnis des Parlaments dieser Bürgerschaft, wie es in der Verfassung steht und auch in Hamburg eine lange Tradition gewesen ist. Es ist bemerkenswert...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Das einzig Bemerkenswerte zurzeit ist, dass es zu laut ist. Das Wort hat Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU)

Michael Neumann (fortfahrend): Dann will ich jetzt noch etwas Bemerkenswertes sagen.

Es war dieser Senator, der als Fraktionsvorsitzender hier einmal versuchte, in dem Duktus den er jetzt immer noch drauf hat, dem Parlament zu sagen, ich zitiere:

"Jetzt fängt Demokratie in Hamburg an! Das Abnicken schlichter Senatsvorlagen durch die Mehrheit hat ein Ende! Die Fertiggerichte des Senates werden nicht mehr von der Bürgerschaftsmehrheit geschluckt!"

Das waren alles wörtliche Zitate von vor vier Jahren, die Sie hier gehalten haben. Das Ergebnis nach vier Jahren ist nur, dass Sie sich selbst entmannen, dass Sie sich selbst Ihrer parlamentarischen Rechte entbinden und dass Sie sich wirklich nicht zu schade sind, hier wirklich alles, aber auch alles, was dieser Senat vorlegt, zu schlucken

(Dietrich Rusche CDU: Überlegen Sie doch mal, was Sie sagen!)

- A sowie unkritisch nachzuvollziehen, keine Fragen zu stellen. Sie können das doch wunderbar in den Protokollen nachlesen. Wo waren Ihre Hinweise? Wo waren Ihre Nachfragen? Wo waren Ihre Vorstellungen?

(*Dietrich Rusche CDU*: Erst Gedanken machen und dann reden!)

Sie haben sich als CDU-Fraktion in eine Situation gebracht, dass Sie kein aktives Parlament mehr sind. Sie sollten bei Ihrem Ziel, einen ausgeglichenen Betriebshaushalt zu erreichen, auch darüber nachdenken, womit Sie eigentlich in diesem Parlament noch Ihre Diäten verdienen. Sicherlich nicht mehr mit parlamentarischer Arbeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kolleginnen- und Kollegenbeschimpfung ist nicht meine Sache.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD*: Das macht der Senator!)

Wir halten ansonsten einfach mal fest, Herr Neumann, dass über Ihren Antrag Aktenvorlage überhaupt nicht abgestimmt werden wird. Das ist ein Minderheitenrecht und ist damit zustande gekommen. Interessant fand ich natürlich den Satz, der Ihnen hier so herausgerutscht ist: Mal sehen, was wir dann hinterher machen. Hier wird sozusagen der nächste PUA gedanklich vorbereitet

- B (Zurufe von der SPD und der GAL)

und damit, Herr Neumann, ist auch klar – und das ist ein Punkt, auf den Rüdiger Kruse hier sehr präzise hingewiesen hat –, weshalb Sie auf einmal im Haushaltsausschuss gesagt haben: Nein, an nicht öffentlicher Beratung haben wir gar kein Interesse. Dort wäre es um die Details gegangen. Sie ziehen es vor, dass hier eine Debatte mit Halbwahrheiten geführt wird. Und Halbwahrheit ist vielleicht schon die beste Interpretation, die ich dem verleihen kann. Auf diese Art und Weise wollen Sie hier etwas inszenieren. Wir wollen, nachdem die Sache wirklich in drei Ausschüssen beraten worden ist, endlich zum politischen Handeln übergehen.

(*Barbara Ahrons CDU*: Genau!)

Wir wollen nicht die Zwanzig-Jahre-Spannen von Eugen Wagner haben, wie bei der Hafenquerspange oder der Ortsumgehung Finkenwerder.

(*Michael Neumann SPD*: Der war auch 18 Jahre im Senat!)

– In der SPD Hamburg-Mitte hat Eugen Wagner auch deutlich länger etwas zu sagen gehabt.

Herr Neumann, wenn Sie sich mit jemandem unterhalten, der aus einem Wettbewerb ausgeschieden ist, wird derjenige immer behaupten: Ich bin so weiß und so unschuldig wie der frisch gefallene Schnee. Das sind alles nur die bösen anderen und an mir hat es nicht gelegen.

(*Michael Neumann SPD*: Nein, nein. Hat er ausdrücklich nicht gemacht!)

Wie naiv sind Sie?

(Beifall bei der CDU)

C

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Zuckerer.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Ob das jetzt noch auseinanderreißen ist?)

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren! Ich äußere mich jetzt zur öffentlichen und zur nicht öffentlichen Sitzung. Herr Dobritz, andere und ich haben diese Akten eingesehen. Wir haben hierfür unterschrieben. Wir haben Vertraulichkeit zugesichert. In diesen Akten sind im Übrigen Bestandteile enthalten, bei denen der Senat mit den Investoren ausdrücklich Vertraulichkeit vereinbart hat.

Das Ergebnis der Beratungen war, dass die Vertreter des Senats im Kulturausschuss, Stadtentwicklungsausschuss und im Haushaltsausschuss alle diese vertraulichen Momente in öffentlicher Sitzung dargestellt haben.

Wenn ich ein 30 Seiten langes Protokoll des Stadtentwicklungsausschusses vorfinde, in welchem eigentlich die vereinbarte Vertraulichkeit in öffentlicher Sitzung gebrochen ist, dann stelle ich mich nicht hin und sage, dass ich auf eine vertrauliche Sitzung bestehe.

(Zurufe von der CDU)

Ich bin kein Depp, um Ihnen das einmal direkt zu sagen. Ich verstehe auch das, was ich in diesen Verträgen gelesen habe, hervorragend.

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Herr Hamann, hören Sie doch einfach auf zu schreien. Ich weiß, dass Sie als Schreier Ihrer Fraktion bezahlt werden, aber fünf Minuten Pause und ich gebe Ihnen einen Fünfer.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL*)

Es geht auch gar nicht allein um die Akteneinsicht, sondern eigentlich um etwas ganz anderes, meine Damen und Herren von der CDU. Es geht darum, dass wir um die Alternativen einer Investition und um Möglichkeiten, die es gibt, diskutieren, ringen und vielleicht auch streiten wollen. Was wir vorgelegt bekommen haben, war ein fertiges Ergebnis.

Die Auseinandersetzung hierüber und die Debatte, wie das zustande gekommen ist, was die Abwicklungen des Senats in einem Investorenverfahren waren, welchen sonstigen stadtentwicklungskritischen Abwägungen er eigentlich gefolgt ist, außer, dass er auf jeden Fall eine U-Bahn wollte, war nicht möglich und das ist das Traurige, wenn es um ein Zukunftsprojekt dieser Stadt geht.

Diese Debatte wäre doch für uns alle gut gewesen und die Mehrheit hätten Sie sowieso gehabt. Aber wir hätten eine Riesenchance gehabt, gemeinsam ein großes Projekt für die Zukunft dieser Stadt ohne Streit zur Ehre dieses Parlaments voranzutragen

(*Jörg Hamann CDU*: Das wollen Sie doch gar nicht!)

und nicht in einem Verfahren, das Sie schlicht und ergreifend versaut haben.

(Glocke)

Jetzt, mein kleiner Schreihals, darfst Du wieder.

D

A (Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Zunächst zum gemeinsamen Antrag der SPD- und der GAL-Fraktion aus der Drucksache 18/3337 in der Neufassung. Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit dem nach Artikel 30 der hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist. Das Aktenvorlageersuchen ist somit wirksam zustande gekommen.

Wir kommen nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 18/3266. Die in Ziffer 1 der Ausschussempfehlung erbetene Kenntnisnahme ist erfolgt.

Wer möchte den Ausschussempfehlungen aus den Ziffern 2 bis 6 des Berichtes folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Zu Ziffer 2 des Petitums der Drucksache 18/3054 bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist auch der Fall. Somit wird die zweite Lesung in der morgigen Sitzung stattfinden.

Wir kommen nun zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/3244 in der Neufassung. Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dieser ist mit Mehrheit abgelehnt.

B

Wer möchte den GAL-Antrag aus der Drucksache 18/3340 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch der ist mit Mehrheit abgelehnt.

Bevor ich die nächsten Abstimmungen aufrufe komme ich zu den Punkten des Ältestenrates. Der Abgeordnete Grund erhält nach Anhörung des Mitschnittes einen Ordnungsruf. Der Abgeordnete Dobritz wird um sorgfältigere Wortwahl gebeten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die Fraktionen sind übereingekommen, heute die Punkte 5, 6 und 7, das sind die Tagesordnungspunkte 45, 15 und 48, nicht zu debattieren. Daher kommen wir in allen drei Fällen sofort zur Abstimmung.

Wir kommen zum Punkt 45 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 18/3157, Antrag der SPD-Fraktion: Universitäre Ausbildungskooperationen zwischen Airbus Hamburg und Toulouse intensivieren.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Universitäre Ausbildungskooperationen zwischen
Airbus Hamburg und Toulouse intensivieren
– Drucksache 18/3157 –]**

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/3157 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Überweisung ist einvernehmlich erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 15, Drucksache 18/3178, Bericht des Rechtsausschusses zum Entwurf eines Hamburgischen Stiftungsgesetzes.

C

**[Bericht des Rechtsausschusses über
die Drucksache 18/1513:
Entwurf eines Hamburgischen Stiftungsgesetzes
(Senatsvorlage) – Drucksache 18/3178 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Hamburgische Stiftungsgesetz aus der Drucksache 18/1513 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig passiert.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig passiert und damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 48, Drucksache 18/3242, Antrag der CDU-Fraktion: Verbesserte zeitliche Koordination der Stadtreinigung für mehr Sauberkeit und Verkehrsfluss.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Verbesserte zeitliche Koordination der Stadtreinigung
für mehr Sauberkeit und Verkehrsfluss
– Drucksache 18/3242 –]**

D

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/3242 an den Umweltausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drucksache 18/3242 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen einstimmig passiert.

Die heutige Sitzung ist geschlossen. Wir sehen uns morgen. – Danke.

Schluss: 21.19 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Christoph Ahlhaus, Hans-Christoff Dees, Dr. Dorothee Stapelfeldt, Karin Timmermann und Katja Husen.